

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningki, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreizehnpaltige Beitzelle ober deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Eueren im Lokalkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Pressstimmen zur Aussperrung im Berliner Baugewerbe. — Welche Gewerkschaften. — Ausschluß deutscher Arbeiter von preussischen Staatsarbeiten. — Politische Umschau. — Maurerbewegung; Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Zahl der Ausgesperrten in Groß-Berlin. — Besamnungmachung des Verbandsvorstandes. Bericht. — Zentrale Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Verufen. Generaterversammlungen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat ihre Glorien, die sie zu der Aussperrung zu machen weiß, unter der Ueberschrift „Zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“ zusammenfaßt. Der Zentralverband der Maurer wird von dem Leitartikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ — recht schmeichelhaft für uns — als das Prototyp (Mutterbild) der gewerkschaftlichen Organisation hingestellt, um ihn dann in seiner ganzen Erbärmlichkeit in den greifsten Farben an die Wand zu malen.

er nicht etwa eine zwölfstündige, sondern nur eine sechsstündige Arbeitszeit. Das haben die verruchten Maurer sehr wohl begriffen. Den Achtstundentag fordern sie nur zum Schein, in Wirklichkeit haben sie es auf den Vierstundentag abgesehen, was der „Arbeitgeber-Zeitung“ bedauerlicherweise entgangen ist. Auch in Bezug auf das „Recht auf Arbeit“ und die „Pflicht zur Arbeit“ können wir der „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht bestimmen. Weder die Gewerkschaften noch die Sozialdemokratie proklamieren ein „Recht auf Arbeit“, wohl aber das Recht der Arbeit, d. h. das Recht der Arbeiter, in erster Linie darüber zu reden und zu bestimmen, wie lange sie arbeiten wollen. Andererseits erkennen wir die „Pflicht zur Arbeit“ im vollen Umfange an. Freilich nicht im Sinne der „Arbeitgeber-Zeitung“. Jedermann, der geistig und körperlich gesund ist, soll dazu beitragen, nach besten Kräften den Bestand der menschlichen Gesellschaft zu erhalten und zu fördern. Und dies Prinzip durchführen zu können, müssen allerdings erst andere gesellschaftliche Einrichtungen geschaffen werden, wodurch die Hunderttausende Müßiggänger; Parasiten und Spekulanten auf die Dummheit der großen Masse gezwungen werden, eine der Allgemeinheit nützliche Tätigkeit auszuüben. Dann würde sicher die notwendige Arbeit in weit kürzerer Zeit als acht Stunden pro Tag erledigt werden.

Pressstimmen zur Aussperrung im Berliner Baugewerbe.

Aus Anlaß des großen Kampfes ist in der bürgerlichen Presse ein wahrer Hegenjabbath angebrochen. Das Leitmotiv fast aller Pressstimmen dieses Kalibers ist dieses: Es ist kein Lohnkampf, sondern eine international-sozialdemokratische Machtprobe. Die Forderung des Achtstundentages beruht nicht nur das Interesse des gefanten Baugewerbes, sondern das des ganzen Wirtschaftslebens in Deutschland. — Die guten Tanten und Vasen tun so, als sollte mit dem Achtstundentag erst der Anfang gemacht werden. Das ist ja aber gar nicht wahr. Abgesehen von anderen Ländern, wie Amerika, Australien und auch England, wo neben vielen anderen Gewerben auch im Baugewerbe der Achtstundentag völlig oder für die bedeutendsten Orte längst zur Tatsache geworden ist, ist doch auch in Deutschland der Achtstundentag nichts neues. Sogar im Baugewerbe haben, und zwar in eben dem Berlin, wo jetzt der große Kampf ausgefochten werden soll, mehrere tausend Bürger seit Jahren — wenn auch gegen den Willen der Unternehmer — den Achtstundentag, und einige andere tausend Arbeiter der Gips- und Zementbranche haben laut Tarifvertrag eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden während des Sommers.

Wir müssen vorweg zu unserem lebhaften Bedauern feststellen, daß unser Verband die ihm von der „Arbeitgeber-Zeitung“ zugeschriebene Macht leider noch nicht besitzt. Unser Antipode exemplifiziert auf einen unserer Artikel, worin wir dargelegt haben, daß von den zirka 320 000 im Baugewerbe beschäftigten Maurern annähernd 240 000 gewerkschaftlich organisiert seien. Wir haben aber dabei gesagt, daß davon unserem Verband nur rund 200 000 angehören; die übrigen sind in „Christlichen“, „lokalen“ und anderen Vereinen, die uns mehr oder minder feindlich gegenüber stehen. Also nicht vier Fünftel, sonder nur fünf Achtel aller im Baugewerbe beschäftigten Maurer gehören unserer Organisation an. Immerhin darf unser Verband das Lob der „Arbeitgeber-Zeitung“, einen großen Einfluß auf das Verhalten der baugewerblichen Arbeiter zu besitzen, vollumfänglich akzeptieren. Desto unsmünder ist aber die Schlussfolgerung, die die „Arbeitgeber-Zeitung“ aus der „Machtwortkommenheit“ unseres Verbandes und seiner Zeitung zieht. Nach dem Geständnis, daß sie nicht so lieblos sein will, wie es im Volksmund und im „Simplissimus“ geschieht, den Arbeitseifer der Maurer ironisch zu glossieren, schreibt die „Arbeitgeber-Zeitung“:

Genete hat nur das Proletariat eine „Pflicht zur Arbeit“. Aber diese Pflicht geht nur so weit, als es sich um die Lebensfristung des Einzelnen handelt; eine gesellschaftliche Pflicht ist es nicht. Selbst die Politiker der „Arbeitgeberzeitung“ dürften einsehen, daß für die Arbeiter weder eine gesetzliche noch moralische Pflicht besteht, im Interesse ihrer Ausbeuter möglichst lange oder überhaupt zu arbeiten. Die Arbeiter haben vorläufig nur die Pflicht, für sich zu sorgen und ihre Lebenshaltung nach Möglichkeit zu verbessern. Dazu gehört in allererster Linie, daß sie mit ihrer Arbeitskraft haushälterisch umgehen und nicht — wie ihnen die „Arbeitgeberzeitung“ zur Pflicht machen will — „die volle Ausnutzung der Arbeitsgelegenheit im Sommer“. Darin liegt ja gerade die erzielliche Wirkung der Organisation; daß die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis gebracht wird: Kurze Arbeitszeit (vorläufig acht Stunden) ist die Grundlage einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Also nicht Mangel an Erziehung ist es, daß die Berliner Maurer den Achtstundentag fordern, sondern die klare Ueberzeugung, daß die Durchführung dringender notwendig ist zur sittlichen und wirtschaftlichen Hebung der Lohnarbeiterschaft. Wenn die „Arbeitgeberzeitung“ und „ihre Klientel“ das nicht einzusehen vermögen, so ist das allerdings auf ihre mangelhafte Erziehung zurückzuführen, und es wird Aufgabe der Arbeiterschaft sein müssen, die Klientel der „Arbeitgeberzeitung“ et tütti quanta nachdrücklichst eines besseren zu belehren.

Ein weiteres, fast in allen bürgerlichen Zeitungen gleichmäßig erscheinendes Diktum ist: Die Angreifer sind selbstverständlich die organisierten Maurer. — „Selbstverständlich!“ Wenn ein Geschäftsmann einem zweiten irgend einen Handel anbietet oder anbietet läßt, und der zweite will das Geschäft nicht machen, dann ist er wohl auch „selbstverständlich“ der Friedensstörer! Einig ist sich auch die-bezeichnete Presse in dem Urteil: „Die beteiligten Gewerkschaftsverbände versuchen die Rolle der-gekränkten Unschuld zu spielen, sie suchen alles Unrecht den Bauherren zur Last zu legen. Aber dieses „diplomatische“ Verhalten wird ihnen nichts helfen. Die öffentliche Meinung steht mit ihrer Sympathie einmütig auf der Seite der Arbeitgeber und unterstützt deren zwar scharfe, aber unumgängliche Abwehrmaßnahmen mit aller Entschiedenheit.“

Immerhin muß es höchst eigentümlich berühren, wenn man liest, daß es gerade die Maurer sind, die auf der einen Seite über die Beschränkung der Arbeitsgelegenheit infolge von Witterungsunbilden und vorzüglich infolge des Stilllegens der Bauarbeiten während der Wintermonate klagen, während sie auf der anderen Seite die eigentlichen Wortkämpfer für die Verkürzung der Arbeitszeit im Laufe der nächsten Jahreszeiten sind. Schon des öfteren haben wir darauf verwiesen, daß der Bestimmung eines „Rechtes auf Arbeit“ unter allen Umständen die Berücksichtigung der „Pflicht zur Arbeit“ gegenüber zu stellen ist, wie sie in der hohen Ausnutzung der Arbeitsgelegenheit im Sommer ab seiten der baugewerblichen Arbeiterschaft besteht. Was läge demzufolge näher als die Erwartung, daß die Zeitung des Maurerverbandes sichreangesichts der bei anderen numerischen Stärke dieses Verbandes doch sicherlich nicht anzunehmende Machtwortkommenheit dazu verwenden würde, um nach der angegebenen Richtung hin ersichtlich auf ihre Klientel einzuwirken? Schon besahls wäre dies zu erwarten, weil sie damit die Behauptungen unserer bürgerlichen Gewerkschaftsverbände in Sachen des glücklichen Einflusses der Gewerkschaftsbewegung auf die sittliche und wirtschaftliche Hebung der Lohnarbeiter rechtfertigen würde. Aber siehe da — von alledem ist nicht die Rede. Unter den nächsten Vorwänden wird unsere Argumentation für unzutreffend erklärt, und überall sehen wir, daß die Arbeitszeit zu Gunsten der sozialdemokratischen Karole vom achtstündigen Normalarbeitsstage selbst über das Maß des doch gewiß nicht zu umoralischen Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen Anlaß bietenden Neunstundenlages verkurzt werden soll, trotzdem sich genau genommen aus einer solchen Verkürzung im Jahres-Durchschnitt schon ein Siebenstundentag ergeben würde.

In fast allen bürgerlichen Zeitungen werden Strofobils-tränen vergossen über die Behandlung, die die „undisziplinierte Masse ihren Führern“ hat zu teil werden lassen und über den „Unfall der Führer“. Aus diesem Vorkommnis werden die absterbsten Schlussfolgerungen gezogen. Jeder und jede pufket ein bißchen in diesen Qualm hinein, in der Hoffnung, ein Feuer zu entfachen, um diese oder jene längst verlaurete Stuppe aufzuwärmen. Im widerlichsten sind die Fragen, die die „demokratischen Friedensfreunde“ dabei ziehen. Sehen wir uns die Ergüsse einiger solcher „Friedensfreunde“ etwas näher an. Die „Soziale Praxis“, in

Die Stimmungsmaße kommt den Ausgesperrten nicht überraschend, und sie haben wohl auch, abgesehen von einigen allzu großen Optimisten, kaum auf „die Sympathie der öffentlichen Meinung“ gerechnet. Die Ausgesperrten sind in der Schule des Klassenkampfes erzogen und sie wissen, daß Recht und Gerechtigkeit meistens keine Stätte finden; sie stützen sich und müssen sich stützen auf ihre Macht, ebenso wie sich die Unternehmer auf ihre Macht stützen. Demu auch die fragen nicht nach der Sympathie der öffentlichen Meinung, die sie sich übrigens durch ihre Macht untertänig zu machen wissen.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ geht in der Berechnung der Arbeitszeitverkürzung lange nicht weit genug. Richtig ist doch: Wenn der Arbeiter infolge Arbeitsmangels, Witterungsunbilden usw. nur 150 Tage im Jahre pro Tag 12 Stunden beschäftigt ist, dann hat

der die Gewerkschaften im allgemeinen viel gelobhudelt werden — freilich in der ganz unvernünftigen Hoffnung, der Sozialdemokratie damit Abbruch zu tun — läßt sich also vernehmen:

Schließlich sind auch die Zentralisierungen der Gewerkschaften, dem Druck der Masse folgend, umgefallen und aus den Führern sind die Geschäftler geworden. Wozu wählen sich die deutschen Gewerkschaften überhaupt noch führende Beamte, wenn sie sie im entscheidenden Augenblicke von ihrem Führerposten wieder herunterreißen? Das Prinzip des Verhandeln mit den Gewerkschaften hat durch dieses unverantwortliche Verhalten der Berliner Bauarbeiterverbände in deren hochbezahlten Kreisen nun bisher ein Stück Güte deutscher Arbeiterschaft zu erblicken meine, einen schweren Schlag ertitten.

Diese phantastische Meinungsäußerung haben fast alle bürgerlichen Blätter von einiger Bedeutung zustimmend abgedruckt. Soweit wir es übersehen konnten, machte nur die „Frankfurter Zeitung“ eine rühmliche Ausnahme, die durchaus zutreffend der „Sozialen Praxis“ und ihrer Geselgschaft den Standpunkt wie folgt klar legt:

Wir meinen, daß eine solche Aeußerung, wenn ihr nicht widerprochen wird, dem Prinzip des Verhandeln mehr Schaden bringen kann, als die Tatsache, daß einige Arbeiterorganisationen einen Schiedspruch abgelehnt haben. Ein Schiedspruch ist nicht bindend, und wenn die eine Partei sich nicht entschließen will, ihn anzunehmen, so braucht die andere Partei darüber noch gar nicht erobert zu sein. In diesem Falle haben die Arbeiter abgelehnt, in anderen Fällen die Arbeitgeber — was für den einen recht ist, muß für den anderen billig sein. Ob es klug war, den Schiedspruch abzulehnen, das ist eine andere Frage, aber ein Schlag für das Prinzip des Verhandeln ist eine solche Ablehnung nicht. Dieses Prinzip hätte nur dann eine Schädigung erlitten, wenn das Verhalten wäre, was anfangs vertrieben, daß nämlich die Arbeiterführer solch einen Scheitern umgefallen seien. Das ist aber erstreckensweise nicht richtig. Das Wort nimmt Bezug auf unseren Artikel in Nr. 20 des „Grundstein“, daß mit der noch maligen fast einstimmigen Ablehnung des Schiedspruchs seitens der 106 Berliner Verbandsmitglieder anderer Zweigvereine die fernere Stellungnahme des Gesamtverbandes und seiner Organe gegeben war. Die Zweigvereinsleitung mußte nun — allerdings unter Abdringung ihres Standpunktes — ihren Widerstand aufgeben und aus eigener Initiative der nachfolgenden Versammlung empfehlen, den Schiedspruch abzulehnen. Das ist, sagt die „Frankf. Ztg.“ weiter, ein richtiges Vorgehen. Die Arbeiterführer hatten den Arbeitgebern zugehört, für die Annahme des Schiedspruchs zu wirken. Das haben sie auch getan, aber sie brangen nicht durch. Unter diesen Umständen war das Klügste, was die Führer tun konnten, daß sie sich schließlich dem Willen der großen Mehrheit fügten und dadurch im übrigen die Leitung der Sache in der Hand behielten. Die Arbeiterführer haben also fast gehandelt wie das Prinzip des Verhandeln vor Schädigung bewahrt. Darauf kommt es in erster Linie an; die Frage, ob die Massen diese Frage in vernünftiger Weise entschieden werde. Geschiedt dies oder nicht, dann müssen eben die Arbeiter das, was sie sich trotz des guten Ratsschlages ihrer Führer eingebrocht haben, auch ausbaden.

Ganz anders denkt die „Arbeiterfreundliche“ Berliner „Morgenpost“ darüber. Sie schreibt:

Wenn eine verkümmerte und verweirte Arbeitermasse ihren Führern nicht mehr gehorcht, so kann man das begreifen; bei den Bauern kann aber von Hunger und Verzweiflung nicht die Rede sein, sondern bei ihnen ist der starre Doktrinismus die Triebabtrieb einer Aktion, die von den Führern als völlig verfehlt bezeichnet worden ist. ... Der jetzt entbrannte Kampf im Baugewerbe wird die Gewerkschaften in der allgemeinen Wertschätzung wieder um ein gutes Stück zurück. ... Herr Silberschmidt und seine Leute haben sich an dem Führen Willen kein gutes Beispiel genommen. Sie hätten demissionieren und so die unverantwortlichen Matgeber eine Suppe auslöffen lassen sollen, bevor der ihnen graust. Statt dessen geben sich die alten Führer dazu her, mit ihrer Verantwortung alle Folgen zu decken, die ein von ihnen als verfehlt erkannter Beginn nach sich ziehen kann, auch die große Niederlage, mit der sie nach dem Stande der Dinge rechnen müssen und von vornherein gerechnet haben und erscheinen überdies im Richter einer Doppelzüngigkeit, die man ihnen schließlich von beiden Seiten vorrücken wird.

Das ist vollendetes Blödsinn, auf den zu antworten es schade um jeden Federstrich wäre.

Die schon erwähnte „Arbeiter-Zeitung“ legt zu dem Unsinne die bemährte Lüge, indem sie schreibt, selbst die Führer hätten die Forderung (den Achtstundentag) noch kurz zuvor als unsinnig bezeichnet. Davon ist nientals die Rede gewesen. Böhlig einmütig sind „Führer“ und „Gesährte“ in bezug auf die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der geforderten Arbeitszeitverkürzung. Meinungsverschiedenheit bestand nur über das Kräfteverhältnis, ob die Arbeiterorganisationen schon heute in der Lage seien, auch gegen den heftigsten Widerstand der Unternehmer die Forderung durchzusetzen. Die „Arbeiter-Zeitung“ macht auch groteske Clowensprüche, um unseren leider notwendigen Artikel „Kern der Gerechtigkeit“ in Nr. 18 des „Grundstein“ mit dem in Nr. 19, „Die Hauptsache“, in Gegensatz zu bringen; das Blatt klagt wehleidig:

Da (in dem zweiten Artikel) wird die sachlich gewiß nicht unberechtigte Kritik der vorherigen Nummer einfach zu den Akten gelegt und als vornehmste Pflicht der Organisation ihre

fortdauernde weitere Stärkung zu den bevorstehenden Kämpfen empfohlen. ... Die Herren Führer haben es für zweckmäßig gehalten, dem Zuge der Zeit nachzugehen und die erst kurz zuvor bezweigte politische Mündigkeit ihrer Geselgschaft wieder anerkennen, womit sie natürlich ausgeben, daß sie nicht die Führer, sondern die Geschäftler sind. Kommt es also zu dem großen Kampf um den Achtstundentag in Berlin, dann wird auch diese Aktion von ihnen glorifiziert werden, und sie werden Tränenströme vergießen, weil die Arbeitgeber so hartnäckig sind, sich solchen Forderungen zu widersetzen, die sie, die Führer, selbst noch kurz zuvor als unsinnig bezeichnet haben!

Man kann im Zweifel sein, ob die Borniertheit oder die Bosheit bei der „Arbeiter-Zeitung“ die Ueberhand hat; wahrscheinlich ergänzen sich beide in „glücklicher Paarung“. Ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen sollte einsehen können, daß man mit seinen Gefinnungsgenossen nicht in allen Punkten gleicher Meinung zu sein braucht, daß man seinen Freunden sogar eine Zurechtweisung zu teil werden lassen kann, sie aber doch in denselben Augenblick anfordern darf, neue Freunde zu werden, um auch diese für die Aufgaben des Bundes — in unserem Falle für den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen — einzusetzen zu können. Die politische Mündigkeit aller Arbeiter schon jetzt anzuerkennen, müssen wir uns leider verlagen, aber etwas „mündiger“ als die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ scheint uns die große Mehrzahl der Arbeiter doch schon zu sein. Darum werden auch weder „Führer“ noch „Gesährte“ Tränenströme vergießen über die Hartnäckigkeit der Unternehmer, und über den Unsinne der „Arbeiter-Zeitung“ werden sie mit einem „Herr, vergib ihm!“ hinweggehen.

Ganz genau entdeckt hat die „Post“, das Berliner Organ der Großindustriellen, die Ursache, weshalb die Führer der Gewerkschaften jeden Widerstand gegen Wünsche der Bauhandwerker aufgegeben haben. — Es ist gesehen wegen „falscher Ehe“, weil ihre (der Führer) Voraussicht nur Stützwerk war und sie deshalb die Arbeiter zu spät gewarnt haben, als die wilde Streikluft der Arbeiter keine Fesseln mehr ertragen wollte“. Das geht nach der „Post“ auch aus unserem Artikel „Pflingten im Zeichen der Aussperrung“ hervor, wo „Resignation und Pessimismus durchklingt“, wie ihn die „Post“ „so stark und früh kaum vermutet hätte“. — Die Redaktion der „Post“ sollte den „Grundstein“ des öfteren zur Hand nehmen; dann würde sie finden, daß wir bei allen Lohnkämpfen die Gewinn- und Verlustmöglichkeit mit kühler Mühe abwägen. Das ist weder Pessimismus noch Optimismus. In diesem Falle kann aber von Pessimismus gar keine Rede sein, weil wir selbst überzeugt sind von dem Sieg der Arbeiterschaft.

Den Beschluß der heutigen Uebersicht soll das rabiatste aller Geblättern (joweit es sich um Tageszeitungen handelt) machen: die „Hamburger Nachrichten“. Daß auch dies von Scharfmädern ausgehaltene Papier die Aussperrung in „eine neue sozialistische Wachtprobe“ umlegt, versteht sich an Hande. Die Taktik des Blattes unterscheidet sich aber von der vieler anderen arbeitserfreundlichen Zeitungen, dadurch, daß es offen heraus sagt, was es will. Und das ist dieses:

Alle diese Inzugänglichkeiten und Gefahren, die mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechtes verbunden sind, müssen doch einmal ein Ende haben, und schon aus diesem Grunde wird der Staat nicht umhin können, früher oder später den Ausstandsbedingungen, in der Form, die sie heute angenommen haben, ein Ende zu machen. Freilich wird er bis nicht können, wenn er nicht die sozialdemokratische Organisation und Aktion gesetzlich unterbindet. Aber er wird dies eines Tages doch müssen; denn, vor die Notwendigkeit stellt, entweder das wirtschaftliche Leben von Staat und Volk durch die sozialistischen Streitreiberer zu ruinieren zu lassen, oder dagegen einzufreiten, kann doch die Entscheidung nicht zweifelhaft sein, wenigstens nicht für einen Staat, der sich selbst selbst aufgeben und zu Gunsten der Sozialdemokratie abzugeben will.

Was andere Zeitungen ähnlichen Kalibers nur andeutungsweise zu sagen wagen, ein in der „Republik“ Hamburg erscheinendes Blatt fordert es mit aller Deutlichkeit: die Ermwörung des Koalitionsrechtes.

Gelbe Gewerkschaften.

Die selbständige Arbeiterorganisation, und mit ihr die auf ehrliche und energiegeliche Wahrung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Kapitalismus und den sonstigen Herrschaftsfaktoren bedachten Gewerkschaften, hat in den letzten zwei Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht. Aus kleinen, unscheinbaren und vielfach mißachteten Gebilden heraus haben die freien Gewerkschaften, aller stetig wachsenden Verfolgung zum Trotz, sich zu einer Macht entwickelt, die Millionen opferfreudige Kämpfer umfaßt und mit der jene Faktoren sehr ernsthaft rechnen müssen. Einest freilich haben sie noch nicht fertig zu bringen vermocht: die Einfügung sämtlicher Arbeiter in ihre nach den Berufen geteilten Organisationen. Immer noch größere Massen, befangen in

den Banden des Unverstandes und Indifferentismus, stehen diesen Organisationen hindernd im Wege. Darüber kann sich keiner wundern, der da weiß, daß Unverstand und Indifferentismus ja he Wucherpflanzen sind, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer neue Nahrung finden zum Wachstum, und deshalb nicht so leicht und so schnell, als es im Interesse der Arbeiterklasse zu wünschen ist, gänzlich ausgerottet werden können.

Auf diese Elemente haben die Unternehmer und die herrschenden Klassen im Bunde mit den reaktionären Gewalten stets spekuliert, um sie der selbständigen, freien Arbeiterorganisation entgegenzustellen und sich ihrer im Kampfe gegen angebliche „Umsatzbestrebungen“, zu Gunsten einer sogenannten „Ordnungspolitik“, zu bedienen. Wir wissen, daß sowohl die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, als auch die „Christlichen“ Arbeiterorganisationen nach der ausgesprochenen Absicht ihrer den bürgerlichen Gesellschaftsklassen angehörenden Freunde und ersten Protektoren diesem Zwecke dienen sollten. Man war bemüht, diese Organisationen in einen scharfen und unüberwindlichen Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die man kurzweg als „sozialdemokratische“ bezeichnet, zu bringen. In ihnen handelte der Indifferentismus sich vielfach in einen schlimmen Fanatismus gegen die letzteren um; dem Unverstand wurde lediglich eine andere Richtung gegeben. Aber es haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr die Anzeichen dafür erkennen lassen, daß Hirsch-Dundersche Gewerkschaften und „Christliche“ Organisationen auf dem Wege sind, sich den schlimmen Einflüssen, den Irrtümern und Vorurteilen zu entziehen, die sie dazu verurteilten, der Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu dienen, die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften zu durchkreuzen und zu schwächen.

Um so mehr waren die Feinde der Arbeiterbewegung darauf bedacht, aus der indifferenten Masse eine neue und zuverlässige Bundesgenossenschaft zu gewinnen. Sie gingen vor mehreren Jahren dazu über, die sogenannten „braven“ Arbeiter in besondere Organisationen, die „gelben Gewerkschaften“, zusammenzufassen, deren Zweck ist, den unabhängigen Arbeiterkoalitionen entgegenzuwirken und die Arbeiter von der Beteiligung an dieser Koalition abzuhalten. Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die durchweg von Unternehmern und sonstigen Vertretern der herrschenden Klassen ins Leben gerufenen „gelben Gewerkschaften“ eine unerhörte Geringschätzung und Mißachtung der wichtigsten Rechte und Interessen der Arbeiter seien. Kürzlich schrieb ein bürgerliches Blatt, die linksliberale „Berliner Volks-Zeitung“, Schlimmeres könne den Arbeitern nicht passieren, als daß sie sich mit einer sogenannten „gelben Gewerkschaft“ einlasse. Einen erlautenden Beleg für die Richtigkeit dieses Urteils finden wir in der vorletzten Nummer der vom Professor Dr. Frank herausgegebenen „Sozialen Praxis“. Da wird ausgeführt:

Bei dem bedenklichen Umschlagreifen gelber Gewerkschaftsgründungen, die gerade auf die ohnehin schon genügend zerplitterte deutsche Arbeiterbewegung wirken, verlohne es sich, die Struktur derartiger künstlicher Bildungen innerlich der Arbeiterschaft kennen zu lernen. Die neueste Schöpfung auf dem Berliner Gebiet (Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen) bietet ein typisches Muster.

Die Firma hat einen Spar- und Prämienverein der Arbeiter der A. G. H. F. Eckert-Lichtenberg am 1. April 1907 ins Leben gerufen, dem jeder Arbeiter des Betriebes angehört, der Mitglied keiner gewerkschaftlichen Organisation ist oder nicht solche unterstellt, die bei Streiks und Aussperrungen Unterstützung an ihre Mitglieder zahlen. Der Verein bezweckt die Förderung des Sparwesens seiner Mitglieder. Die Vereinsmitglieder führen jede Woche 40 M an den Verein ab. Die Firma quittiert in der wöchentlichen Lohnabrechnung über den Eingang der Sparbeiträge und gibt die jeweilige Gesamtsumme der Spargelder an. Beim etwaigen Austritt der Mitglieder werden die Spargelder zurückgezahlt, im Todesfall geschieht dies an die Hinterbliebenen.

Die Aktiengesellschaft S. F. Eckert wird die Spareinlagen mit 6 pZt. verzinsen, unter der Annahme, als ob das ganze zur Verzinsung kommende Spargeld am ersten Einzahlungs-tage eingezahlt worden wäre. Diejenigen Sparrer, die am Schlusse eines Geschäftsjahres die Mitgliedschaft besitzen und bei dessen Beginn bereits ununterbrochen ein Jahr im Dienste der Gesellschaft gestanden haben, erhalten anstatt der Zinsen eine Prämie von 50 pZt. der gesparten Einlagen, bei einer ununterbrochenen Dienstzeit von drei Jahren anstatt der Zinsen eine Prämie von 100 pZt. der gesparten Einlagen, bei sechs Jahren eine Prämie von 150 pZt., bei einer ununterbrochenen Dienstzeit von zehn Jahren eine Prämie von 200 pZt. der Spareinlagen.

Was bedeuten die Prohereren mit 100, 150 und 200 pZt. „Prämie“? Sie bedeuten, daß sich die Prämien in Netto-beträgen, nach Aufrechnung der 6 pZt. Zinsen für die Spareinlagen, für das erste Dienstjahr auf etwa 18 M belaufen, was die ungeheure Lohnzulage von etwa 18 M die Woche bedeutet; für die nächsten beiden Dienstjahre zu

fammen auf M. 68 (gleich einer Wochenzulage von etwa 50 A gegenüber dem Eintrittslohn), für das vierte bis sechste Dienstjahr auf M. 188 (— Wochenzulage während dieser Periode, verglichen mit dem Eintrittslohn, etwa M. 1 —), für das siebente bis zehnte Dienstjahr auf M. 352, was eine wöchentliche Lohnzulage in dieser Periode von M. 1,75 oder 75 A mehr als in den vorausgegangenen drei Jahren bedeutet!

Und dafür geben die Arbeiter nach Vorschrift der Unternehmer ihr Koalitionsrecht preis! Und zum Dank für solches „Wohlmollen“, das sie selbst aus ihrem Arbeitsvertrag beziehen müssen, verpflichten sie sich, keiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, verurteilen sie sich zur Machtlosigkeit, verzichten sie darauf, mit Hilfe einer starken Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben! Wenn das nicht feigster und schändester Verrat an eigenen Interessen und am Interesse der Arbeiterklasse ist, so gibt es keinen solchen mehr!

Für die Gründung „gelber Gewerkschaften“ ist in Frankreich und England das Beispiel gegeben worden. Wie einzelne liberale Blätter, so verurteilten auch Zentrumsorgane die Nachahmung derartiger Gründungen in Deutschland. So die „Germania“. Sie nennt diese Gründungen eine bellagensewerte Tatsache und sagt hinzu:

„Es handelt sich darum, Organisationen breiteren Raums zu schaffen, die gewerkschaftlich weder Fisch noch Fleisch sind, die hauptsächlich von den Arbeitgebern gegründet werden, um gerade die Arbeiter von dem Anschluß an die ersten gewerkschaftlichen Organisationen abzuhalten. Demgemäß wird der Streik entweder grundsätzlich abgelehnt oder wenigstens nicht praktisch gehandhabt; um so mehr wird Wert gelegt auf die Verbindung der Vereine mit Unternehmenseinrichtungen und sonstigen Maßnahmen, die den Arbeiter erkennen lassen sollen, daß er als Mitglied eines solchen Fabrik- oder Werksvereins, wie die neuesten Unternehmungs- und Vergütungsorganisationen sich nennen, recht wohl auf das eigentliche Koalitionsrecht verzichten kann.“

Das Zentrumsblatt gibt unumwunden zu, daß diese Werk- und Fabrikvereine unter derselben Flagge setzen, wie die neuerdings vom Reichsverband zur Befähigung der Sozialdemokratie gegründeten sogenannten reichstreuern Arbeitervereine, und es sagt weiter: „Die christlich-nationalen Gewerksvereine erscheinen diesem übernationalen Verband neuerdings nicht mehr national genug. Deshalb gründet er unter dem lebhaftesten Segen der Scharfmacherkreise und deren Organe die oben genannten reichstreuern Arbeitervereine, deren Charakter — man denke u. a. auch an die Veruche der Gründung eines nationalen Bergarbeiterverbandes im Ruhrrevier — durch die Patenschaft ihrer Hütern, der scharfmacherischen und sozial rückständigen Leute vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, hinreichend gekennzeichnet ist.“

Daß es den christlichen Gewerksvereine gegenüber so gekommen ist, übertracht uns nicht. Sie sind vom Unternehmer- und Scharfmacherium von dem Augenblicke an, wo sie begannen, sich auf wirtschaftliche Aufgaben zu besinnen, genau so bekämpft worden, wie die „sozialdemokratischen“. Daran sind die ultramontanen Herren, die sich die Vormundschaft über die konfessionellen Arbeitervereine und die christlich-nationalen Gewerkschaften angemaßt haben völlig unschuldig. Diese Entwicklung hat sich wider ihren Willen als das Ergebnis der Macht der Verhältnisse vollzogen.

Die Zentrumspresse, die Organe der „christlich-nationalen“ Vereinsbildungen überhaupt, haben eigentlich kein moralisches Recht, sich über die auch gegen diese Vereine gerichtete Gründung „gelber Gewerkschaften“ zu beklagen. Sie und diese Vereine selbst — wie gutenteils auch die Hirsch-Dundersch — haben zuerst das böse Beispiel der Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisation und Bewegung gegeben und der Wahnsinn „ordnungspolitischer“ Geister gegenüber den nach ihrer Behauptung „sozialdemokratisch“ versuchten „freien Gewerkschaften“ kultiviert. Wir erinnern an den sogenannten „Kessers“, der Jahre hindurch in vielen Hirsch-Dundersch'schen Gewerksvereinen Geltung hatte — eine statutarische Bestimmung, wonach „Anhänger der Sozialdemokratie nicht Mitglieder sein konnten! Wir erinnern weiter an die Tatsache, daß es früher in den Sitzungen christlicher Gewerkschaften hieß: „Durch den Beitritt in den Gewerksverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Forderungen.“ Und weiter daran, daß noch in den letzten Jahren Kongresse „christlicher“ und konfessioneller Gewerkschaften das möglichste in Befehdung „nationaler“ Gesinnung, in Verurteilung des Klassenkampfes, in Anerkennung der Autorität des Unternehmertums und in serviler Kriegerei vor den reaktionären Gewalten geleistet haben. Und ist die feindliche, gebäffige, rigorose Stellung

nahme des Papstes und vieler deutscher Bischöfe und sonstiger hoher kirchlicher Würdenträger gegen die unabhängige gewerkschaftliche Organisation schon vergessen? Vergessen schon das Verdammungsurteil, das der Papst Leo XIII. in einer Enzyklika vom Jahre 1891 über die Arbeitereinstellung aus sprach mit den Worten: „Die Bewegung der Massen, in denen die Gewerkschaft fremder Habe erwacht, muß gezügelt werden... Es muß Gewalt dazwischenfahren.“

Muß demselben Geiste, der solche Opposition gegen die freie Arbeiterorganisation und -Bewegung geboren hat, sind die „gelben Gewerkschaften“ entsprungen. Durch Vorkäufung von „Wohlmollen“ und „Wohlfahrtspflege“ versucht das Unternehmertum die Arbeiter zum Eintritt in solche Gewerkschaften zu bewegen. Freilich spielt dabei auch der „moralische“ Terrorismus eine Rolle. Mancher Arbeiter wird ohne Zweifel nur gezwungen Mitglied eines Werk- oder Fabrikvereins. Aber sie könnten dem Zwange trotzen, wenn sie ihrer moralischen Pflicht genügt, Mitglied einer freien Organisation zu sein. Dabei steht fest, daß auch die „gelben Gewerkschaftler“ an den Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes, für den sie ein Wegengewicht bilden sollen, profitieren. Was die Kampforganisationen an Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit usw. erreicht, das kommt auch den gelben Verrätern zu gute. Darob müßte jeder von ihnen, der noch ein fünftischen gesunden Geistes und Ehrgefühl besitzt, von Scham ergriffen werden. Sie erkennen nicht nur, wo sie nicht gefäkt, — sie lassen sich abdrücken auch noch dazu mißbrauchen, die Vertreter ihrer Interessen frivol zu beschämen.

Aber auch dieser Unfug wird ein Ende nehmen. Die unabhängige Arbeiterorganisation wird den „gelben Gewerkschaftlern“ mit gebührender Energie und Umsichtlosigkeit begegnen und ihnen das verdiente Los bereiten. Sie haben als Sumpfsplanzen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung nicht den geringsten Anspruch auf Schonung, denn nicht der leiseste Schatten einer berechtigten Interessensvertretung der Arbeiter wohnt ihnen bei; sie dienen dem Unternehmertum zum Niederzertampfen der Arbeiterinteressenvertretungen, die Anspruch darauf haben, als gleichberechtigter Kontrahent bei Abschluß des Arbeitsvertrages anerkannt zu werden; sie gründen sich auf die niederträchtige Spekulation, dumme und charakterlose Arbeiter um ihr Koalitionsrecht zu bringen, zu entmündigen, zu verflaven; sie sind soziale Korruptionsinstitutionen — ein Unkraut, das selbst nach dem Urteil ultramontaner Arbeiter „je eher, je besser ausgerottet wird“.

Ausschluß deutscher Arbeiter von preussischen Staatsarbeiten.

Mit kürzlich im Reichstage die Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals zur Beratung stand, wies unser Genosse Frohne u. a. auch auf die bringende notwendige Ausgestaltung des Arbeiterrechtes hin und er forderte — als selbstverständliche Voraussetzung für die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion — die Sicherstellung des Koalitionsrechtes und der persönlichen Freiheit der am Kanalbau beschäftigten Arbeiter. Hierauf antwortete der Staatssekretär Graf P o l d o n o f f, er werde alles tun, was möglich in der sozialpolitischen Fürsorge für die Arbeiter am Kanalbau sei, er werde diesen zu einem „Musterbetrieb“ gestalten.

Über den Begriff „Musterbetrieb“ geben ja freilich die Ansichten sehr weit auseinander; die Arbeiterchaft hat sich größtenteils bisher nicht davon überzeugen können, daß die Reichs- und Staatsbetriebe Musterbetriebe seien. Immerhin konnte man nach den Worten des Staatssekretärs annehmen, daß die Behörde gewillt sei, außerordentliche Fürsorgemaßnahmen zu ergreifen, und daß in erster Linie deutsche Arbeiter in Angehörigen des Reichs, auf dessen Rechnung und in dessen Interesse der Bau ausgeführt werden soll, diese Fürsorge zu gute kommen solle. Diese in weiten Kreisen wohl als selbstverständlich angesehene Voraussetzung wird aber arg erschüttert durch die etwa zu derselben Zeit im preussischen Abgeordnetenhaus stattgefundenen Verhandlungen über den Ausbau der Wassertrassen. Auch dort wurde zwar viel von „sozialer Arbeit“, vom Wohl-ergehen der Arbeiter und von „Musterbetrieben“ geredet, aber des Bundes Kern war doch der, daß sich die behördliche Fürsorge in erster Linie darauf erstrecken sollte, daß deutsche Arbeiter möglichst zurückgewiesen werden. Auf diesbezügliche Anregungen und Anfragen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten, Breitenbach, in der 47. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses, am 18. April d. J., folgende Antwort gegeben:

Durch die engen Beziehungen des Ministers zu den großen wirtschaftlichen Arbeitgebergruppen sind mir (die Verwaltung der Eisenbahnen und öffentlichen Arbeiten) in der Lage gewesen, sehr lehrreiche Anregungen zu empfangen und auf der anderen Seite aufklärend nach allen Richtungen hin zu wirken. Daß angesichts der großen Bauten, die in der Schaffung der neuen Kanäle im Gefolge haben wird, die Arbeiternothlage-Einrichtungen die Aufmerksamkeit der Regierung im weitesten Maße auf sich lenken müßten, war naturgemäß. Es sind im Verein mit Mitgliedern der Häuser des Landtags und angesehener gemeinsinniger Vereine, auch mit Vertretern namhafter Unternehmerrfirmen (Arbeiter braucht man natürlich nicht zu fragen! Die Red. d. „Grundst.“) die

jenigen Grundsätze festgestellt worden, die für die Schaffung dieser Einrichtungen notwendig waren. Daß auf diese Weise gewonnene Material ist später den mit der Bauausführung betrauten Firmen vorgelegt worden und hat auch die Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen beschäftigt. Nach den Grundsätzen wird bemerkt verfahren werden.

Daneben wäre Vorfrage zu stellen, daß die Finanzierung der großen Arbeiterwerke, die den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben die Arbeiter entzogen werden. Es sind Vereinbarungen mit dem landwirtschaftlichen und dem Handelskretz getroffen, um den Abzug landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter zu verhindern. Es ist dahin gewirkt worden, daß der Zuzug ausländischer Arbeiter gefördert wird. Den Unternehmern wird bei Konventionen Strafen unterlag, in Fällen von Arbeitermangel inländische landwirtschaftliche oder gewerbliche Arbeiter durch Aufrufe zu ihren Arbeiten heranzuziehen. Durch Bewerbung der Arbeitsnachweise sollen namentlich Italiener und Ruthenen herangezogen werden. Ob auch die Heranziehung ausländischer Polen (Galizier) erfolgen darf, darüber schweben zur Zeit noch Verhandlungen.

Die von dem Minister erwähnten „Grundsätze“ sind inzwischen veröffentlicht worden und es entsprechen den vorliegenden Ausführungen. Der Abschnitt A, der von der Annahme der Arbeiter handelt, hat zwei Unterabteilungen: 1. Verfahren zur Heranziehung schlechter Elemente; 2. Erleichterung des Zuzugs geeigneter Arbeiterkräfte. Das Annahmeverfahren und die Umsiedlung „schlechter Elemente“ soll sich folgenmaßen abspielen:

Mit der Annahme der Arbeiter darf seitens des Unternehmers nur ein der Befähigung der Bauverwaltung unterliegender, zuverlässiger Beamter — nicht ein Schichtmeister — betraut werden, der die Pflicht hat, offenbar schlechte Elemente (Landstreicher und dergleichen) ohne weiteres abzuhelfen. Die von ihm vorläufig angenommenen Arbeiter erhalten ein Arbeitsbuch. Nachdem der Streckenarzt oder Streckenrat sie auf ihren Gesundheitszustand untersucht und den Befund in das Buch eingetragen hat, legen die als arbeitsfähig Befundenen das Buch nebst ihren Legitimationspapieren dem Streckenbarm vor, der nach Prüfung der Papiere das Nationale in das Arbeitsbuch einträgt. Erst wenn sich hierbei keine Anstände ergeben haben, dürfen die Bewerber endgültig zur Arbeit angenommen werden. Die Legitimationspapiere gehen dann an die für die Baustrecke zuständige Ortspolizeibehörde, welche sie genauer zu prüfen hat. Sie ist befugt, die sofortige Entlassung einzelner Arbeiter zu fordern, wenn in der Folge dieser Prüfung Befunden gegen deren Persönlichkeit hat. Ebenso kann sie späterhin aus den in der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Dezember 1846 (§§ 14 bis 18) angeführten Gründen die Entlassung von Arbeitern fordern. Auch die Bauverwaltung hat das Recht, die Entlassung von Arbeitern sofort nach der Annahme oder später zu fordern.

Durch entsprechende Nebenmachung ist dafür Sorge zu tragen, daß nicht die abgeleiteten oder entlassenen Arbeiter sich in der Nähe der Kanalbaustelle aufhalten.

Die durch ihre Heimatsbehörde, durch Arbeitsnachweise, Verpflegungstationen oder Arbeiterkolonien empfohlenen sind nach Möglichkeit bei der Annahme zu berücksichtigen. Zweifelhafte Verhältnisse und Vorbestrafte sind nicht unbedingt auszuschießen. Schlechteren Elementen kann die spätere Annahme zugesagt werden, wenn sie sich zunächst der Beschäftigung in einer Arbeiterkolonie auf zwei bis drei Monate unterziehen.

Hiernach stehen die zur Kanalarbeit zugelassenen förmlich und tatsächlich unter Polizeiaufsicht. Wir glauben, diese Aufsicht allein genügt, deutsche Arbeiter, die nicht den verschiedenen „Fürsorge-Institutionen“ verfallen sind, vom Kanalbau fernzuhalten.

Unter dem Titel „Erleichterung des Zuzugs“ wird, wie schon erwähnt, in erster Reihe den Baubehörden und Unternehmern verboten, landwirtschaftliche und andere deutsche Arbeiter „heranzulocken“, und für den Bezug von Ausländern wird die „Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle“ in Berlin als Vermittlerin empfohlen, die gute Verbindungen nach Italien haben soll. Soweit deutsche Arbeiter überhaupt für die Einweisung in Betracht kommen, wird ihre Kreis wohl auf „Arbeiterkolonien“, Strafgefängnisse und „Landstreicher“ beschränkt bleiben. Über die Beschäftigung von Strafgefangenen und Anfalls von Arbeiterkolonien soll von Fall zu Fall entschieden werden.

Diese ministeriellen „Grundsätze“ haben natürlich bei den preussischen Junkern jubelnde Zustimmung gefunden. Ganz zufriedengestellt sind sie aber doch noch nicht. Denn das Organ des Bundes der Landwirte fordert nicht mehr und weniger, als die Einstellung aller Kanal- und Eisenbahnbauten während der Sommermonate, um die Leutenot in der Landwirtschaft zu beseitigen. Und diese Forderung wagt das Bändlerblatt „im Interesse des ganzen Volkes“ zu erheben. Es schreibt:

„Den fortgesetzt anhaltenden „Metzord-Fisern“ über den hohen Beschäftigungsgrad auf allen Gebieten der Industrie steht als Rehrheite der Medaille der im laufenden Jahre auf das bisher höchste Maß getragene ländliche Arbeiterangel gegenüber. Das macht sich um so empfindlicher geltend, je schwieriger sich infolge der im Auslande vielfach getroffenen Gegenmaßnahmen, der Bezug ausländischer Erstarbeiter von Jahr zu Jahr gestaltet. Wenn der durch das Zusammenwirken aller dieser Gründe verklärte Uebelstand der Knappheit an ländlichen Arbeitern sich bei der bevorstehenden Ernte nicht direkt zur öffentlichen Kalamität steigern soll, so wird die Regierung aufs ernstlichste darauf bedacht sein müssen, diejenigen milderen Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen, die in ihrer Macht liegen.“

Hierher, gebort vor allem die tunlichste Beschränkung aller Kanal- und Eisenbahnbauten während der Sommermonate. Alle Erdbarbeiten, die nicht durch die Erhaltung der Betriebssicherheit der bestehenden Verkehrsanlagen bedingt werden

müssen aus äußerster Beschränkung und während der Ernte ganz eingestellt werden. Das erhelft nicht das private Geldinteresse der Landwirtschaft, sondern das öffentliche Staatsinteresse. An der guten und rechtzeitigen Bergung der heimischen Ernte und an der rechtzeitigen Ausführung der Saatarbeiten für die nächsten Ernte ist das Volk ganz interessiert. Deshalb müssen im Interesse des Volksgutes alle öffentlichen Arbeiten unterbleiben, deren sofortige Durchführung nicht dringend geboten ist, deren Verschiebung aber die nationale Erntearbeit ernst ermöglichen würde — und die, da ein Rückschlag der industriellen Hochkonjunktur früher oder später erwartet werden darf, gerade gut geeignet sein würden, die entstehenden Beschäftigungslücken dann volkswirtschaftlich zweckmäßig auszufüllen und den Arbeitsmarkt vor einer zu tiefen Erschlüpfung zu bewahren.“

Es ist schon an und für sich eine Unverschämtheit, der Agrarier, von Volkswohl zu reden, dieselbe ihr ganzes Dichten und Trachten darauf gerichtet ist, das Volk zu nebeln und auszuheulen, so ist es in diesem Falle eine bodenlose Frivolität. Sie sind nicht damit zufrieden, daß ihnen ihre ständigen Lohnslaven durch den Ausschluß von den Staatsarbeiten erhalten bleiben, sondern sie wollen, daß ihnen der Staat durch die Einstellung der Kanals- und Bahnbauten während des Sommers auch noch die dort zusammengetriebenen ausländischen Arbeiter als Konkurrenz preisgibt. Mögen sie nur ihre Arbeiter menschenwürdig behandeln, in der Bezahlung sowohl wie im Umgang, dann werden sie denn ihre Selbstsucht kennt seine Grenzen. Da verlangen sie denn vom Staat, daß er wichtige und notwendige Kulturarbeiten vernachlässigt und ihnen die Arbeiter zutreibt.

Zum Schluß dürfte noch die Frage am Platze sein, ob die deutsche Arbeiterschaft der vom preussischen Staat förmlich organisierten Heranziehung ausländischer Arbeiter mit verschärften Armen zu sehen darf. Jahres, jahre lang liegen Laufende deutscher Arbeiter brach, die sowohl geeignet als genügend sein dürften, die fraglichen Arbeiten auszuführen. Allerdings müßte die viel befugene „Fürsorge“ dann noch etwas anders gestaltet werden; über ihre Ausgestaltung müßten auch die Arbeiter ein Wort, und zwar das entscheidende Wort, mitzureden haben. Der Staat gibt Tausende von Mark aus, um den Zuzug ausländischer Arbeiter zu organisieren, die Arbeiter in Baracken unterzubringen und sie wie kleine Kinder zu reglementieren und zu beaufsichtigen. „Arbeiterkolonien“ und Arbeitsnachweisen sollen staatliche Beihilfen gewährt werden — alles aus den Steuergroschen, die zum großen Teile die Arbeiter — deutsche, preussische Arbeiter — aufbringen müssen. Ein erheblicher Teil dieser Summen könnte gespart werden, wenn mit Beiseiteziehen aller politischen Chikanen deutsche Arbeiter angeworben würden. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, haben die deutschen Arbeiter das Vorrrecht vor allen anderen, bei Staatsarbeiten beschäftigt zu werden, die Steuerleistungen in Höhe von Lohn wieder in Empfang zu nehmen.

Wir sind der Meinung, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der deutschen Arbeiter ist, gegen die ihnen von der preussischen Regierung zugeachtete Benachteiligung mit aller Entschiedenheit zu protestieren.

Politische Umschau.

Das Brot wird teurer! Wie an einem glänzenden Sommerabend plötzlich eine schwarze Gewitterwolke am Horizonte heranzieht und das eben noch strahlende Landschaftsbild verbunkelt, so redt sich jetzt drohend ein unheilvolles Ungeheuer über den Horizont unseres Wirtschaftslebens: Das ist die rapide Steigerung der Getreidepreise. Die Höhe, in der in diesem Monat Koggen wie Weizen an deutschen Produktmärkten notiert wird, ist seit dem Notstandsjahr 1891/92 nicht wieder erreicht worden. Im August 1906 wurde an der Berliner Produktenbörse die Tonne Weizen mit M. 175,30 bezahlt. Das war wenig mehr als der Weizenpreis vor genau zwei Jahren, im Mai 1905, mit M. 176 betrug, ehe das Schandwerk der Brotwucherer vom 13. Dezember 1902 seine verderbliche Wirkung ausübte. Heute aber, im Mai 1907, steht der Weizenpreis auf mehr als M. 200, hat an einzelnen Tagen sogar schon die Höhe von M. 205 überschritten. Ein Sack der Preise ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Denn die Ursachen, auf die das Sinauflussnellen der Getreidepreise zurückzuführen ist, lassen sich von heute auf morgen nicht aus der Welt schaffen. In erster Linie liegen sie in den trübten Ernteaussichten der Getreideproduktion des Weltmarktes begründet. Der amerikanische Saatensandbericht für den Monat Mai gibt die Anbaufläche auf 5583 Millionen Acres geringer an als im Dezember v. J. Aber nicht nur in dem Hauptanbauland, den Vereinigten Staaten, und in Kanada steht man der Ernte mit unmisslichen Blicken entgegen, sondern die andern Getreideanbauländer, wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Indien, klagten, daß der Frühjahrsschnee durch verspäteten Anbau stark gefährdet sei, und aus Sibirien kam es endlich kürzlich die Meldung, daß auch für dieses Jahr eine vollständige Misere zu erwarten sei.

Die daraus resultierende Brotveruerung wird eine internationaler Erscheinung werden, aber unsere reichsdeutschen Eigentümlichkeiten werden bewirken, daß auch in der Brotveruerung Deutschland in der Welt voran sein wird. Die Getreidezölle, die Getreideeinfuhrschöne — und die Getreideexporttarife, Einrichtungen, die jedem Agrarunter das Herz im Leibe lachen lassen, werden sich jetzt erst mit drückender Wucht auf die breiten Massen des Volkes legen. Besonders die Getreideeinfuhrschöne lassen sie in die agrarische Politik der deutschen Regierung als eine Interessenpolitik widersinniger und schmachvoller Art erscheinen. Sie bilden geradezu einen Anreiz, daß aus Deutschland, das für seinen eigenen Bedarf nicht genug produziert, Getreide ausgedeuert wird. Bis zum deutsch-russischen Handelsvertrag 1893/94 bestand der Identitätsnachweis. Der aus dem Ausland eingeführte Getreide wieder ausföhre, Deutschland also nur als Durchgangslation diente, mußte klipp und klar den Nachweis erbringen, daß das ausgeführte Getreide auch wirklich

eingeföhrt worden war. Erst dann erhielt er den Zoll zurück. Seitdem ist dieser Nachweis nicht mehr von Notwendigkeit; der Getreideexportierende Agrarier erhält an der Grenze den Zollwert in Einfuhrscheinen, die zur zollfreien Einfuhr von Getreide und gewissen anderen Waren berechtigen und zwar in einem Maße, das ihr Zollwert dem Zollwert des ausgeführten Getreides gleichkommt. Durch die Aufhebung des Identitätsnachweises wird erreicht, daß der deutsche Getreidepreis, was vormals nicht ganz der Fall war, unbedingt um den Zoll höher ist, als der Weltmarktpreis. In der Tat wird seit dem letzten Herbst lebhaft aus Deutschland nach Rußland und den Ländern, die bisher ihren Bedarf aus Rußland deckten, wie Skandinavien, Getreide ausgeföhrt, und die vorliegenden Nachrichten lassen erwarten, daß sich auch in diesem Jahre nichts daran geändert hat. Wir werden also die Ehre, Deutsche zu sein, bei jedem Wissen Brot extra bezahlen müssen. Die Brotveruerung, die über die ganze Welt zieht, wird in Deutschland noch besonders verschärft werden durch die einseitig im Interesse der Landwirtschaft betriebene Wirtschaftspolitik. Von der deutschen Regierung, an deren Spitze dem Namen nach ein Mann steht, der für seinen politischen Geistesleben die Zustimmung reklamiert: Hier liegt ein agrarischer Künstler, von dieser Regierung ist nicht zu erwarten, daß sie die drückenden Lasten, die auf des Volkes Schultern ruhen, erleichtert wird. Den Weg zur Hälfte aber hat sich das deutsche Volk am 25. Januar selbst versperrt, als es den heutigen Reichstagswahltag wählte. Es rächt sich alles, und die Sünden der Hottentottenwahl rächen sich auch besonders schwer. Aber man achte auf das Verhalten der Regierung und der Reichstagsmehrheit in dieser Frage, denn es muß auch einmal wieder ein neuer Reichstag gewählt werden.

Ein „Bund unterländischer Arbeitervereine“. Der „nationale“ Geist ist in den letzten Monaten und Wochen sehr fruchtbar gewesen. Am Sonnabend vor Pfingsten hat er es in Hamburg zur Gründung eines Bundes unterländischer Arbeitervereine gebracht. Die Gründungsverammlung soll aus 71 Delegierten von 76 Vereinen, aus allen Gauen Deutschlands bestehen haben, und dem Bunde sofort 37 Vereine mit 7000 Mitgliedern beigetreten sein. Was für Vereine das sind, ist aus den Mitteilungen der Presse nicht ersichtlich.

Die Verhandlungen begannen, wie sich das bei „nationalen Männern“ von selbst versteht, mit der Kartographie der Reichs-Kaiser und des Fürsten Wilhelms. Ersterer wurde versichert, daß es sich um eine Gründung handle zur Wahrung der Interessen aller, treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeiter. Zu diesen werden familiärlich die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, und seit Ende v. J. auch die der Zentrumspartei angehörenden Arbeiter, — also zusammen etwa reichlich drei Vierel aller deutschen Arbeiter nicht mitgerechnet. Sie sind „antinationale“, weil sie mit den reaktionären Gewalten und Parteien nicht durch die Mühen gehen und eine andere Auffassung der nationalen Aufgaben haben; als jene. Der Kaiser ließ durch Herrn v. Lucanus telegraphisch antworten, daß er dem Bunde ein „kräftiges Wüsten und Gebieten in Treue zu Kaiser und Reich, zum Segen der deutschen Arbeiterschaft“ wünsche. Da müßte aber doch erst ein Wunder geschehen, wenn die deutsche Arbeiterklasse jemals vom Wirken des neuen Bundes, „Segen“ verspüren sollte.

Dem Reichstagsanleger meldeten die Bundesmänner, es gelte die Bekämpfung der Irreföhren der Sozialdemokratie und ihres Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Und Herr Wilhelms dankte mit dem Wunsch, daß der neuen Organisation gelingen möge, denjenigen Arbeiter einen festen Halt zu bieten, welche auf die geistigen und sittlichen Güter nicht verzichten wollen. Aber gibt es denn Arbeiter, die auf diese Güter, in echten und wahren Sinne genommen, verzichten möchten? Kann es höhere geistige und sittliche Güter geben, als die, für welche die Sozialdemokratie kämpft? Dem Geist des Phantastismus und falschen Patriotismus, der die reaktionären Richtungen charakterisiert, darf man wahrlich nicht ein geringes und sittliches Gut nennen.

Wenn die unabhängigen Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder nach Millionen zählen, Kongresse veranstalten, um in erster und würdiger Weise sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen, so erregen sie das höchste Mißfallen der Regierung. Aber wenn sich Elemente zusammenfinden zur Bekämpfung dieser Arbeiterbewegung, dann finden sie sofort an maßgebender Stelle „gehörigste Beachtung“.

Veranlaßt ist die Hamburger Veranstaltung ohne Zweifel vom Reichstagsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ein Sekretär dieses Verbandes, der ehemalige Vergarbeiter Ernest, hielt den einleitenden Vortrag. Er behauptete u. a., Arbeiter und Unternehmer seien „natürliche Bundesgenossen“ (11). Es müßte ein Einvernehmen zwischen beiden ohne Arbeitseinstellung herbeizuföhren werden: In einer anderen Rede beklammerte Herr Ernest die abgedroschene Behauptung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen „leichtfertig“ Arbeitseinstellungen ins Werk setzen. Es müßte ein „Arbeiterverband“ aller nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen geschaffen werden. Und der Vorliegende, Herr Schaper-Hamburg meinte, es läme hauptsächlich darauf an, „die Gewerkschaft der roten Gewerkschaften zu brechen“.

Herr Häfle-Kiel, Vertreter Dirsch-Düncker der Gewerkschaften, führte unter dem lebhaften Widerspruch der Mehrheit der Versammlung aus, die neu zu gründende Organisation dürfe sich nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe mischen. Er sagte hinzu: Wir können nur ein politischer Kampfverein gegen die Sozialdemokratie sein, sonst treiben wir einen neuen Keil in die nationale Gewerkschaftsbewegung. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gründet hätten, waren sie nur den Arbeitern in den Mühen gefallen, die ernsthaft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. Der neue Bund dürfe keine Streikbrecherorganisation werden. Kampf gegen die roten

Gewerkschaften, aber freiwillige Berufsvereine, keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern. Der nationale Arbeiterverein für Kiel und Umgebung von 1898 hat mir die Werbung mitzugeben, falls der Bund vom politischen auf wirtschaftliche Gebiet übergreift, nicht mitzumachen.“

Herr Schaper bezeichnete dieses Auftreten als „unerhörte“: „Es liegt also so, daß wir einem beachtlichen Komplott gegen den Bund gegenüberstehen. Mit Leuten, die sich als unsere Gäste so unerböt benehmen, diskutiert man am besten gar nicht mehr.“

Damit war Herr Häfle, abgesehen, der „nationale“ Delegierte, der noch den Mut hatte, etwas Selbstvertrauengefühl zu bekunden. Folgende Taten fanden Annahme:

1. Mit Bezug auf die Gesetzgebung erstrebt der Bund gemeinsames Vorgehen aller nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen.

2. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik will er ein Zusammenarbeiten mit allen Körperschaften, die sich sozialpolitisch, aber unparteilich, und eine Parteipolitik zu treiben, betätigen.

3. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird der Bund seine jeweilige Stellungnahme gegenüber Streitpunkten nach Lage der Verhältnisse einzunehmen. — Nach den Erfahrungen, namentlich in letzter Zeit, erachtet der Bund die leichtfertigen Arbeitseinstellungen für ebenso zwecklos, wie das gesamte Wirtschaftsleben schädigend. Der Bund wird deshalb die oft geübte Taktik anderer Berufsvereine, bei den von der Sozialdemokratie angebotener Ausbitten mitzutreten, nicht mitmachen, im Gegenteil wird er auf die Verhältnisse so einzurichten suchen, daß der grossernden Streikstil Abbruch getan wird. — Mit den sozialistischen und anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen will der Bund ein friedliches Verhältnis anbahnen und unterhalten.

Zum Sitz des Bundes wurde Hamburg bestimmt. Ihm sagt Generalmajor v. Versdorff als Vertreter und im Namen des kaiserlichen Reichsverbandes Unterstützung zu. Als ob man nicht sowieso gewußt hätte, daß die ganze Gründung eine Akt der dieses Verbandes!

Charakteristisch, dumme, unwissende Arbeiter wissen nun, wo man sie liebend aufnehmen wird. Die Gründer des Bundes müden auf viele solcher Elemente hoffen. Aber diese Hoffnung wird sicher nicht in Erfüllung gehen.

Evangelisch-national.

In Dortmund trat am 22. Mai die Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands zusammen. Dem Kaiser wurde ein „ehrerbietiger Submissionsgruß“ telegraphiert, in dem es heißt: Wir sind stolz und überall für des Vaterlandes Macht und Ehre eingetreten, aber wir halten die Zukunft Deutschlands ebenso für abhängig von dem Fortschritte der sozialen Reformen und von der Einwirkung der Erhaltung des inneren Friedens.“ Kluge Leute, diese „evangelisch-nationalen“! Zugleich hat in Stuttgart der Kongress derjenigen sächsischen evangelischen Arbeitervereine getagt, die sich einst unter Rammann's Führung von dem Gesamtverbande lösteden; er beschloß mit überwältigender Mehrheit, an seinem freisinnigen nationalen sozialistischen Charakter festzuhalten.

Sozialpolitik und Reaktionsherrschaft.

Über die Wirkungen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, deren Vereinfachung und die Verteilung ihrer Kosten äußert sich die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe. Es heißt darin:

Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Zutreffendheit in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung hervorzurufen und die Umfuhzbewegungen einzuschänken.

Es ist anzunehmen:

1. Die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungs-gesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinlichung und die Vereinfachung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens;
2. Eine ausgiebige Erschlüpfung der in der Allerbötesten Notlage vom 17. November 1891 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit den von ihr betonten Repressivmaßnahmen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.“

Das Programm der Herren Wirtschaftsreformer heißt danach deutlich ausgedrückt:

Etwas „soziale Fürsorge“ auf Kosten der Arbeiter; neue indirekte Steuerlasten für die Arbeiter und zum Ausgleich die Peitsche ausnahmreicherlicher Gewalt.

Die Stichwahlen in Oesterreich haben vollkommen, was die Hauptwahl angeht, unsere Gewissen haben einen herrlichen Wahlfrieg erungen. In den Stichwahlen sind noch 23 Sozialdemokraten gewählt worden. Die Gesamtzahl der Mandate beträgt nun 88, da auch bei den Wahlen in Galizien noch zwei errungen wurden. In Galizien sind noch die Stichwahlen vorzunehmen, wobei sicher auch noch einige Sozialdemokraten gewählt werden, so daß man auf 85 bis 90 Mandate rechnen kann. Schon heute ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei des österreichischen Reichsrates. Aber die Gruppierung der bürgerlichen Parteien läßt sich noch kein klares Bild gewinnen, denn nach der Bezeichnung der gewählten Abgeordneten gibt es so ungefähr 20 verschiedene Parteien. Hier werden ja schon die ersten Monate der Parlamentsstätigkeit zu Zusammenstellungen führen, wie überhaupt das ganze politische Leben in allen Teilen Veränderungen erfahren wird. Die Sozialdemokraten werden unter den 850 Abgeordneten des Reichsrates sicher die bedeutendste Gruppe bilden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.
Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Hansastädte:**
Hamburg: Ochsenwälder, Kirchwälder (Streiks), Cuxhaven (Aussperrung), Altengamme (Sperrung über Knoop);
- Schleswig-Holstein:**
Burg b. Wüster, Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Heiligenthalen, Alt-Rahstedt, Flensburg (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinfeld (Sperrung über E. Haeger);
- Mecklenburg:**
Neubrandenburg (Aussperrung), Sülze (Sperrung über Holdorf), Gadebusch, Rostock (Differenzen), Boizenburg (Sperrung über den Bau des Mühlenbesizers Hinselmann);
- Brandenburg:**
Berlin (Aussperrung). Das Berliner Lohngelände umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngeländes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Copenick, Grünau, Bohmsdorf, Alt-Glönicke, Radow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiehe, Haselhorst, Dalldorf, Bernickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hemsdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von der Aussperrung erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennikendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruchmühle (Sperrung über Krause), Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreis-Krankenhaus und Saalbau in Gallun), Oranienburg (Sperrung über die chemische Fabrik);
- Pommern:**
Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrung über Paape), Wolgast (Differenzen), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern);
- Ost- und Westpreussen:**
Fraust (Streik), Sensburg (Aussperrung), Rastenburg (Sperrung über Mischlin);
- Posen:**
Schwersenz, Schmiegol (Streiks), Pinnz, Kolmar (Differenzen);
- Königr. Sachsen:**
Chemnitz, Schneek, Kirchberg (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marion & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Möckers, Schorstrasse, Gottlieb Tschierley in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Hänsleroth, L.-Anger, Spichernstrasse), Wurzen (Sperrung über Lehmann in Püchau), Schneeberg (Sperrung über G. Heckel in Schneeberg und Lahn in Aue, Bau liegt in Niederschlema), Meissen (Sperrung über Teicherts Ofenfabrik);
- Sachsen:**
Ohlau, Sagan, Sprottau, Haynau (Streiks), Schmiedeburg, Jauer (Differenzen), Peisterwitz (Aussperrung);
- Thüringen:**
Blankenburg i. Th., Meiningen, Saalfeld (Streiks), Gera (Aussperrung), Zechau (Sperrung über die Zuckerraffinerie in Rositz);
- Hannover, Oldenburg und Lippe:**
Brinkum, Lauterberg, Springe, Meile (Streiks), Hameln (Aussperrung), Stade (Sperrung über Bültling);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
Bitterfeld, Hornhausen, Halle a. d. S., Egeln, Erfurt, Artern (Streiks), Naumburg a. d. S. (Sperrung über Emil Müller, Kanonierstrasse), Wettin (Sperrung über Zochle Johanneshall, Unternahmer Köber), Bernburg, Oschersleben (Aussperrungen), Hebra (Sperrung über Knabe in Rosseleben), Zeitz (Differenzen), Kesselsberg (Sperrung über Alb. Jakob), Osterwiek (Sperrung über Witte und Wilhelm);
- Rheinland:**
Aachen, Rheinhausen (Streiks), Düsseldorf (Sperrung über das Röhren- und Blechwalzwerk Lironfeld), Heiligenwald b. Trier (Sperrung über P. Broschort), Kettwig (Sperrung über Endlein);
- Westfalen:**
Bünde, Herford (Streiks), Bochum (Sperrung über Wagenfeld);
- Hessen und Waldeck:**
Rinteln, Wildungen, Lorsch, Allendorf a. d. Werra, Rüdelsheim, Alzey, Hildesheim, Flonheim, Gross-Auleim b. Hanau (Streiks), Oppenheim (Sperrung über A. Gesinn und Florian Krayer);
- Baden-Pfalz:**
Nonsstadt a. d. Haardt, Wiesloch, Offenburg, Eberbach (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperrungen);
- Elsass-Lothringen:**
Strassburg (Sperrung über Ph. Frey);
- Württemberg:**
Reutlingen (Aussperrung);
- Bayern:**
Bad Tölz, Bamberg, Culmbach, Schwandorf, Schwabach, Selb (Streiks), Landshut (Differenzen);
- Fliessenleger:**
Hannover (Streik);
- Oesterreich:**
Hallein, Weisswasser, Laa (Streiks).

Die Zahl der Ausgesperrten in Groß-Berlin ist weit hinter den Befürchtungen einerseits und den Hoffnungen andererseits zurückgeblieben. Genauere Zahlen liegen auch jetzt noch nicht vor, und sie werden wohl auch kaum festzustellen sein. Immerhin dürften die von unseren Organisationsleitungen festgestellten Zahlen einigermaßen zuverlässig sein. Nach wiederholten Wäuterkontrollen hat sich ergeben, daß am Schluß der verflochtenen Woche 654 Arbeiter des Maurerergewerbes, darunter 112 Bundesmitglieder, noch nicht ausgesperrt hatten. Bei diesen waren auf 789 Arbeitstagen 5122 Maurer beschäftigt, wovon zirka 4000 unserem Verbände angehören. Zur Kontrolle haben sich am Sonnabend 2877 ausgesperrte, streikende und arbeitslose Verbandsmitglieder gemeldet. Alles in allem hatten sich bis Sonnabend 10 472 Ausgesperrte und Arbeitslose aller drei Verände in die Kontrolllisten eintragen lassen, eingerechnet "Lokalisten" und "Geiseln". Rechnet man einige Tausend hinzu, die sofort nach Bekanntwerden des Aussperrungsbeschlusses ihr Bündel geknüpft und den Berliner Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt haben, so dürfte sich die Gesamtzahl der bis Ende der vorigen Woche von der Aussperrung betroffenen Arbeiter kaum auf 15 000 belaufen. Demgegenüber fällt die Unternehmenseinnahme zwar nicht mehr aufrecht, daß mit aller Bestimmtheit schon am Pfingstabend 50 000 bis 55 000 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt seien. Kräftigst bemüht sie sich nun aber seit den letzten Tagen, wenigstens 30 000 Ausgesperrte aufzunehmend zu lassen. Lassen wir den Leuten das Vergnügen.

Wahrscheinlich wird der Verband der Bauergewerke große Anstrengungen machen, den Streik der Aussperrung zu vergrößern, wenn ihm aber die Materiallieferanten nicht zueilt einmütig beizutreten, was ihm kaum gelingen wird. Besonders die Inhaber der Mörtelfabriken sollen wenig Neigung zeigen, ihre Betriebe stillzulegen, um so weniger, da sie in vielen Fällen kontraktlich gebunden sind und eine Anzahl ihrer sozialkräftigen Kunden, die sich an der Aussperrung nicht beteiligen, sehr wohl in der Lage sind, sich von anderswo Mörtel zu beschaffen.

Andererseits ist es aber auch nicht ausgeschlossen, daß jetzt die Arbeiter den Streik untreu und aktiv vorgehen. Wir dieser Frage haben sich alle in Frage kommenden Organisationsleitungen in den letzten Tagen beschäftigt, und am Sonntag dürfte sie in den hierzu einberufenen Versammlungen entschieden worden sein.

Über den Verlauf unserer Verhandlungen geht uns kurz vor Schluß folgender Bericht zu: Nach einem Referat Silberhainds über den gegenwärtigen Zustand wird folgender, von allen in Betracht kommenden Organisationsvorständen vereinbarte Vorschlag einstimmig zum Beschluß erhoben: Am 27. Mai (Montag dieser Woche) sind auf allen Baustellen, wo nicht ausgesperrt ist, den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet worden: Arbeitszeit 8 1/2 Stunden, von Morgens 7 bis Abends 5 1/2 Uhr, Pausen wie bisher, 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1 Stunde Vesper. In den Sommermonaten ist eine Stunde früher Feierabend, unter Fortfall der Vesperpause, und in der Zeit, wo nicht mehr gesperrt wird, ist eine halbe Stunde früher Feierabend. In der Arbeitszeit sind die hohen Feiertage eine Stunde früher als in jedem anderen Sonnabend Feierabend gemacht. Der Lohn wird bei allen drei Abteilungen für den vollen Tag ausbezahlt, sofern tatsächlich bis Feierabend gearbeitet wurde; war dies nicht der Fall, so kommt die Stundenlohn in Abzug, die weniger gearbeitet wurde, als die für den Tag wirkliche Arbeitszeit beträgt.

Der Einheitslohn für Maurer beträgt pro Stunde 80 $\frac{1}{2}$ für Kalk- und Steineträger 75 $\frac{1}{2}$ für Kalkträger, Wasserträger, Müller, sowie an Hebwerkern beschäftigte Arbeiter 60 $\frac{1}{2}$ für gewöhnliche Bauarbeiter 55 $\frac{1}{2}$. Für Aufordrträger sollen die bisherigen Aufordräge um 25 $\frac{1}{2}$ pro 1000 Schine erhöht werden.

Überflunden, Sonntags- und Nacharbeit, soweit sie nicht zu vermeiden sind, sollen 90 pro Stunde. Erfordert eine Arbeit voranschicklich auf längere Dauer die Ueberföhrung der jeweiligen Arbeitszeit, so sollen zwei Schichten von je höchstens 8 1/2 Stunden eingeteilt werden.

Die Bewilligung der hier skizzierten Forderungen hat jeder einzelne Unternehmer auf einem Vertragsformular zu bezeugen. Die unterschriebenen Verträge werden im Zweigvereinsbüreau der Maurer aufbewahrt.

Als die Bewilligung dieser Forderungen nicht erfolgt, soll am 28. Mai ohne weiteres die Arbeit eingestellt werden.

Wir einem warmen Appell an die Kollegen, den Kampf mit aller Energie zu führen und wenn nötig, Berlin in seinen Straßen zu verheizen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Im Anschluß an den Bericht über den Stand der Bewegung haben wir noch eine Zuschrift mitgeteilt, die uns - und allen Mitteilern, die nicht sofort mit Hurra den Kampf aufnehmen wollten, einen dicken Rüssel erteilen will. Da bei Eingang der Zuschrift die Dinge schon eine andere Wendung genommen hatten und die uns zugekommene Kritik an und für sich nichts die Sache förderndes enthält, glauben wir, den Einbecker den guten Rat erteilen zu sollen, von der Veröffentlichung Abstand zu nehmen. Er will aber nicht. So muß nun das Verhängnis seinen Lauf nehmen. Wir lassen das Entschieden auf ausdrückliches Verlangen des Einbecker unverändert folgen:

Streik der Ausgesperrten?
In der Nr. 18 des "Grundstein" mit der Ueberschrift zur Lage in Berlin, kann ich nicht umhin, bei geringerer Verweilung der Schicksale meiner Meinung Ausdruck zu geben. Man sieht die Berliner Maurer und alle in Frage kommenden Organisationsleitungen durch Verneinung des Einigungsantrags an einen Tarifvertrag auf drei Jahre, bei einer Lohnerhöhung von 7 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ zu binden; von einer Verkürzung der Arbeitszeit war allerdings keine Rede. Wenn die Berliner Maurer bei ihren Forderungen eine Verkürzung der Arbeitszeit von neun auf acht Stunden und eine demersprechende Erhöhung des Lohnes verlangten, so mußte ein deraußerordentliches Schicksal als eine Verkürzung und als unbillig anzusehen werden.

Die Stillnähmung unseres Verbandsvorstandes könnte hier nur den schärfsten Tadel verdienen. Wenn im Letztinständlichen Nummer vom demokratischen Geist und freien Selbstbestimmungsrecht gefaselt wird und als freier Arbeiter den Grundloß fordert, des Volkes Wille ist das höchste Gesetz, dann soll man dem freien Willen der Kollegen auch freie Hand lassen, weil es aber nun Berlin ist, wird von letzterem Stelle

so manches getan, was die gute Sache nicht fördert, sondern den Kampfesmut der Kollegen schwächt.

So muß man die ganze Frage aufwerfen; hat denn unsere Leitung überhaupt den Ernst gehabt, die Forderungen durchzuführen? Sie kann diese Frage nicht bejahen, weil die Stellungnahme mehr als irrig bezüglich werden muß.

Man glaube nicht durch berufliche Bedrückung und Schwarzschere bei den Kollegen die Annahme empfohlen zu können; das Verhalten muß auch den richtigen Stoff erzeugen. Ist es doch berechtigt, wenn er sieht, daß seine Rechte auf dem Spiele stehen.

Als charakteristisch muß man beim den Artikel in Nr. 18 des "Grundstein" bezeichnen, der nach außen hin Stimmung zu machen sucht gegen die Berliner Kollegen, in dem es heißt, in der Mitgliederversammlung unseres Verbandes, die von nur 3000 Personen besucht gewesen sein soll, habe sich eine Anzahl Kollegen geradezu überheißt aufgeführt. Man wird ohne weiteres zugeben, daß 1000 Kollegen einen Eintrag fanden, ist das die Schuld der Kollegen? Man macht den Kollegen den Vorwurf, daß von 10 000 Kollegen nur 6000 abgemeldet hätten. Es liegt klar auf der Hand, daß innerhalb 8 Tagen zweimal abgemeldet wurde, und beim ersten Male 90 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ aller Kollegen sich für Aufrechterhaltung der Forderungen entschieden hatten, somit das Angebot des Schiedspruches keine Bedeutung haben konnte; es würde demoralisierend wirken, in so kurzer Zeit die Stellung zu revidieren. Besonders gilt man das Berliner Streikgebiet nicht mit einer anderen Stadt gleichstellen. Wenn dann der Artikelsteller in einem Atemzuge fortfährt: "Kann man mit solchen Menschen, die bei den wichtigsten Vorgängen völlig gleichgültig gegenüberstehen, überhaupt Kämpfe führen? Wir wagen diese Frage nicht zu bejahen! Nicht man noch die prinzipielle Madamacher ab, die im Ernstfalle nie überfällig sind, dann verwandelt sich die Mehrheit der Kampfkräftigen wahrcheinlich in eine Minorität!" Dies zu behaupten, dazu gehört eine eble Dreistigkeit. Wenn man in dieser Weise öffentlich operiert, so ist das ein Verrat; ich wünsche, der Artikelsteller hätte doch etwas mehr Dürst und weniger Verdrossenheit angewendet, zumal er nach der Spitze in unseren Reihen zu suchen ist. Er hätte an dieser Stelle etwas Besseres tun können, denn die Wahrheit ist nicht nur zum Siege führen, das würde vielmehr einen Scheitern ohne Ende bedeuten.

Trotz der Schmäheartikel der Gegner sind die Berliner Bauarbeiter in ihrer Gesamtheit sich der Tragweite ihrer Forderungen bewußt. Sie repräsentieren die Macht der Bewegung. Auch das Zentralorgan, der "Vorwärts", hat es an Bedrückung nicht fehlen lassen; er könnte die Zukunft den Gewerkschaften überlassen, die als Parteienoffen und gute Gewerkschaftler unter Tausenden von Kollegen im Jahre ihre agitatorische Tätigkeit ausfüllen, und gerade unter diesem Vertragsystem schwere Opfer gebracht haben; deshalb wird das Verheizen der lassenbewußten Arbeiter sein, sich nicht im Traume durch Schwarzschere einlassen zu lassen, sondern in Zukunft ihr ganzes Können und Wissen zum Wohle der Gesamtheit fördern.

Ich appelliere an Ihr demokratisches Gefühl, den Bericht so zu geben, wie er befragt ist, da Tausende von Kollegen die Meinung mit mir teilen.

Mit kollegialem Gruß!
Bau-Ruben,
Vorsitzender des Zweigvereins Friedrichsfelde.

Gau Bremen. In Welle ist eine Einigung zwischen den Unternehmern und Bauarbeitern noch nicht erfolgt, infolgedessen sind unsere Kollegen noch sämtlich in Mittellosigkeit gezogen. Wird in den nächsten Tagen eine Einigung nicht erfolgen, so ist für unsere Kollegen der bestehende Vertrag aufgehoben und sie werden sich mit den zu stellenden Forderungen beschäftigen müssen.

In Brucksum hat am 14. Mai die zweite Verhandlung stattgefunden. Sie ist gleichfalls resultatlos verlaufen. Die Unternehmer scheinen zu glauben, daß unsere Kollegen, nachdem sie die Verkürzung der Arbeitszeit haben fallen lassen, die Lohnforderung bis auf ein Nichts aufzugeben. Die Unternehmer bieten vom 1. Juni d. J. an eine Erhöhung des Stundenlohnes von 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, während unsere Kollegen eine Lohnerhöhung von 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gefordert hatten. Die Verhandlung wurde hierauf von uns abgebrochen. Die Unternehmer müssen sich doch wohl entschließen, weitere Zugeständnisse zu machen. Da die Arbeit drängt, haben sie sich wieder an die Kollegen gewandt und um weitere Unterhandlungen nachgedacht, es ist ihnen aber die Antwort gefordert, daß jede Unterhandlung zwecklos ist, wenn sie nicht sofort 5 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung bewilligen.

In Bildehausen, wo unsere Kollegen eine Erhöhung des Lohnes von 43 auf 52 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gefordert hatten, erklärten die Unternehmer, daß eine Lohnerhöhung überhaupt nicht diskutabel sei, sie lehnten deshalb jede Unterhandlung vorläufig ab. Aber auch hier werden sich die Unternehmer noch zu Zugeständnissen bequemen müssen.

In Ganderfesse, dem Zweigverein Deimenhof angehörend, haben unsere Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ erhalten; die Lohnbewegung ist damit beendet. Der Stundenlohn beträgt jetzt 47 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$.

In Delmenhorst, wo unsere Kollegen die neunmündliche Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 60 $\frac{1}{2}$ gefordert haben, wollten die Unternehmer für das Jahr 1908 2 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn mehr bezahlen, alles übrige soll fortfallen. Die Arbeiter werden abichtlich zurückgehalten, um dadurch unsere Kollegen zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Damit werden die Unternehmer natürlich kein Glück haben.

In Arsch, will das Schiedsgericht im Vorgeverbe unsere drei Kollegen, die im vorigen Jahre im Arbeitskomitee waren, wie es scheint, für immer aussperrten. Eine brutale Sippschaft unserer Kollegen erschien deshalb, den Zugang streng fernzuhalten. Da die Arbeitsverhältnisse recht gut sind, wird auch diesen Schiedsmannern beigekracht werden, daß die Bäume bei ihnen nicht in den Himmel wachsen.

In Vegesack haben am 18. Mai Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die aber zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Es wurde beschlossen, am 17. Mai die Verhandlungen fortzusetzen. Die Unternehmer waren mit einem acht Seiten langen Vertrag auf dem Platze erschienen, der mehr einer Arbeitsordnung ähnlich sah. Da es nicht möglich war, dies in ein paar Stunden zu erledigen, wurde uns anheimgegeben, aus diesem Punkte aus unserem Vertragsentwurf andere Forderungen zu formulieren und sie dann den Unter-

achtern wieder zuzustellen. Von Arbeitszeiterhöhung wollten auch hier die Unternehmer nichts wissen. Der Vertrag der Unternehmer sollte bis zum 31. März 1910 Gültigkeit haben. Am 17. Mai fand nun die zweite Verhandlung statt, an der auch der bekannte Oberstarwärter aus Bremen, Herr Lehmann, teilnahm. Nach Eröffnung der Sitzung richtete der Vorsitzende der Unternehmer die Frage an die Arbeitervertreter, ob sie ermäßigten, von der Verkürzung der Arbeitszeit Abstand zu nehmen; wenn nicht, dann wäre jedes weitere Verhandeln unmöglich. Da sämtliche Vertreter der Arbeiter eine bindende Erklärung nach dieser Richtung nicht abgeben konnten, wollte der Vorsitzende die Verhandlung schließen. Kollege Giddelen, der nunmehr das Wort erhielt, befragte die Frage der Arbeitszeit aus der Erwiderung auszuscheiden und über die anderen Punkte weiter zu verhandeln; aber auch hierauf wollten sich die Unternehmer nicht einlassen. Nunmehr stellte der Gauvorsitzende der Zimmerer, Kollege Dohle, den Unternehmern die Frage, ob sie ermäßigten, einen einjährigen Vertrag unter Wegfall der Verkürzung der Arbeitszeit, aber mit einer angemessenen Lohnhöhung, abzuschließen. Nachdem die Unternehmer eine solche Erklärung abgegeben, nahmen die Verhandlungen auf diese Weise ihren Fortgang. Die Unternehmer boten 3 A. Lohnzuschlag, die sie als „angemessen“ bezeichneten; auf ihrer Drängen mußten sie aber weitere Zugeständnisse machen. Sie erklärten sich schließlich bereit, einen Stundenlohn für Maurer und Zimmerer von 52 A. und für Bauarbeiter von 43 A. zu zahlen. Dieses sollte bis zum 30. Juni 1908 gelten. Da jedes weitere Zugeständnis der Unternehmer ausgeschlossen war, so erklärten sich die Vertreter der Arbeiter bereit, das Angebot der Organisationen zu unterbreiten. Am 22. Mai haben alle drei Verweise in ihren Verhandlungen dazu Erklärung genommen. Dem Angebot der Unternehmer wurde überall zugestimmt. Nunmehr können die weiteren Verhandlungen über die Nebenforderungen ihren Fortgang nehmen; jedenfalls werden sich Schwierigkeiten dabei nicht mehr ergeben.

Gau Danzig. In Kasel, einer Zählstelle des Zweigvereins von dort, haben unsere Kollegen den Unternehmern die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 38 Stunden und Erhöhung des Lohnes von 35 auf 40 A. pro Stunde zugestellt. Die Forderung sollte ebenfalls befriedigt werden. Wiewohl gar es dabei pro Stunde 3 A. Zuschlag; es wurden aber 5 A. pro Stunde gefordert. Einer Verhandlung mit unseren Kollegen gingen die Unternehmer dadurch aus dem Wege, daß sie in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters unter sich über unsere Forderungen verhandelten. Später bekamen dann unsere Kollegen durch den Bürgermeister die Antwort auf die Forderung mit dem Erlaß zugestimmt, aus Interesse für den gewerblichen Frieden in Kasel dem Ergebnis dieser Verhandlungen zuzustimmen. In einer hierauf stattgefundenen Versammlung lehnten unsere Mitglieder das einstimmig ab. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wollten die Unternehmer nichts wissen. Mit den alten, schon zehnmals in anderen Orten angelegten Gründen lehnten sie diese ab. Der Lohn wollten sie auf 38 A. pro Stunde festgelegt wissen. Für Vorkarbeiter boten sie 3 A. Zuschlag pro Stunde. Unter der Hand wurden dann von einzelnen Kollegen mit ihrem Unternehmer Unterhandlungen geführt, die den Erfolg hatten, daß drei Unternehmer, die 60 Maurer beschäftigten, den von uns angelegten Vertrag unterzeichnet haben. Am 16. d. Mts. kam es durch Vermittlung des Bürgermeisters zwischen uns und den Unternehmern, die vollständig erloschen waren, zur Verhandlung. Eine Einigung konnte trotz der Vermittlung des Bürgermeisters und trotzdem wir den Unternehmern einige Zugeständnisse machten, nicht herbeigeführt werden, da die Unternehmer in der Mehrheit an ihrem ersten Angebot festhielten. Der einzige Vorteil dieser Verhandlung war, daß uns die Unternehmer im Prinzip die zehnstündige Arbeitszeit zugestanden haben. Nach Schluß der Verhandlung revidierten wir nochmals, und zwar auf Grund der gemachten Zugeständnisse, den Vertrag, der dann in der neuen Form wiederum durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters den Unternehmern zugestellt wurde. Hieraus fand nochmals eine Verhandlung statt, die wiederum resultatlos verlief. Am zweiten Freitagabend haben nun unsere Kollegen, deren mittlerweile der Großstadter gefressen war, in einer Versammlung beschlossen, sämtliche Unternehmer, die am 22. Mai die erste Forderung nicht unterzeichnet haben, zu sperren. An diesem Tage brauchte dann nur 15 Kollegen die Arbeit einzustellen, da mittlerweile einige Unternehmer bewilligt hatten. Von diesen 15 Kollegen sind noch drei im Streik, da jetzt die Unternehmer alle, bis auf den größten Scharwacher Herrn W. Siabrowski, die alte Forderung anerkannt und unterzeichnet haben. Da Herr St. verweist ist, wird ihm bei seiner Ankunft der Vertrag zur Unterschrift vorgelegt werden; unterzeichnet er nicht, dann werden seine Leute gesperrt.

In Brauk haben die Kollegen am Sonntag, den 26. Mai, einstimmig beschlossen, zur Durchführung ihrer Forderung, 60 A. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit, bei den Unternehmern Schutz und Gütlichkeit in Brauk Montag, den 27. Mai, die Arbeit einzustellen. Ob die Vorstellungen seitens der Leitung und der Kollegen wurden von den Unternehmern damit zurückgewiesen, daß sie erklärten, ihre Unterschrift nicht geben zu wollen. Hoffentlich hatten unsere Kollegen jetzt zusammen, um die Unternehmer zur Anerkennung unserer Forderung zu zwingen.

Gau Dortmund. In Bochum mußte der Unternehmer Wingenfeld wegen Nichtauszahlung des fälligen Lohnes gesperrt werden.

Gau Erfurt. Bei der fast überall guten Konjunktur im Gau machte sich bei den Kollegen der lebhafte Wunsch bemerkbar, die zur Erzielung günstigerer Existenzbedingungen anzutreten. Aus 33 Vereinen wurden Lohnforderungen gemeldet. Wie jetzt sind als erledigt zu betrachten:

- Alstedt, Erfolg: 2 A. Lohnhöhung, der Lohn beträgt jetzt 35 A., die Arbeitszeit 10 Stunden.
- Arnsdorf, Erfolg: jetzt 3 A. und in nächsten Jahr 2 A. Lohnhöhung, so daß jetzt 43 und in nächstem Jahre 45 A. gezahlt werden. Arbeitszeit 10 Stunden.
- Bürgel, Erfolg: 5 A. Lohnhöhung, Lohn 35 A., Arbeitszeit 10 Stunden.
- Eisfeld, Erfolg: 2 A. Lohnhöhung, Lohn 30 A.

Ein Unternehmer will diesen „horrenden“ Lohn nicht zahlen, sondern will sich lieber Italiener kommen lassen. 4 Mann stellen die Arbeit ein und erhalten anderweitig Arbeit.

In Numborn wollten die Kollegen 40 A. haben. Der Unternehmer lehnte ab; nach 3 Tagen Kampf einigte man sich auf 38 A.; Erfolg: 3 A. Lohnhöhung.

In Graftenthal verlangten die Kollegen 40 A., man einigte sich mit 2 Unternehmern auf 38 A.; beim dritten Herrn Bauerwalds, wurde die Arbeit eingestellt. Da die Kollegen alle sofort in der Umgegend in Arbeit treten konnten, so folgte uns der Kampf nicht, und nun hat auch Herr Bauerwalds nachgegeben und zahlt 40 A. Lohn.

In Saalfeld forderten die Kollegen 38 A., für Wieda 37 und für Braunlage 40 A. Lohn. In Wieda und Braunlage kam eine Einigung zu Stande, die nur die Unternehmer in Saalfeld glaubten. Ihre Mauerer ließen sich „fallen“ wie vor 10 Jahren und können nach zweitägigem Streik wieder zur Arbeit gelangen. Derselbe hatten sich die Unternehmer jedoch geteilt, sie mußten nach zweitägigem Kampf eine Lohnzulage bewilligen. Gezahlt werden sofort 34, und vom 1. Juni ab 35 A.; Erfolg: 4 A. Lohnhöhung.

In Schmalde forderte man 38 A. für Löhner und 40 A. für Maurer und die zehnstündige Arbeitszeit. Nach langem Hin und Her bei der Verhandlung wurden für Maurer 40 und für Löhner 36 A. bewilligt, jedoch sollte der Vertrag zwei Jahre Geltung haben. Dies lehnte die Verhandlung ab, und alsdann der größte Teil der Löhner die Kündigung eingereicht hatte, stimmten die Unternehmer auch dem einjährigen Vertrage zu. Trotzdem der Arbeitstag nur 10 Stunden betragen soll, scheint es doch manchen Kollegen schwer zu fallen, um 8 Uhr Feierabend zu machen. Die Jahrelange Luste, 12 und 13 Stunden täglich zu arbeiten, wiewohl hier noch nach. An diese Kollegen geht hierdurch die Mahnung, das Ertragnis nicht leichtfertig beiseite zu werfen, sondern festzuhalten für alle Zukunft.

In Kleinschmalde wurde der Lohn von 30 auf 35 A. erhöht. In Erfurt forderten die Kollegen 35 A., zehnstündige Arbeitszeit und Lohnzulage. Durch Verhandlung ist festgelegt, in diesem Jahre vom 1. Juli ab 32 und vom 1. April 1908 ab 35 A. die zehnstündige Arbeitszeit zu zahlen. Ausdrücklich wollten auch hier die Unternehmer nichts bewilligen.

In Emsfeldt wurden 35 A. gefordert; die Kollegen haben sich auf 32 A. mit den beiden Unternehmern geeinigt. Bei etwas heißer Sprache hätten sie wohl die ganze Forderung durchgesetzt.

In Lehesten forderten die Kollegen 38 A., die ihnen auch bewilligt worden sind. Die Lohnhöhung beträgt 5 A. Jedoch dem Gauvorstand davon Mitteilung zu machen, hielten die Kollegen nicht für nötig.

In Apolda hatten die Unternehmer im Herbst des vorigen Jahres versprochen, vom 1. März an eine Lohnhöhung zu gewähren. Dies haben sie gehalten, die Zulage beträgt 2 bis 3 A., der Lohn 38 A. pro Stunde.

In Sonneberg forderten die Kollegen 45 A. und stellten dabei noch einige Nebenforderungen. Im Anbetracht der guten Konjunktur zahlten die Unternehmer schon freiwillig 42 A. Da dieses für den größten Teil der Kollegen eine Erhöhung des Lohnes von 2-3 A. gleichkam, so gaben sich die Kollegen damit zufrieden. Hoffentlich bauen die Kollegen die Organisation nun aus, denn 45 A. wären zu erreichen gewesen, wenn alle Maurer schon ein Jahr und länger organisiert gewesen wären.

In Sulz betrug die Forderung auch 45 A. und zehnstündige Arbeitszeit. Geeignigt hat man sich auf 42 A.; leider bleibt die elfstündige Arbeitszeit noch bestehen. Auch hier macht sich die frühere 12 bis 13stündige Arbeitszeit recht bemerkbar. Auch Maurer wohnt in Sulz, und da ein Teil Kollegen drei bis vier Stunden weite Wege hat, so glaubt man auch diesen zu tun, die Zeit mit Arbeiten auszufüllen.

In Tamboch war die Forderung 36 A. und zehnstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer wollten nur 30-35 A. für Geisellen, 20-27 A. für Jungeleuten und 28-31 A. für Vorkarbeiter zahlen. Nachdem die Kollegen die Forderung auf 35-36 A. resp. 24-30 und 32-33 A. reduziert hatten, zahlten die Unternehmer jetzt den 1. Mai diesen Lohn. Auch hier wird es nötig sein, daß die Kollegen trenn zusammen bleiben, da noch viel zu verbessern nötig ist.

Im Zweigverein in Merseburg, zu dem sieben Orten gehören, mit acht Unternehmern gehören, und in Muehlenberg forderten die Kollegen 38 A. für Maurer und 35 A. für Arbeiter, außerdem Lohnzulage sowie mindestens 60 A. pro Stunde für Vorkarbeitersbau in auswärtsigen Orten. Die Bewegung ist noch nicht ganz erledigt. In Muehlenberg haben sich die Kollegen nach ausdauerndem Streik mit ihrem zwei Unternehmern auf 36 A. geeinigt. Ebenfalls ohne Streik die Kollegen in Untermersbach mit ihrem Meister Abicht. In den anderen Geschäften und Orten wird die Bewegung nun wohl zu demselben Resultat führen. Wenn nicht, werden die Kollegen angreifen müssen.

Im Streik stehen die Kollegen: In Saalfeld a. d. E. seit dem 22. April. Die Forderung ist 46 A. Stundenlohn. In Meiningen seit dem 29. April. Forderung 5 A. Lohnhöhung, Mindestlohn 28 A. In Planenbürg i. Th. seit dem 29. April; Forderung 40 A. In Erfurt seit dem 6. Mai; Forderung 40 A. und zehnstündige Arbeitszeit. In Erfurt dreht sich der Kampf nicht mehr um den Lohn, sondern, wie die Unternehmer ja in der letzten gemeinsamen Sitzung vor dem Streik selber ausgesprochen, um das Prinzip der Verkürzung der Arbeitszeit. Hier der Verzicht der Arbeitgeberorganisation: keine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden und ein Vertrag bis zum 1. April 1910; auf der anderen Seite die schon zum zweiten Male erhabene Forderung der Erfurter Kollegen auf Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Beide Organisationen umfaßt fast alle Angehörigen ihres Vereines und der Arbeitgeberbund auch noch sämtliche Materialisten. Auf welche Seite sich der Sieg neigen wird, ist heute noch nicht zu beurteilen, indem beide Gegner, vielleicht gleich stark, sich von vornherein auf einen längeren Kampf eingerichtet haben. An unsere angehenden Kollegen ergeht deshalb die Mahnung, in der Fremde auszuhalten trotz der schwarzen Listen, bis die Mitteilung kommt, daß der Kampf beendet ist. Die übrigen Kollegen Deutschlands werden erheit, den Bezug nach Erfurt und allen anderen Streikorten im Gau streng fernzuhalten.

Gau Frankfurt a. Main. In Coblenz ist die Lohnbewegung auf den frischen Punkt gelangt; wenn die Unternehmer in den nächsten Tagen nicht eine bessere

Sinnsicht bekünden, dürfte der Streik unvermeidlich sein. Wie in voriger Woche bei den einzelnen Unternehmern Unterhandlungen versucht waren, bekam die Sache ein ganz friedliches Aussehen, einzelne Unternehmer erkannten die Verächtlichkeit der Forderung an und erklärten sich auch zur Einigung bereit. Jetzt hat plötzlich die Gegenüberung des Oberwasser bekommen und die Hoffnungen einer glücklichen Einigung sind geschwunden. Ob es noch im letzten Augenblick gelingen wird, die Unternehmer umzustimmen, so daß die bessere Sinnsicht siegt, kann heute nicht bestimmt gesagt werden.

Die Unternehmer des Rheingau es haben ein Bündnis geschlossen, dem sich alle Unternehmer von Wiesbaden bis St. Goarshausen angeschlossen haben sollen. Die Hauptwortführer sollen die Herren Krämer-Stülcke und Verghäuser-Wiedrich in der Unternehmerversammlung gewesen sein. Beide führen gegenwärtig größere Arbeiten in Geisenheim aus. Der Plan, den die Unternehmer ausgedacht haben, soll ein ganz keiner sein. Wenn wollen sie zunächst die Kollegen in Wiesbaden beim Überweisen und sobald es gelingen, den ganzen Rhein- und unternehmerrischen Einfluß bringen, damit der Streik seinen Charakter verleihe. Die Unternehmer haben aber die Mahnung, ohne die Kollegen gemacht. Diese wollen jetzt den Kampf auch auf Geisenheim und die übrigen Orte ausdehnen. Wir werden also in den nächsten Tagen mit weiteren Arbeitseinstellungen zu rechnen haben.

Den Kollegen in Lauterbach (Oberhausen) ist es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, eine Unterhandlung mit den Unternehmern zu erzielen; bleiben die Unternehmer hartnäckig, dürfte auch dort ganz die Arbeitseinstellung zu vermeiden sein.

Gau Hamburg. In Schwarzenbek ist mit den Unternehmern ein neuer Tarif für die Dauer von zwei Jahren vereinbart worden. Nach den neuen Verträgen werden im d. h. Lohn ab 1. Mai d. J. von 50 A. auf 55 A. gelitten. Im Jahre 1908 wird ab 1. Mai 60 A. pro Stunde gezahlt, bei nennmonatshaltiger Arbeitszeit, statt der bisher geltenden Arbeitszeit von zehn Stunden pro Tag.

Herr F. N. ist jetzt selbst auf die Dörfer und der dortigen Arbeiterverbände von Seggeberg und Kellinghusen vergebliche Anstrengungen gemacht haben, die Unternehmer aus dem Lande abzutreiben, die Mauerer aus den Streikorten wieder zu entlassen, und da alle Bemühungen fruchtlos geblieben sind, vertritt es Herr F. N. in eigener Person, die Leute aus der Arbeit zu verdrängen, wie nachfolgendes Schreiben beweist, das an einen Unternehmer im Volksmunde lautet:

Deutscher Arbeiterbund für das Baugewerbe.
In Herrn Maurermeister N. N. in X in Goltstein.
Hierdurch beehren wir uns, Ihnen ergeben mitzuteilen, daß in Seggeberg die Mauerer streiken. Nach Angabe der dortigen Baugewerbetreibenden sollen Sie, werter Herr Kollege, einen Teil der streikenden Leute beschäftigen. Wir bitten Sie deshalb dringend, der Untergewertheit ersichtlich näher zu treten und in Beschäftigungsfälle zu versetzen zu wollen, daß die wohl nur aus Unkenntnis der Zustände beschäftigten Leute schuldlos wieder entlassen werden. Die Kollegen in Seggeberg erklären sich zu gleichen Gegenständen gern bereit; sobald an Ihrem Wohnorte eine Arbeitseinstellung eintreten sollte. Einer schlagenden Reuekung entgegengehend, empfindet sich Ihnen Hochachtungsvoll
Der Vorstand
des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe.
F. N. d.

Die Bemühungen des Herrn F. N. hatten aber ebensovienig Erfolg wie das Schreiben seiner Kollegen aus Seggeberg. Die Mauerer, an denen diese Mißbräute gerichtet sind, freuen sich, ordentliche Leute in Arbeit zu haben.

Der Tag 8. d. Mts. sollen nach Verichten bürgerlicher Zeitungen unsere Kollegen in Schleswig und Flensburg geworden sein. Die „Deutsche Arbeiter-Ztg.“, der die „Machtwortsmacht der Zeitung des Maurerverbandes“ schwer im Magen liegt, schreibt:

In Schleswig bestand ein Vertrag zwischen dem dortigen Arbeiterverband und der hiesigen Schicksal des Verbandes der Maurer Deutschlands, der bis zum 1. April 1908 zu Recht bestehen sollte. In diesen Vertrag waren die Leistungen der Bauhelferarbeiter mit einbezogen, ohne daß allerdings deren Organisationsleiter unterfänglich gegenzeichnet hätte. Nun treten die Bauhelferarbeiter mit neuen Forderungen an die Meister heran, indem sie sich auf die mangelnde Unterstützung stützen. Dies bemängeln wiederum die Maurer, um ihrer Verungung auf den Karrenfortzug zwischen den Zentralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer ohne weiteres ebenfalls die Arbeit niederzulegen, obwohl ihnen sofort zugestimmt wurde, daß die Baumaterialien anderweitig zubereitet und herangebracht werden sollten. Auf der Wechselseite der in Betracht kommenden Vandalen kam es überhaupt gar nicht erst zu einer Ergründung dieser Angelegenheit, sondern die Leute blieben einfach vor der Arbeit fort. Nach dieser gehalten sich die Dinge in Flensburg. Dort besteht ein Tarifvertrag zwischen den Maurern und dem Arbeitgeberverband, dessen Ablauf auf den 1. April 1908 festgelegt ist. Dieser Vertrag sieht eine genaue Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen voraus. Was aber bei den Maurern nicht abgesehen, ursprünglich mit neuen Lohnforderungen versehen und die Arbeit sofort niedergelassen, als sie an den bestehenden Vertrag erinnert wurden. Verträge der Arbeitgeber und beschiedener unparteiischer Vermittler, auf die Ausbilden einzurufen, sind vollkommen ergebnislos verlaufen. Ähnliche Vorfälle werden des weiteren an den verschiedensten Orten des in Rede stehenden Bezugs gemeldet.

Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet in beiden Fällen, soweit es auf den „Vertragsbruch“ ankommt, die Unwahrheit. In Schleswig sind die Maurer einfach durch den Streik der Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden, b. h. sie wurden arbeitslos, weil niemand vorhanden war, der ihnen Material an die Arbeitsstätten brachte. Ganz so selbst kein Material, hielten, ist doch ganz natürlich. Wären die Akteure und Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“ als Falls- und Preisrichter eingetretten, dann hätten die Maurer wahrlich nicht ruhig dastehen lassen. So aber waren sie ohne Verächtlung, und da ihnen dieser Zustand nicht gefiel, vertiefen sie Schicksal, um sich anderswo Arbeit zu suchen. Auf Kosten der Unternehmer hätten die Maurer

möglichstweise gefeiert, aber ein solches Angebot ist ihnen wahrscheinlich nicht gemacht worden. Wenn man freigelegte Eckscheibung der Zimmer, eine Anzahl ihrer Maurer auf die schwarze Liste gesetzt haben, worüber übrigens noch an anderer Stelle berichtet wird, so ist das noch lange kein Beweis für den Vertragsbruch.

Zu Hensberg hat noch ein Vertrag zwischen unserem dortigen Zweigverein und der Maurerinnung bestanden. Die letztere hat es sogar immer weit von sich gewiesen, mit unserer Organisation auch nur zu verhandeln, und wenn sie schließlich doch dem Zwange der Not gehorchend, dem Vorstand unseres Zweigvereins die Mitteilung machte, daß sie gewillt sei, die Forderung der Maurer zum Teil zu bewilligen, und wenn unser Zweigvereinsvorstand darauf antwortete, daß die Maurer das Angebot akzeptierten, so war damit nur eine Verrennung zu stande gekommen, von der jedermann jederzeit zurücktreten konnte. Ein Tarifvertrag war es nicht. Das geht auch mit aller Deutlichkeit daraus hervor, daß unser Zweigvereinsvorstand noch zweimal dem Vorstand der Innung angefragt hat, ob die Innung nicht geneigt sei, einen Tarifvertrag mit dem Zweigverein der Maurer zu schließen. Die Innung hat sich aber in Schwelgen geäußert. Sie wollte keinen Vertrag mit unserer Organisation eingehen, wie sie es auch heute noch nicht will. Die Innung kann jetzt aber auch nicht geltend machen, daß sie die erwähnten beiderseitigen Angebotsstücke als Vertrag angesehen hätte; denn dann hätte ihr Vorstand unserem Zweigvereinsvorstand sagen müssen: Was willst du mit dem Strängen auf einen Vertrag, wir haben ja einen Vertrag. So hat aber die Innung die Sache nicht aufgegeben, sondern sie hat durch fortgesetztes Stillhalten beständig bewiesen, daß sie von einem Vertrag nichts wissen wollte. Nur da die Maurer ihre schon früher geäußerte Forderung durchzusetzen wollten, hat die Innung Klage beim Gewerbegericht zur Erfüllung des Vertrags erhoben. Die Klage ist abgewiesen worden, weil sich das Gewerbegericht für unzuständig erklärt hat. Wie wir schon, hat nunmehr der Innungsvorstand dieselbe Klage beim Landgericht eingereicht. Inzwischen hat aber Maurermeister H u m m e l, der Vorsitzende der Innung, die Innung in einige Stellen bezüglich auf Entschädigung wegen Vertragsbruchs verklagt, und damit vor dem Gewerbegericht ein offenes Urteil erstritten. Die Gründe der Klage und des Urteils sind uns zur Zeit noch unbekannt, aber wenn sich auch das Gewerbegericht auf den angelegten Vertrag berufen sollte, so behände für uns immer noch keine.

Die Streitenden haben Hensberg bis auf einen kleinen Rest verlassen und auch wohl ausnahmslos anderswo Arbeit erhalten.

Gau Hannover. In Lotho ist der Streik beendet und am Mittwoch, den 22. Mai, die Arbeit wieder aufgenommen worden. Den getroffenen Vereinbarungen gemäß erhöht sich bei Aufnahme der Lohn von 85 $\frac{1}{2}$ auf 87 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Am 1. Oktober d. J. tritt eine weitere Erhöhung auf 89 $\frac{1}{2}$ ein. Der Lohn für Jungesellen bleibt der gegenwärtigen Vereinbarung überlassen. Die tägliche Arbeitszeit bleibt wie bisher schlußendlich von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr mit einstündiger Mittags- und eineinhalbstündiger Frühstück- und Beipersonale. Alle Abmachungen sollen rückwärts haben bis zum 1. Oktober 1908. Eine Kündigung muß spätestens am 1. Juli 1908 stattfinden, andernfalls verlängert sich die Vertragsdauer stillschweigend um ein Jahr.

In Hannover hat nicht am 18. Mai, sondern am 22. Mai eine Verhandlung vor dem Einigungsamt stattgefunden. Etwa 15 anderer Kollegen waren als Betramenpersonen drei Arbeiterbewegter des Gewerbegerichts bestimmt, wovon gegen die Arbeitgeber den Senator und Mitglied der Innung, den Vorsitzenden des Norddeutschen Arbeitgeberverbandes, Herrn Dehrens-Hannover, und den Vertreter des Bauvereins-Hannover, Herrn Wacziarg, bestimmt hatten. Unsere Kollegen waren dann ihre Äußerungen und den Gewerbegerichtlichen Verhandlungen mit Herrn Scharf-Salle präsentierten. Hiergegen erhob der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Justizrat Gerhardt, Bedenken, worauf sich die Vertreter der Unternehmer zurückzogen und beschloßen, die beiden Senator abzulehnen. Den Ernst der Situation überdenn, war man der Herr Justizrat gezwungen, sich selbst zu verzichten. Hieran folgen auch die Unternehmer ihre Einwendungen zurück. Unsere Kollegen formulierten ihre Forderung dann dahingehend, daß der Lohn in diesem Jahre 45 $\frac{1}{2}$ und 1908/09 47 $\frac{1}{2}$ betragen müsse; dahingegen wollten die Unternehmer für dieses Jahr eine Erhöhung angesehen und nur für 1908/09 45 $\frac{1}{2}$ zahlen. Nach größerer Differenz ergaben sich bei den Bauarbeiterforderungen: für dieses Jahr 36 $\frac{1}{2}$ und fürs nächste Jahr 40 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer boten für dieses Jahr 32 $\frac{1}{2}$ und fürs nächste Jahr 35 $\frac{1}{2}$. Dies veranlaßte dann den aus dem Wühlenerarbeiterkreis noch genaugen bekannten Wühlener, seiner sozialpolitischen Weisheit die Füge schicken zu lassen. Und wahrlich, er hat aus seinem Herzen keine Widergarbe gemacht. Er meinte, es müsse mehr Solidarität zwischen Arbeiter und Arbeitgeber geschaffen werden; wenn die Arbeitgeber in der Lage wären, nicht zahlen zu können, würde dies ohnehin geschehen. Das ewige Forderung höherer Löhne und das ewige Streiken führe Stadt und Staat zu den Ruin. Hierin wären die englischen Arbeiter vernünftiger. Diese hätten wiederholt eine Abgrenzung der Löhne bei den Fabrikanten beantragt, um dem Gewerbe die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande zu sichern. Wenn die Kammer Unternehmer noch höheren Lohn zahlen sollten, gingen noch mehr den Konstruktoren entgegen. Im letzten Jahre seien über hundert Substantionen in Hameln vorgenommen. (?) Wer also nichts habe, solle auch nicht geben. Er möchte die Maurer dringlich bitten, ja nicht die meiste Rolle zu spielen. In diesem Zusammenhang ist es weiter, wobei ihm der Herr Justizrat noch kräftig schiederte. Unsere Kollegen erklärten dann, dafür einzutreten zu wollen, daß der Lohn in diesem Jahre auf 43 $\frac{1}{2}$ bemessen werde, für 1908 auf 45 $\frac{1}{2}$ und für 1909 auf 47 $\frac{1}{2}$. Gegen diesen Vorschlag wurden auch von den Unternehmern weitläufige Bedenken nicht erhoben; nur die Forderung der Bauarbeiter will den Herren nicht einleuchten. Bei der eigenartigen Zusammenkunft hat das Einigungsamt, unter Zustimmung beider Parteien, von einem Schiedspräsidenten angenommen und beschloßen, daß, falls die Differenzen bis Freitag, den 7. Juni, nicht beigelegt sind, am selben Tage eine weitere Verhandlung abgehalten.

In B o d e n e m, wo unsere Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 32 $\frac{1}{2}$ auf 37 $\frac{1}{2}$ forderten, ist durch Verhandlungen eine Einigung auf 35 $\frac{1}{2}$ erreicht worden. Dieser Lohn ist bereits seit dem 1. April gezahlt worden. Auch sonst sind wesentliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzielt

worden. In Betracht kommen 78 Kollegen, wovon 60 organisiert sind. Günstigst begriffen sind die dreizehn Unorganisierten bald den Wert der gewerkschaftlichen Organisation! Vorläufig scheint diesen der Frieders, parodon, Kriegerverein noch mehr einzubringen.

Im Lohngebiet Green hatten unsere Kollegen vor längerer Zeit die Kündigung beschlossen, weil von den Unternehmern in gültiger Weise ein Stundenlohn von 86 $\frac{1}{2}$ nicht zu erreichen war. Die Kündigung unserer Kollegen war aber zu wenig inakt, daß die Kündigung als missglückt zu betrachten war. Beim Unternehmer doch hatten von 85 Kollegen 25 gekündigt, bei Brahmman von 70 bloß 9, bei Schäfer von 50 etwa 26 und bei Variels überhaupt keine. Es hatten demnach von 175 etwa 60 gekündigt. Die Unternehmer haben im vorigen Jahre den Lohn von 27 $\frac{1}{2}$ auf 29 $\frac{1}{2}$ erhöht und waren auch in „großmütiger“ Weise bereit, in diesem Jahre 30 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, und noch dem unsere Kollegen die Forderung eingereicht hatten, haben sie sogar 32 $\frac{1}{2}$ gezahlt. Ein neuer Versuch zur Erreichung eines höheren Lohnes in dem Jahre dürfte wohl ausgeschlossen sein. Den Green Kollegen ist etwas mehr Disziplin zu empfehlen, damit die Unternehmer unsere Organisation nicht achten lernen. In W a u e r findet am 28. Mai nunmehr die von der Gewerkschaft zum Vorfelbst angeordnete Verhandlung statt. Da die Unternehmer wenig Neigung zur Zahlung eines auch nur einigermaßen anständigen Lohnes besitzen, so sind wenig Aussichten für Beilegung der Differenzen vorhanden.

In Herford haben es die Christlichen nun soweit gebracht, daß sie drei von uns gekerrte Pauten mit ihren Streikbrechern bezeugt haben. Da sich in Herford anscheinend nicht genug Streikbrecher aufreiben lassen, hat man sich nach Hilfe aus Hildesheim, einem Ort, die die die Herford, geholt, wo sich ein Streik der Christlichen erst eben beendet ist. Die Hildesheimer Streikbrecher mögen sich von ihrem Ortsgerichtlichen darüber unterrichten lassen. Ob gegenüber den Mitgliedern des Herforderverbandes der Arbeiter keine christliche Nächstenliebe zu üben ist. Auf dem Ausgang des Kampfes wird aber auch diese unangenehm und charakterlose Handlungsweise einflußlos bleiben. Dem höchsten den Kampf in die Länge ziehen. Die Christlichen wollen um Tröden stehen. Sie glauben durch Beilegung der von uns gekerrten Pauten Unmöglichkeit, daß auch unsere Kollegen zur Zahlung eines auch nur einigermaßen anständigen Lohnes werden, um dann reif zu sein für die christliche Organisation. Was gegnigt, Volkswirtschaft in Mankatur!

In Lauverberg am Harz ist die Streiklage noch immer unverändert. Die Unternehmer glauben noch immer, daß die Maurer eines Tages auf den Knien anerkennen kommen und unerschrocken um Arbeit bitten. Hierzu haben aber die Maurer verflücht wenig Neigung, umsoher, da die Wehrzahl lobnende Arbeit hat. Also, verehrte Meister, auf diese Weiße geht's nicht!

Gau Leipzig. Zur Situation in Halle wird berichtet: Nachdem eine sehr stark besetzte Versammlung der Kollegen von dem gemachten Angebot der Unternehmer Kenntnis genommen hatte, wurde nach sehr lebhafter Diskussion ein Antrag des Zweigvereinsvorstandes und der Streikleitung, der betragte, die Verzögerung der Arbeitszeit von einer Stunde auf eine halbe Stunde zu reduzieren und die Forderung von 60 $\frac{1}{2}$ auf drei Jahre zu verteilen, und zwar vom 1. Juli 1907 an bis 1. April 1908 55 $\frac{1}{2}$, von der Zeit an bis zum gleichen Termin 1909 58 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1909 bis zum 1. April 1910 60 $\frac{1}{2}$, bei nichteinhalbstündiger Arbeitszeit, mit Majorität angenommen. Auf dieser Grundlage sollten eventuell die in Aussicht gestellten Unterabteilungen geführt und ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen werden. Die hierauf stattgefundenen Verhandlungen sind aber gescheitert, da die Unternehmer auch nicht die geringste Neigung zeigten, auf das Entgegenkommen unserer Kollegen bezüglich der Verzögerung der Arbeitszeit zu reagieren. Sie erklärten rundweg, daß es ihnen nicht auf den Lohn ankomme, aber vor dem Jahre 1910 würden sie von der jetzt bestehenden schlußständigen Arbeitszeit (auf Grund eines Willkürs von Göln) keine Mütze ablassen. Eine weitere Versammlung, die dann nochmals Stellung zu diesem Angebot nahm, beschloß einstimmig, nunmehr die ursprüngliche geforderte Forderung, für dieses Jahr 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bei neunhalbstündiger Arbeitszeit, wieder aufrecht zu erhalten. Nun hat ja, was vorauszusetzen war, der Kampf stärkere Dimensionen angenommen. Die Unternehmer sind auf der Suche nach Arbeitswilligen, und da sie bis jetzt keine einheimischen Streikbrecher bekommen konnten, holen sie die braunen Edhne des Südens nach hier. Am Donnerstags Abend kam der erste Transport von 22 Italienern unter Führung der hiesigen Scharfmacher und unter Bedeckung der hohen Obrigkeit an. Auf bereit gehaltenen Wagen der elektrischen Bahn wurden diese braunen Edhnen mit Gab und Gut zur Arbeitsstelle befördert, und damit diesen holden Weien kein Leid geschehe, haben die Herren Scharfmacher im Schwelge ihres Angehens selbst das Gepäck abgeben. Weitere Kolonnen sollen in den nächsten Tagen folgen. Daß sich die Arbeiter, wie immer, als Verbündete auf die Seite der Unternehmer stellen, ist auch hier wieder zu konstataren. Vor ihren Augen haben die Unternehmer Interimslösungen in Neubauten, wo noch nicht einmal das Dach richtig fertig ist; eingeeigert; gleichfalls in Lagerstätten, wo Feuersgefahr droht. Hier wünscht man die G. G. spargraphen über die Wirtschaftlichkeit der zum bauenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räume. Die Streitenden werden sich aber nicht beirren lassen, und an ihrer Solidarität werden alle Maschinen der ganzen Edhnmadeckliche scheitern. Während der ganzen Dauer des Streiks ist bis jetzt ein einziger Kollege zum Vertreter geworden. Mit Gutwilligkeit und Einmütigkeit wird der Kampf gegen das reaktionäre Unternehmertum weiter geführt werden, bis endlich unsere berechtigten Forderungen anerkannt werden.

Madam sich die Maurer in S a d n e d. i. Vo g l l. seit Jahresfrist der Organisation angeschlossen haben, und da die Lebensmittelpreise immer mehr steigen, glaubten sie Veranlassung zu haben, ebenfalls an eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen heranzugehen zu können. Sie stellen deshalb folgende Forderung auf: 1. an Stelle der eifünfbigen die schlußständige Arbeitszeit; 2. 40 $\frac{1}{2}$ Minimallohn (bisher 33 bis 34 $\frac{1}{2}$); 3. für Arbeiterinnen 6 $\frac{1}{2}$ für Sonntag, 4. bei Lieberlandarbeit 7 $\frac{1}{2}$, mit Lieberlandarbeit 11 $\frac{1}{2}$ Zulage; 5. bei Lieberlandarbeit 7 $\frac{1}{2}$, mit Lieberlandarbeit 11 $\frac{1}{2}$ Zulage; pro Tag, außerdem Zulage des etwa notwendigen Fahrgeldes; 6. die wöchentliche Lohnzahlung ist Sonnabends, und zwar sofort nach

Feiertag auf der Arbeitsstelle; 6. keine Mahngelungen wegen Zwecklosigkeit zur Organisation. Gleichzeitig wurden die Unternehmer ersucht, zur besseren Verständigung mit der Lohnkommission in Unterhandlung zu treten. Wenn man gekündigt hatte, die Unternehmer würden auf unserer Vorklage eingehen, so hatte man sich ganz gewillt gefunden. Die Unternehmer gaben den Maurern überhaupt keine Antwort und glaubten, daß damit die Sache für sie abgetan sei. Um nun aber nicht später den Vorwurf auf uns zu laden, wir hätten mit der Arbeitsüberlegung dorellig gehandelt, gingen am 2. Mai zwei Mitglieder der Lohnkommission zu den einzelnen Unternehmern, um mit ihnen Rücksprache zu nehmen. Doch auch diese Mühe war vergebens, denn die Herren ergriffen den besten Teil der Lapsel und stüßten aus. Ueber dies Vorgehen der Unternehmer entstand unter den Kollegen begrifflicherweise große Erbitterung; es wurde von mehreren Kollegen verlangt, sofort die Arbeit niederzulegen, was auch geschehen wäre, wenn die Lohnkommission nicht noch erklärt hätte, daß man auch das letzte Mittel zu einer friedlichen Beilegung des Streiks nicht unverhütet lassen dürfe. So wurde denn beim Bürgermeister angesetzt, ob er nicht die Vermittlung übernehmen wolle, was dieser auch ganz gern tat. Den Unternehmern schien aber der Raum ganz gehörig geschwollen zu sein, weshalb zu der andauernden Verhandlung nur zwei von ihnen erschienen, die gleich von vorn herein erklärten, sie hätten keine Vollmacht von ihren Kollegen, zudem aber hätten sie in diesem Jahre bereits 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zugelegt (aber erst, nachdem die Forderung der Gestellen eingereicht war) und können weitere Zugeständnisse nicht mehr machen. Trotzdem sich der Bürgermeister die ebenfällige Mühe gab, die beiden Parteien zu veranlassen, eine Aussprache mit den anderen Unternehmern herbeizuführen, ließen sie dies Ansuchen ab, wobei der eine Unternehmer (Gertel) erklärte, die Sache sei überhaupt überflüssig, die Scharfmacher Maurer können ja gar nicht streiken, weil nur ein paar Mann organisiert seien. Wenn man aber trotzdem dazu kommen sollte, zu unterhandeln, so würde dies über den Unternehmer selbständig mit seinen Leuten tun; mit dem Verband wolle man nichts zu tun haben, da er den Unternehmern keine Begünstigung bieten könne. Nach allen diesen Vorgängen wäre es zwecklos gewesen, noch weitere Schritte zu einer friedlichen Beilegung des Streiks zu machen, und so beschloß denn am 22. Mai abgehaltene Versammlung mit allen gegen eine Stimme, die Arbeit sofort niederzulegen. Wie sehr den Unternehmern das Feuer auf den Mägeln brennt, geht wohl am besten daraus hervor, daß der Unternehmer Gertel die organisierten Maurer in das Kontor kommen ließ und ihnen erklärte, er wolle die geforderten 40 $\frac{1}{2}$ bezahlen, von den übrigen Punkten aber wolle er nichts wissen. Der Unternehmer Gertel verfuhr an dem Abend, wo die entscheidende Versammlung stattfand, ebenfalls die Kollegen zu fördern, indem er sie in ein Restaurant bestellte und ihnen erklärte, er wolle einen Vertrag mit ihnen abschließen. Von den dort befindlichen Kollegen gingen aber nur fünf scheinbar auf die Verhandlungen ein, und so wurde denn von Herrn Gertel folgendes Schreiben, das einen Vertrag vorsehen soll, angefertigt und den Kollegen zur Annahme empfohlen:

Tarifvertrag.
Am heutigen Tage haben Herr Maurermeister Reinhard Gertel einerseits und die Maurer (solen die Namen von fünf Maurern) andererseits nachfolgenden Vertrag abgeschlossen:
1. Der Lohn wird pro Maurerstunde (1) im Jahre 1907 auf 33 $\frac{1}{2}$ und 1908 auf 40 $\frac{1}{2}$ festgelegt.
2. Die Arbeitszeit wird im Jahre 1907 auf elf Stunden pro Tag mit Ausnahme Sonnabends festgelegt. Es verbleibt also wie bisher. Soll im Jahre 1908 die schlußständige Arbeitszeit eingeführt werden, so haben die Arbeiter immer es dem Arbeitgeber 14 Tage vorher bekannt zu geben. Solange eine derartige Bekanntgabe nicht erfolgt ist, bleibt die eifünfbündige Arbeitszeit bestehen.
3. Nebenstunden- sowie Sonntagsarbeit ist pro Stunde mit 5 $\frac{1}{2}$ Zulage zu bezahlen.
4. Auswärtige Arbeit wird pro Stunde mit 5 $\frac{1}{2}$ Zulage vergütet. Ist der Arbeitnehmer gezwungen, die Bahn zu benutzen, so ist das Fahrgeld, welches mehr wie 30 $\frac{1}{2}$ beträgt, extra zu vergüten. Hat der Arbeitgeber größere auswärtige Arbeit übernommen, so hat man sich besonders zu einigen.
5. Jungesellen sind ihren Leistungen entsprechend zu vergüten.
6. Mahngelungen wegen Zugehörigkeit zum Verbande haben in Friedenszeiten nicht zu erfolgen.
7. Die Arbeitnehmer verpflichten sich, irgendwelche Arbeiten, welche zum Maurerhandwerk gehören, auf eigene Faust nicht zu übernehmen, sondern dieselben immer dem Arbeitgeber zu überlassen.
8. Die Unternehmer die Interdisziplin der Kollegen verlangte, erklären dies mit vollem Recht: Bis jetzt hat es den Unternehmern nicht gepreßt, da können sie auch die Zeit noch warten, bis die Entscheidung in unserer Versammlung gefallen ist. In übrigen aber geben die Kollegen Herrn Gertel den Rat, sich an die Organisation zu wenden. Der Stand der Bewegung ist so: Die Arbeit haben niedergelegt 28 Kollegen, wovon 21 verheiratet sind, die 35 Arbeiter haben. Abgerufen sind 10 Kollegen, 18 Streikbrecher arbeiten 12 Maurer und Boltere sowie 2 Lehrlinge auf 9 Arbeitsstellen. Der Stand der Bewegung ist also günstig für die Arbeiter, vorausgesetzt, daß sie trenn zur Fühne halten und die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis die Unternehmer die ganz geringfügige Forderung anerkannt haben. Die Kollegen in den Neubauten aber erziehen wir, auf die schwächelhaften Arbeitsangebote der Scharfmacher Unternehmer nicht hineinzugehen und den Bezug fernzuhalten.
In C h e m n i t z haben die Kollegen am 28. Mai die Arbeit niedergelegt. Sie fordern vor allen Dingen den Zeitstundenlohn und einen Mindeststundenlohn von 60 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer hatten diese Forderung abgelehnt mit der Begründung, daß zur Verzögerung der Arbeitszeit kein genügender Anlaß vorliege und der von ihnen in diesem Frühjahr von 42 auf 45 $\frac{1}{2}$ erhöhte Stundenlohn den gesteigerten Anforderungen in der Lebenshaltung entspreche. Viele Argumente der Unternehmer beweisen, daß gar nicht daran zu denken war, mit diesen Leuten anders als durch Kampf fertig zu werden. Chemnitz eine der industriereichsten Großstädte hatte bis jetzt noch die eifünfbündige Arbeitszeit. Und da lag nach Meinung der Unternehmer kein „begründeter Anlaß“ vor, die Arbeitszeit zu verkürzen! Es wäre interessant, zu erfahren, was die Unternehmer chemnitz

als „begünstigten Anlaß“ gelten lassen würden. Von irgendwelchen Bedürfnissen der Arbeiter, die über Essen und Schlafen hinausgehen, haben sie sich niemals noch etwas gedacht. Auch daran haben sie jedenfalls noch nicht gedacht, daß der Maurer auch noch dann, wenn er älter als 40-45 Jahre ist, noch arbeitsfähig sein muß. Der Kampf in Chemnitz ist ein Kulturkampf im wahren Sinne des Wortes und darum wird auch die ganze deutsche Maurerkunst diesen Kampf mit erhöhtem Interesse führen und gewinnen helfen. Die böhmischen Kollegen, deren Arbeitsblätter in der Heimat eben den Arbeitern aller Länder das Schampfer eines so stolzen Wahlsiegens bereitet haben, werden nun bemerken, daß sie den weitbewegenden Gedanken der Arbeiterkollektive auch in der Fremde und in der Praxis des täglichen Lebens zu betätigen wissen. Für alle heißt es: Galtet den Zug nach Chemnitz fern!

Die Verhandlungen über die Forderungen unserer Kollegen in Cera haben zu keiner Einigung geführt. Infolge dessen haben die Unternehmer am 25. Mai die Arbeiter aus Cera fort. Wir bitten das ganz besonders zu beachten, daß von der bürgerlichen Presse die Mordart verbreitet wird, die Differenzen seien geschnitten. Lasse sich kein Kollege dadurch trefsfähren!

In Cera sind die Kollegen am 27. Mai in den Streik eingetreten, um ihre Forderungen zehnjährige Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn durch Kampf durchzusetzen, was schließlich nicht möglich war. Die Unternehmer wollten mit der Lohnkommission nicht unterhandeln. In Betracht kommen 64 Kollegen.

Gau Lübeck. Die Kollegen in Benzlin forderten die zehnjährige Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 36 auf 40 1/2. Die Unternehmer wollten bis zum 16. Mai Antwort geben, hatten es aber vorgezogen, sich auszuschweigen, so daß die Kollegen bereits beschließen hatten, am Tage nach Pfingsten die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Durch das Eingreifen des Conciliators kam dann am 22. Mai eine Unterhandlung mit den Unternehmern zu stande, die zu einer Einigung führte. Vom 3. Juni an soll bei zehnjähriger Arbeitszeit der Stundenlohn 38 1/2 betragen, und vom 1. April 1908 bei zehnjähriger Arbeitszeit 40 1/2. Dieser Vereinbarung stimmten die Kollegen zu, wodurch die Lohnbewegung dort beendet ist.

Gau Nürnberg. In Bamberg fanden am 17. Mai unter dem Vorsitz des Bürgermeisters abermals Unterhandlungen statt. Nach längerer Debatte schlugen die Unternehmer vor, wir sollten uns in diesem Jahre mit einer Verbesserung von 2 1/2 pro Stunde zufrieden geben, sie verweigerten sich dafür, daß dies von der Arbeitgeberorganisation angenommen würde. In der von uns am Samstag früh abgehaltenen Versammlung stimmten die Kollegen dem zu und es schien, als ob die Differenzen damit ihre Erledigung finden sollten. Nachmittags 3 Uhr fand dann vor dem Bürgermeister wiederum eine Unterhandlung statt, und da erklärte der Vorsitzende der Unternehmern, daß nur dann eine Lohnerhöhung eintreten könne, wenn der städtische Tarif in seinen sämtlichen Positionen um 6 1/2% erhöht würde. Der Bürgermeister erklärte das nicht für möglich, worauf von uns der gefasste Beschluß, uns mit 2 1/2 Lohnerhöhung zu begnügen, wieder zurückgezogen wurde. Die Unterhandlungen waren damit gescheitert. Am Freitag, den 23. Mai, wurde unsere Streikkommission wiederum von Bürgermeister gehalten, um nochmals zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Wir erklärten, daß wir jederzeit zum Entgegenkommen bereit seien, nur würden die Kollegen mit einer Lohnerhöhung von 2 1/2 nicht mehr einverstanden sein. Am Samstag waren wir wieder geladen, und da führte der Vorsitzende der Unternehmern ebenfalls aus, daß wir nach der Meinung seiner Kollegen bedingungslos die Arbeit aufnehmen müssen, eine Lohnerhöhung würde dann schon erfolgen. Das wurde von uns entschieden zurückgewiesen, und so muß der Kampf schärfer als bisher weitergeführt werden.

In Schwandorf ist eine Aenderung im Streik nicht eingetreten.

In Selb sind die Unterhandlungen gescheitert; die Kollegen sind darauf am 27. Mai in den Streik eingetreten.

Gau Stettin. In Gama in sind sämtliche Kollegen in Arbeit, so daß nur zwei zur Kontrolle am Ort verbleiben. Bedauerlich ist in diesem Bezirk, daß die Kollegen von Stöbun und Umgegend noch nicht für den Pfingsttag freigesind. Man möchte wohl, oder Opter bringen, das ist zuviel verlangt. In Rosa in ist es zu einer Einigung auf elf Stunden und 36 1/2 gekommen. Die Unternehmer hatten Leute gerufen. Der Anlaß an unsere Organisation fand bevor und sofort wurde das Entgegenkommen besser. Jetzt scheinen unsere Kollegen die Schereieren und Beitragszahlung. Öffentlich bestimmen sie sich eines Besseren, che es zum Verneuen kommt.

Im Bezirk Garz a. d. N. war mit den Verhandlungen vom 21. Dezember 1906 und vom 11. März 1907 allem Anschein nach die Lohnbewegung erledigt. Mit einem Male legten die Unternehmer einen Requisit über Regierarbeit zu aus, daß der Gefelle frei von seinem, legten Meister die Erlaubnis haben müßte. Nach einigen Hin und Her wurde in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der Unternehmer E. Steinweg nochmals der Vorklaß des Vertrages vorgelesen. Steinweg wollte dafür sorgen, daß alle Unternehmer der Form und Pfingsttag ihre Zustimmung geben und uns der Vertrag unterschrieben zugunsten würde. Eine Antwort kam nun nicht, und so beschloßen die Kollegen, nunmehr ihrer ursprünglichen Forderung von 45 1/2 durch Streik nachdruck zu geben. Am 21. Mai ist die Arbeit wieder eingestellt worden. Auf eine Erlaubnis der Unternehmer zur Ausföhrung von Regierarbeiten und Arbeiten auf eigene Rechnung konnte man nicht eingehen, weil damit die Maßregeln einzeln um so schärfer geworden wären. Güteverhandlungen und Grobhaubern bedingen sich häufig aus, den einen oder den anderen, der bei Unzulänglichkeitsverbreitung oder sonstige tätig war, nicht auf ihre Bauten bezug. Güter zu leihen. Für den Unternehmer ist dies oft ein willkommenes Vorkaund, unsichrige Personen abzuzeichnen. Die selbstverständlich gilt, daß solche Arbeiten nur während der ortsfälligen Arbeitszeit und zu einem Lohn, der bis 5 1/2 höher ist wie der tarifmäßige, ausgeführt werden. Wegen dieser Kleinigkeit liegen es die Unternehmer zum Wunsch kommen. Aber so geht es, wenn einzelne Herren gleichmäßig aus Geschäftsstrüchlingen den konservativen Klappretier machen.

In Greifenberg ist den Unternehmern eine Forderung auf 45 1/2 zugestimmt worden. Keiner der Herren würde diesen Antrag einer Antwort. Öffentlich reden die Kollegen nun deutsch mit ihnen.

Die Unternehmer in Neubrandenburg haben es übernommen, den Italienern, Böhmen und Ungarn das Ligen

auf Sausiedern und das Kartoffeleisen beizubringen. Die Böhmen gewöhnen sich noch an diese Gerichte, aber die Ungarn und gar erst die Italiener! Strohdiele verlangen diese, heile Kochtöpfe und täglich 7 Pfund Fleisch für ein Mann, ebenso eine neue Kochschüssel und selbstverständlich einen Lohn, der höher ist als 45 1/2. Die Italiener mühen die Konjunktur aus. Und die Meister, die um all diese Dinge den deutschen Arbeiter auspreisen, sie remnen sich nicht ihrer Spitze die Höhe und, um nur eben Wunich ihrer Vereinen zu erfüllen. Einige Verein durchgekauften Bürger, die sich hier Berliner nennen, haben bei Grenz ihre Kunst gezeigt. Von unseren Kollegen sind noch drei außer Arbeit; die übrigen arbeiten zu neuen Bedingungen oder sind anderweitig untergebracht. — Im Frühjahr merkten die Unternehmer in Penzlin an, daß etwas im Werke ist. Schnell liefen sie einen Pfenning pro Stunde zu, gaben somit 38 1/2, und für 1907 ist Ruhe. Es hergestaltlich große Freude bei den Inoffizienten und Abfallenen; sie formen ihr Geld für den Verbindungsarbeiten und obenim noch die tun. Der Lohn langt nicht ganz, man greift deshalb wieder zu elf Stunden; auch einige Verbindungsmitglieder sind hieran angefaßt worden. Mit diejen wird ein cruises Wort geredet werden, um so mehr, als einige Kollegen energisch daran arbeiten, wieder den alten, strengen Zug ins Ganze zu bringen.

Im Bezirk Richtenberg-Franzberg kam es zu Verhandlungen. Statt der geforderten 42 bzw. 45 1/2 bewilligten die Unternehmer 40 1/2 in der Stadt und 45 1/2 über Land sowie zehnjährige Arbeitszeit. Die Bedingungen treten am 1. September b. J. in Kraft.

In Starzgar d. B. hatten wir mehrmals Reich mit dem Kassierer. Dagegen bildeten die Unternehmern durch Vermittlung der Polizei einen „Kurraberein“, der sich Fachverein nennt. „Großdenverbund“ nennen wir unsere Kollegen. Dieser will einen Tarifvertrag haben, nach dem ein Stundenlohn von 44 1/2 geschäft werden soll. Den Vertrag selbst kam man nicht zu setzen bekommen, vielleicht nächstens bei der 300-Jahrfeier des Gewerks als Wuhler von dem Mannesmut im 20. Jahrhundert. Die Lohnverhältnisse stehen: 1. Gelehrte erhält 30 1/2, 1. 33, 4. 38, 32. 40, 23. 41, 1. 42, 1. 43, 60. 44, 6. 45. In Arbeit stehen 15 Poliere, 128 Gesellen, 15 Lehrlinge, 70 Arbeiter. Arbeiter erhalten 28 1/2; die Maurer im Durchschnitt 42.09 1/2. Für die Ebre, auf Stroh zu liegen und über Land zu arbeiten, erhalten die Stargarder weniger Lohn und arbeiten täglich eine Stunde länger. Andererseits ist umgekehrt. Die Firma Geng gibt wöchentlich bei der Lohnzahlung ein Präfektchen, wohl als Warnung, nicht den Lohn zu vernachlässigen. Diesen Mißständen und diesem Vorenthalten der Unternehmern stehen als Schutzpatron im Fachverein 15 Poliere und 52 Gesellen, gleich 77 Mann, zur Seite. Als Störker dieses „guten Einvernehmens“ gelten die 76 Mitglieder unseres Verbandes meist mit den Landbesitzern. In der Stadt ist Wohnungsnot. Die Eisenbahndirektion denkt ernstlich daran, ein Arbeiterkolonie zu erbauen. Auch einige öffentliche Bauten sind projektiert. Wir wollen hoffen, daß eine Besserung erreicht wird.

Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes.

Verband der Protofelle vom neunten Verbandstag. Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß mit dem Verband der Protofelle voraussichtlich in der ersten Woche im Juni begonnen werden kann. Zweigvereine, die noch keine Protofelle bestellt haben, müssen es nun schnellstens tun.

Sterbekerd darf laut Stahur nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgefaßt werden. Mit den beschleßigen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbekunde.
- Nebenstid sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfütigung auszugeben ist.
- Unterfütigungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 13. bis 25. Mai für folgende Mitglieder erteilt:

Wilh. Kurzweg - Strauberg (Franz), Verb. - Nr. 102 994; Wilh. Gieschke-Dörberg (Franz), 92 455; Wilh. Schneider-Priesbaden (Franz), 48 418; Th. Wilmann-Gamroder (Franz), 31 96; W. Schöps-Herrnberg (Franz), 117 304; Gottf. Clarid-Zornig (Franz), 68 601; Heinr. Schäfer-Berlin, 47 45; Georg Biermeier-München, 263 195; Andr. Klaus-München, 471 474; Paul Meßner-Gotha, 154 700; Rob. Reithold-Walddüren (Franz), 151 023; W. Kalkwaßer-Priesbaden, 155 187; Gufl. Duntzheim-Heide 69 564; G. Habtmann-Ostschloß-Schwarded, 114 171; Jacob Grimm Vö-Armstadt (Franz), 23 630; Wihl. Dieß-Frankfurt a. M. (Franz), 20 185; Herm. Wulff-Hamburg, 28 602; Carl Wahlstedts-Hamburg (Franz), 29 605; Wihl. Stasack-Ortmund, 184 720; G. N. Jähne-Zittau (Franz), 248 789; Joh. Stahlmann-Vahrenst., 276 835; Herm. Klauß-Vremen, 14 274; Chr. Brumhagenians-Vremen (Franz), 14 478; Paul Schünemann-Settin, 45 172; Heinr. Baum-Preislaw (Franz), 90 705; Wihl. Schneiderbauer-München (Franz), 171 466; Aug. v. Ginen-Vraunshweig (Franz), 12 022; Gustav Walter-Berlin, 99 177; Otto Schlittberger-Zimmernünde, 125 482; Carl Albrecht-Gulow, 75 670; Wihl. Dörfel-Neu-Ummittel, 198 238; Friedr. Kapf-Karlsruhe (Franz), 141 298; Albert Maribus-Berlin, 7032; Peter Hübner-Nürnberg (Franz), 267 716; Theo. Schornhölzer-Borghorst, 167 116; Albert Kopfe-Wilhelmshunden (Franz), 107 230; Fr. Schm-Vremen, 14 568; Joh. König-Spöppingen (Franz), 172 022; Carl Tejan-Walddüren, 239 292; Wihl. Tröbner-Nürnberg (Franz), 151 583; Oskar Steins-Leipzig, 35 228; Julius Strauß-Merane, 126 958; Otto Rudorff-Hamburg, 29 636; Gufl. Gerloff-Settin 45 419; Fritz Neumann-Döhlau (Franz), 92 508; Ernst Schömann-Niel, 33 637; Aug. Kasten-Vesefeld (Franz), 27 241; Wihl. Enters-Hamburg 28 229; Wihl. Herrmann-Grantsfurt a. M., 20 251; Peter Siebenborn-Gissen (Franz), 182 274; Karl Jungmann-Wagdeburg, 41 810; Gufl. Heide-Wieslau, 174 688; Otto Güngel-Coburg, 124 749; Karl Casp-Leipzig, 35 548; Wihl. Wille-Vandenberg a. d. B. (Franz), 82 877; Emil Demhardt-Leipzig (Franz), 35 075; Hugo Wihl. Starkschreiber 241 782; Karl Weidemeier-Wagdeburg, 41 670; Heinr. Schäfer-Wagdeburg, 132 239; Friedr. Haude-Salzungen, 113 771; Gufl. Beste-Vremen (Franz), 13 660; Fr. Fr. Neuf-Frankfurt a. M., 22 863; Martin Wille-Reichenbach, 142 470.

Geldsendungen für die Hauskasse sind nur an den Kassierer F. Köster, Hamburg 1, Weisenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 19. bis 27. Mai 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

- Umd. M. 75,25, Briefe i. Westph. 15,44, Hofbach 9,60, Bögen 6,44, Garzburg 63,56, Sönligen 10,50, Hannover 2400, Cassel 1000, Waldburg 600, Werda 500, Landsberg a. d. B. 400, Nordhausen 400, Schönebeck 400, Golberg 300, Seinfenberg 300, Trebbin 200, Eising 250, Grinma 200, Ael 200, Mülden 200, Gilben 150, Schweigingen 100, Osterfönde 100, Kuboldadt 60, Uyhove 20, Wiesbaden 1000, Strasbourg i. G. 800, Gagen 750, Regnitz 600, Karlsruhe 600, Eilenburg 400, Reiz 280, Abenberg i. Bay. 200, Weislich 200, Schwand 200, Laß 190, Kemmerdorf 120, Albersloh 100, Fürstenwalde 100, Schwölln 100, Etabenhagen 100, Dirsdorf 75, Lucknar b. Reiz 40, Oranbendorf 7,84, Niel 2000, Lindenwalde 300, Zittau 200, Neugöddorf 200, Nitrosnit 150, Borms 141,20, Soltan 100, Rayna 100, Vögheim 80, Zwick 40, Weyer 30, Elz 7, Güstebiefe 260, Nudort 1000, Bremerbach 800, Söbde 250, Wittmund 91,40, El. Johann 1400, Komawas 800, Serne 800, Miesla 600, Neufeld 300, Mühlhausen i. Th. 9, Stuttgart 2500, München 1600, Niel 1800, Snaibrid 500, Weerane 300,45, Delligh 250, Pfisterleben 200, Reigsh 200, Deutsch-Glan 100, Göttersberg 100, Zabrje 100, Langenweßendorf 100.

- b) Für Kalerber. Schweidnitz M. 10, Tangermünde 1.50.

- c) Für Futterale. Landsberg a. d. B. M. 5, Golberg 2, Silber 2, Eilenburg 1,50, Briefe i. 20, Laß 10, Kemmerdorf 5, Nordberny 1, Lindenwalde 2,50, Gieseben 1, Schwedi —, 70.

- d) Tarifverträge und Statistik. Anna, Grandenborn je M. 5.

- e) Protokoll vom achten Verbandstag. Kraff M. 6, Platze —, Schwedi 1, Schwedelbe 1.

- f) Bericht der Gewerkschaftskommission. Weiba, Grinna, Platze, Schwedi je M. —, 75, Grandenborn —, 70.

- g) „Englische Geschichte der Arbeiterbewegung“. Gisterei, Freienwalde je M. 10.

Marken-Verband. Vom 13. bis 25. Mai sind Markenverträge worden (B = Eintrichsmarken, B = Weitragsmarken, A = Arbeitsstellenmarken, K = Kolportagemarken, L = Sozialfondsarbeiten):

- Arndt 200 B a 30 1/2, 100 K a 15, Arneburg 100 A a 25, Annaburg 2000 B a 35, Alstedt 1200 B a 35, Pfärdm 600 B a 40, Nien 5 E a 50, 4 E a 150, 1 E a 300, Altenburg 400 B a 45, 20 E a 150, Anklam 1200 B a 40, 400 L a 10, Prenzberg 1200 B a 50, Arnstadt 20 E a 50, 10 E a 150, Rüggeburg 50 E a 50, 300 A a 25, 100 K a 10, 600 L a 5, Albershof 800 B a 60, Antonienstiele 100 E a 50, 1000 B a 45, Nüßingen 20 E a 50, Nue 50 E a 50, Nitzschke 600 B a 60, 1000 B a 65.

- Bürgel 600 B a 35 1/2, Manteinhain 400 B a 35, 200 B a 30, Bergen 1200 B a 35, 100 L a 25, 600 L a 5, Brückmühle 20 E a 50, Maffin 800 B a 45, Auern 1200 B a 45, Wecheln 600 B a 35, Briel 200 B a 35, Burg a. Fernhart 200 B a 40, 1 E a 300, Weitz 300 B a 50, 100 B a 65, 10 E a 50, Bismum 10 E a 50, Bünsahl 500 B a 45, Wapreuz 10 E a 300, Werne 10 E a 50, Bremen 6000 B a 75, Barmhelt 800 B a 50, Braunshweig 6000 B a 65, Warmen 400 E a 50, Vögheim 800 B a 45, 50 A a 25, Wände 800 B a 35, Warby 400 B a 30, Wamberg 300 B a 50, 500 B a 40, Wodwitz 400 B a 40, Wurdorf 100 B a 35, 100 B a 50, 50 K a 20.

- Chemnitz 400 B a 40 1/2, Cöln 2000 B a 75, Coblenz 200 E a 50, Grefel 3000 B a 60, Crimmitschau 20 E a 50, 2000 B a 45, 20 E a 150, Cöpenick 2000 B a 60, Cobitz 800 B a 35, 5 E a 50.

- Danzig 1200 B a 55 1/2, 9000 K a 10, Deutsch 100 B a 50, 50 B a 60, Döhlen 100 B a 35, Dönsburg 2000 B a 60, Dortmund 25 000 B a 65, 200 E a 50, 20 000 B a 60, Dühringshof 300-B a 35, 50 A a 25, Dreet 600 B a 40, 10 E a 50, Demmin 200 B a 35, Dieckel 1000 B a 45, 100 B a 30, 400 A a 25, Droyßig 10 E a 50.

- Eisenberg 1200 B a 40 1/2, Erdoborn 25 E a 50, 150 A a 25, Elrich 800 B a 35, 100 L a 25, Erfurt 5409 B a 50, Eige 10 E a 50, 200 B a 40, Gieseben 10 E a 50.

- Friedlaß 200 B a 35 1/2, Freienwalde 1 E a 300, Frieblaud i. M. 1000 B a 40, 10 E a 50, Freiberg i. S. 100 E a 50, Frankenberg i. S. 1200 B a 40, Freiberg 100 B a 30, 300 B a 35, 100 B a 40, Freiß 500 B a 35, Föfisa 10 E a 50, 10 E a 150, Friedberg 100 B a 40, 50 A a 25, Greiz 4000 B a 45 1/2, 10 E a 50, Geyer 10 E a 50, 200 B a 30, Gieschicht 200 B a 50, 200 B a 40, 20 E a 50, 50. Güben 20 E a 150, Groß-Eden 100 B a 30, Giesch 100 E a 50, Groß-Westen 500-B a 60, 100 B a 70, 100 A a 25, Gifflrow 800 B a 45, Grinna 1200 B a 40, Groß-Wübide 100 B a 45, 200 B a 50, Gübcheife 50 B a 45, Greismalb 200 A a 25, Gölzig 1200 B a 35.

- Hallertadt 400 B a 40 1/2, Hersfeld 50 E a 50, 50 A a 25, Heßroß 20 E a 40, Giltensdorf 200 B a 30, 50 E a 50, 5 B a 150, Herford 2000 B a 45, Hainrode 800 B a 45, 400 B a 40, 400 B a 35, 100 A a 25, Hammerheim 800 B a 35, Heilsbrunn 400 B a 30, 200 L a 5, 30 E a 50, Halle 50 E a 50, Hoff 200 B a 50, 100 B a 55, Hannover 10 E a 150, Heidendorf 600 B a 60, 200 K a 10, Heiligenhafen 400 B a 40, Hof 150 E a 50, Hennigsdorf 10 E a 50, Hannover 10 000 B a 65, Heidenheim 600 B a 45, 5 E a 150, Herzberg a. Gatz 100 B a 35, 150 B a 30, Qundelsfeld 200 K a 10, Holzhausen 1200 B a 40, Heideberg 4000 B a 55, 100 E a 50, Hamburg 50 000 B a 70.

- Hannau 200 B a 40 1/2, 100 B a 50, Jatzoboden 200 B a 30, Joachimsthal 100 B a 30, 50 A a 25, Jena 25 E a 50, Jüterbog 200 B a 30, 7 E a 60, Jagnd 200 A a 25.

285, 50 B 40. Riel 10000 B 75, 100 B 285, 5000 B 285. Karlstraße 200 E 50. Feldra 400 B 285.

Lippstadt 400 B 45. Eildorf 2 E 150. Eilgen 10 E 50, 200 A 25. Börrad 100 B 40. Euda 400 B 40. Sübennau 600 B 40, 10 E 50, 100 A 25. Eilgen 50000. B 65, 2000 B 40. Eichenstein 200 B 40. 50 A 25. Lüdchenau 400 B 40. Eildorf 200 B 40. Beer 1200 B 45, 100 A 25, 50 E 50. Eichenstein 400 B 285, 400 B 40, 25 E 50. Leidenhof 200 B 285. Sandberg a. Rech 100 B 60.

Wülheim a. d. Ruhr 4000 B 60. Mittelweide 2000 B 40, 100 A 25. Markgräpferle 100 B 45, 5 E 150, 5 E 50. Warburg 50 B 65. Markgrafstädt 1200 B 40. Mannheim 500 B 30, 1000 A 25. Wlhan 800 B 40. Wülfen 10 E 150. Wittenauweide 5 E 150. Wemel 20 E 150, 100 A 25, 100 L 5.

Neuenhiller 3000 B 60. Neustadt 100 B 25. Neustadt 10 E 50, 5 E 150. Profenmerg 5 E 150, 600 B 40. Nordheim 2000 B 60, 10 E 150, 50 A 25, 600 K 15. Neu-Bluntpin 400 B 30, 3000 B 40. Neuenburg a. d. R. 200 B 25, 800 B 40. Neuenburg a. d. Rh. 20 E 50. Nordersberg 25 K 10. Neustadt a. d. Orla 200 B 40. Nürnberg 1000 B 60.

Schöps 1200 B 50, 100 A 25. Oströsching 400 B 50, 30 E 50. Strand 400 B 40. Ostrosch 2000 B 45, 500 B 40. Oherhof 600 B 55.

Repenburg 500 B 35. Rodeburg 2 E 150. Rine 20 E 50, 400 B 25. Reig 50 B 30, 50 A 25. Radmin 400 B 40. Plauen 1300 B 55. Reine 200 L 50. Röhla 15 E 50. Rößel 2000 B 60. Rheingebirg 2 E 150, 1 E 800, 100 B 40, 200 A 25. Regensburg 50 E 50, 20 E 150, 500 A 25. Reppin 100 B 60, 300 B 40, 45. Reichenbach a. Rh. 20 E 50, 2000 B 40. Reichenburg 50 B 60. Reppen 400 B 35. Rindolfshof 1000 B 40, 200 A 25, 10 E 50. Reppin 200 B 40. Roda 400 B 35. Riegeneudorf 100 B 50. Reusfeld 5000 B 60.

Reichenbach 600 B 35. Reichenbach 100 B 30. Schwemlingen 600 B 45, 50 E 50, 800 B 50, 25 A 25. Solingen 1600 B 40, 100 A 25. Städte 2000 B 60. Schlame 1200 B 35. Stargard i. M. 400 B 35. Straßburg i. Westph. 20 E 50, 100 A 25. Schömmalbe i. Spreewald 50 B 60. Straßburg 800 B 55, 50 B 45, 60 B 30. Sprottau 20 E 50, 10 E 150. Stranburg 1000 B 40, 100 A 25, 400 K 10, 400 L 10. Sremberg 2000 B 40, 40 E 50. Schöningen 10 E 50, 5 E 150. Spandau 1200 B 65. Stadthagen 800 B 35. Schleswig 1200 B 40, 10 E 150, 50 A 25. Selmalfeld 600 B 40, 5 E 150. Schramberg 600 B 45.

Teichendorf 50 A 25. Treuenbriehen 10 E 50. Trebitz 400 B 35, 100 A 25. Treptow a. d. Toll. 200 A 25, 400 B 35. Teupitz 400 B 50, 100 L 10. Teterow 1200 B 40. Treuen 15 E 50, 200 L 10. Tondern 800 B 50, 10 E 50. Torni 8000 B 50. Tölz 20 E 50, 10 E 150, 100 B 35. Tondern 1200 B 40. Trerfurt 400 B 30. Triebes 1200 B 35, 50 A 25. Trerfurt 200 B 30. Tripsitz 200 B 35, 50 A 25.

Uedermünde 1000 B 40. Uelzen 1200 B 45. Ulma 1200 B 65.

Uarel 50 L 30. Uig 400 B 35, 50 B 40. Uolfsdorf 200 B 60, 100 B 55, 50 B 60, 10 E 50. Uolfsbach 50 B 30.

Wittenberg 50 B 45. W 50 B 35. Wittenburg 600 B 40. Walfenried 10 E 50. Weidenauhen 100 B 30. Wadburg 300 B 25. Wlhen a. d. Aller 10 E 50, 100 K 20, 100 L 20. Wbern 2000 B 45, 40 A 25, 50 E 50. Weisenhof 7 E 50. Wolfsgat 400 B 35. Wlhenhagen 1000 K 20. Wltenberg 200 B 60. Wlstedt 20 E 50. Wolbenberg 1000 B 30, 500 A 25. Weisenfels 20 E 50. Weislerand 500 K 10. Weisenburg 400 B 30, 400 L 5. Weisenhagen 3 E 150. Weisenbach 400 B 65.

Wienzig 600 B 30. W 10 E 50. Wädelitz 100 B 55, 100 A 25. Zerbst 400 B 40, 1200 B 45, 100 B 30. Zimowitz 400 B 40, 100 A 25. Zahna 50 B 45. Zehau 100 L 10.

Räfert-Berlin (6085), W. Carius-Jessen (115 665), Marcus Klaus-St. Johann (346 128), Alb. Jung-St. Johann (293 898), Jacob Bürger-Mühlendorf (126 311).

Ausgeschlossenen sind auf Grund § 87 b des Statuts vom Zweigverein in r u r g: Michael Halb (Verb.-Nr. 195 583); Ludwig Ernst Wölfe (75 379); Ludenwald: Gustav Wöhlant (85 268), Aug. Lehmann (85 298), Gustav Röhne (85 302), Hermann Radt (85 267), Wilhelm Radt (85 300), Ferdinand Michaelis (85 521), Wilhelm Wndt (85 527), Gustav Wnand (181 799); M n g e n: Michael Franz (88 810), Franz Gagerdorfer (240 691); K u i s e r g: K. Schmidt (283 330); S i l l e i. M.: Wöhlant (384 702); S t r a ß b u r g i. E.: Th. Kehler (376 150), Gustav Kehler (376 179), Alois Kögler (419 018), Karl Kähler (419 152), Leo Schaaf (376 135), Jakob Hüner (419 039), Karl Haag (116 654); W a m b e r g: Friedrich Start (356 679), Valentin Trunt (356 668), Johann Förstlich (221 244), Mich. Hübner (252 828).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgehoben ist der in Nr. 19 des „Grundstein“ bekanntgegebene Ausschluss des Kollegen Gottlieb Klagge (Verb.-Nr. 269 523) in Bochum.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Regensburg: Lorenz Hofmeister (Verb.-Nr. 395 139), geb. am 13. August 1882 zu Hilsbiburg; Düsselhoff: Edmund Dubejakob (249 700); Dortmund: Wilhelm Kroll (168 343), geboren am 6. September 1885 zu Lippstadt.

Im Anhang ihrer Abreise werden ersucht vom Zweigverein Gellentrichen: Brunner Fellesch (Verb.-Nr. 349 931); Duisburg: Karl Kleinmann (335 542), geb. am 10. Sept. 1885 zu Waite, Josef Woyhschat (117 774), geb. am 25. Oktober 1885 zu Antowitz.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Warnung: Der Zweigverein Ulm warnt vor dem Maurer Johann Gistel, geb. am 14. Mai 1879 zu Fußdenbach. **Der Verbandsvorstand.**

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Voranläufe findet man sofort an die Redaktion des Tagesorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstag Vormittags in unseren Händen sind.

Für die Ehrlichkeit gemauert. Im Hamburger Echo, Nr. 118, vom 24. Mai, zweite Beilage, befindet sich folgendes „Eingekauft“:

„Interessanter lässt sich in seinem und der Gemeinde C u r b a n e n Interesse verhalten, folgende kaum glaubliche, aber wahre Tatsache der Öffentlichkeit zu unterbreiten: Ich arbeite vier Wochen bei der Gemeindegasse in C u r b a n e n (Unternehmer: Maurermeister Rindes) und war vorwiegend beim Betonarbeiten tätig. Bei dieser Arbeit wurde erst eine dünne Schicht Beton geschüttet, ungefähr 1 1/2 Teile Kies und 1 Teil Zement; darauf kam dann aufschüttend und Unrat und hierauf wieder obengenannt 1 1/2 Teile Sand mit 1 Teil Zement geschüttet. Von dem Rigen Mör wurde mir gesagt, wenn danach gefragt würde, wieviel Kies zu der Mischung käme, sollte ich sagen, 4 Teile Kies und 1 Teil Zement. Hieran erwiderte ich, daß ich das nicht täte. Die Folge war, daß ich von der Betonmischung weg kam und einige Tage nachher ganz entlassen wurde. Durch Zufall wurde in dieser Zeit die Behörde von diesem Treiben in Kenntnis gesetzt und zwar durch einen Brief, an dem ich aber durchaus keine Schuld habe. Nachdem ich dann bei Herrn Bräutigam in Arbeit getreten war, bekam ich auf einmal Feierabend. Ich wußte nicht, warum. Dann bekam ich Arbeit beim Selbsten in Die; an einem Nachmittag 4 Uhr bekam ich wieder Geld und Papier. Auf meine Frage an den Aufseher Begner, warum ich entlassen werde, erwiderte der Herr: „Ich weiß es nicht; ich war mit ihrer Arbeit zufrieden.“ Hierauf wurde ich von Herrn Klinge (Kollier beim Fischerdeich) in Arbeit genommen. Als ich mich Morgens bei der Arbeit meldete, fragte Herr Klinge mich nach meinem Namen. Als ich diesen nannte, sagte Herr Klinge: „Nein, nein, dann habe ich keine Arbeit“, und ich mußte wieder fortgehen. Da die Unternehmer in C u r b a n e n einen Arbeitsnachweis haben, wandte ich mich dahin. Hier wurde mir von Herrn Vorkorsdorf gesagt: „Ja, Arbeit ist da, aber Sie, Steffen, bekommen keine, weil Sie das gemauert haben von der Gemeindegasse.“ Ich wandte mich nun an die Gemeindebehörde von C u r b a n e n, und da wurde ich dann von Herrn Frankenberg (Vorsitzender der Straßenscheinmission), erfahren, daß der Vertreter von Herrn Rindes, Herr „S a u m b a r g e r“, öffentlich gesagt habe, in C u r b a n e n sollte ich keine Arbeit wieder haben. So siehe ich nun als verheirateter Mann mit Frau und sechs Kindern da und bekomme keine Arbeit, trotzdem ich jeden Tag danach suche. Ich bin nun gezwungen, mich öffentlich an die Behörde zu wenden, ob die nicht im stande ist, mir zu raten, da ich doch wirklich nichts verbrochen habe. Die Gemeindebehörde wußte doch sehr genau, daß sie durch andere davon in Kenntnis gesetzt wurde und nicht durch mich; mein einziges Vergehen ist, daß ich mich geweigert habe, die Waage aufschütt zu belügen. Eins drängt sich mir aber unwillkürlich bei meinen Reden auf: Die kommt es, daß sämtliche Baumeister, ja sogar das a a t l i c h e S i e m e s e n, für ein solches Unternehmen eintreten; und einen ganz unschuldigen Arbeiter mit seiner Familie in den Hungerdof treiben will.“

J o h a n n e s S t e f f e n, Alte Marsch 81, Groden. Wir halten dies für ganz ungläublich und unterlassen darum für heute jede Bemerkung dazu.

Annaberg. Freitag, den 17. Mai, ging der Vertrauensmann der Annaberger Maurer mit frohem Herzen zur Arbeit nach dem Neubau des Herrn Baumeisters Pfeifer. Der Arbeitsvertrag sollte nicht von langer Dauer sein; um 6 Uhr anfangen, um 8 Uhr wieder entlassen. Herr Pfeifer erliefen mit dem Baumeister. Beer während der Feiertagspause in der Stunde mit den Worten: „Anhebung gibt es nicht; hier haben die Arbeiter. Als der Entlassene Pfeifer fragte, aus welchem Grund die Entlassung erfolgt sei, antwortete Herr Pfeifer: „Ich habe nicht nötig, Ihnen das zu sagen; das werden Sie schon selbst wissen.“ Aus solchen Baumeister stehen. Kein Mittel ist ihnen zu schlecht, um die Arbeiter von der Organisation abzuhalten. Nun, die Herren mühen sich so fortarbeiten im Sinne des Reichstagsabgeordneten Stresemann; uns schadet es nichts, desto besser, geschähe unsere Organisation. Herr Pfeifer hat seine Arbeiter häufig gemacht, und die Folgen werden kommen. Auf welcher Höhe die Bildung Herr Pfeifer Anspruch hat, zeigt folgende kleine Episode: Auf diesem Neubau ist auch ein solches beschäftigt, der zum Herbst als Vaterlandsvorbereiter seiner Pflicht genügen muß. Als dieser Lehrling infolge Mangels eines Schuldvertrags einen Auftrag Pfeifers nicht ausführen konnte, nannte Herr Pfeifer den Lehrling einen dreifachen, saulen Kaufmann. Angehts solchen Verhaltens seitens unserer Herren Baumeister ist es die größte Pflicht aller organisierten Kollegen, auch den letzten indifferenten Arbeiter über seine elende Lebenslage aufzuklären und ihn dem Verbanne zuzuführen. Gerade die Kollegen bei Herrn Pfeifer haben es notwendig, sich laut und besonders dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen, um sich einen auskömmlichen Arbeitslohn und eine bessere Behandlung zu erringen. Kollegen! Galtet treu zur Organisation! Holt den letzten Mann herbei, und das brutale Verhalten der Unternehmer ist gebrochen.

Berlin. Die Sektion der P u g e r hatte für Donnerstag, den 23. Mai, eine Mitgliederversammlung nach Köpenick, St. Fregers Festland, einberufen, um Stellung zu der Auslieferung im Baugewerbe zu nehmen. Saal und Galerien waren dicht besetzt. Der Herr Herr Eberhard verlas über die Situation und erklärte noch einmal die Beschlüsse der Organisationsleitung. Die Zahl der ausgesperrten Kollegen ist sehr gering, würde aber in den nächsten Tagen eine bedeutende Steigerung erfahren, da die Unternehmer des Baugewerbes durchzuführen alle Anstrengungen machen, die Materialherbe durchzuführen und die noch arbeitenden Kollegen auf die Straße zu bringen und weitere Kreise in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Sektion der P u g e r hat den Verzicht gefast, die Solidarität im hohen Lufte der ausgesperrten Kollegen gegenüber zu beweisen und keine neuen Arbeiter anzufragen, auch da nicht, wo die Verträge schon vorher abgeschlossen waren; ebensowenig dürfen neue Verträge abgeschlossen werden. Dieser Verzicht wurde gegen zwei Stimmen gefast. Es wurde hierauf ausgesperrt, daß die Kollegen, die arbeitslos sind und ausgesperrt sind, sich zum nächsten Tage ab im Bureau zu melden haben. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, von der Pfingstwoche an A 1 Extrabeitrag pro Tag zu zahlen.

Bremen. In zwei Mitgliederversammlungen beschäftigte sich der hiesige Zweigverein mit der Berichterstattung vom Verbandstage. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen das Verhalten des Verbandsvorstandes scharf kritisiert. Von Kollegen Brandes wurde folgende Resolution eingebracht: „Die heutige mit der Berichterstattung vom Verbandstage beschäftigte Mitgliederversammlung des Bremer Zweigvereins erklärt sich gegen die Behandlung der Frage betreffend die Schreibe des „Grundstein“ auf dem Verbandstage. Die Versammlung ist nach wie vor der Meinung, daß die Redaktion des „Grundstein“ sachlich wie politisch im Unrecht war. Gegen die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress und zur internationalen Konferenz erhebt die Versammlung ebenfalls Einspruch; sie ist der Meinung, daß durch die Wahlen von nur Beamten die wahre Meinung der Mitglieder nicht zum Ausdruck kommt. Auch ist gegen die Art und Weise, wie derartige wichtige Fragen auf dem Verbandstage überhört zu werden, Einspruch zu erheben. Die Versammlung erwartet vom Vorstand, daß er darüber Berührung pflegt, wie solchen Lebensständen künftig begegnet werden kann, d. h. die Versammlung wünscht, daß auf künftigen Verbandstagen derartige Sachen gründlicher behandelt werden, damit Aufklärung unter den Mitgliedern verbreitet wird.“ Nachdem noch einige Kollegen gegen die Resolution gesprochen, fand sie Annahme.

Coburg. Sonntag, den 12. Mai, hielt die Zahlstelle D e l a u in Rothhof eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Die Zahlstelle, die erst im April gegründet wurde, hat schon Erfolge zu verzeichnen, denn der eine Unternehmer erhöhte den Lohn von 30 auf 33 A und eine weitere Zulage von 2 A soll am 1. August eintreten. Der aus Coburg anwesende Kollege W. Wandler führte in klarer und deutlicher Weise den Kollegen vor Augen, daß die Zulage wohl nicht eingetretten wäre, wenn sich die Kollegen nicht organisiert hätten. Er ermahnte die Kollegen, dem Verbanne treu zu bleiben und die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Es wurde ferner beschlossen, die zwei anderen Unternehmer, Stang und Sommer, zu ersuchen, auch eine Erhöhung des Lohnes eintreten zu lassen.

Falkensee. Am 12. Mai fand hier die regelmäßige Versammlung statt. Kollege Robert Blumne erstattete als Mitglied der Lohnkommission Bericht über den Abschluß des erneuerten Arbeitsvertrages mit den Unternehmern. Von unserem Zweigverein war von den Unternehmern eine Forderung von 88 A gestellt worden. Es wurden aber nur 84 A bewilligt und für ein Jahr festgelegt.

Greifswald. Dienstag, den 21. Mai, tagte hier eine Mitgliederversammlung, die nur mäßig besucht war. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Vorstände der Zimmerer und Bauarbeiter sich über das Verhalten unserer Kollegen beschrift hätten. Die Zimmerer und Bauarbeiter stehen noch immer im Kampfe. Der Arbeitgeberverband weigert sich entschieden, mit beiden Organisationen Vertrag zu schließen. Es entspann sich hierüber eine Diskussion, und es wurde beschlossen, eine Bauteilkontrolle vorzunehmen. Die Bauteilgelehrten haben zur nächsten außerordentlichen Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten. Die Kollegen haben streng nach dem Statutvertrag zu handeln sowie die Solidarität zu wahren. Wir ersuchen nun alle Verbandskollegen, doch vorläufig Greifswald unter diesen Umständen zu meiden; nur dadurch ist es uns möglich, die Zimmerer und Bauarbeiter zu unterstützen. Nachdem die

Vom Verbandsvorstande besetzt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingehandelt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Herrn. Berndt-Nun-Longow (Verb.-Nr. 90 118), Alb. Wagners-Deimold (415 370), H. Prodrick-Dortmund (373 001), Feinr. Schellhorn-Süderbray (333 845), Karl Klaus-Göttingen (150 816), W. Erich-Cutin (115 912), Franz Wendig-Lörgan (109 962), Feinr. Decker-Neufloster (90 069), Feinr. Schmidt-Braunshweig (13 416), H. Eckert-Gottbus (61 824), Joh. Mühs-Bosen (364 421), Stan. Kaszinger-Bosen (44 839), Joh. Blome-Bochum (311 451), Karl Wöhlert-Wilmer (1762), Gust. Erde-Oegermühle (65 602), J. G. Rohlfint-Münster i. W. (67 630), Karl Schmollke-Weilau (86 613), Helmuth Ahrens-Hofrad (97 597), Fr. Lippmeier-Dortmund (168 187), Florian Müller-München (240 441), Joh. Grato-Südenfeld (288 157), Otto Wulke-Freyhan (230 680), Gb. Schulz-Straßburg i. E. (175 108), Karl Raband-Wittenberg (344 455), Feinr. Kahrts-Lübenau (331 982), Werner Lorge-Mannheim (310 738), Franz Werner-Forsleben (285 645), Rudw. Gumbold-Prien (262 546), Mich. Reich-Königsberg i. Pr. (199 589), E. Dombrowski-Gelsenkirchen (177 954), Aug. Schwilke-Erlangen (6516), Fritz Scholze-Berlin (374 607), Wlth. Kirchner-Sittgart (389 956), Joh. Brügger-Augsburg (254 387), Wenz. Mebes-Schneberg (416 062), Joh. Segel-Augsburg (823 759), Gust. Wlter-Walditz (404 472), Leonh. Philipp-St. Johann (846 524), Jaroslav Kronach-Hohen-Ernstthal (298 195), Max Schäffner-Straßburg (286 738), Otto Dörff-Frankfurt a. M. (272 565), Arthur Neumann-Königsberg i. Pr. (199 307), Konr. Fischer-Cassel (183 540), Ernst Weder-Cassel (86 348), Wlth. Krüger-Feld (146 465), Jacob Mayer-Mannheim (140 965), Martin Geiger-Cöpenick (128 005), Alf. Hensel-Neu-Longow (109 185), Friedr. Bunge-Berger a. R. (55 099), Emil Dörff-Berlin (11 509), Aug. Kühnel-Sieghet (154 104), Guriana Zwiig-Worzenheim (466 028), Joh. Diezack-Gelsenkirchen (338 678), Chr. Mähres-Nürnberg (424 589), Feinr. Nagel-Duisburg (315 298), Fritz Döberwiltz-Döberlin (8284), Feinr.

anderen Punkte der Tagesordnung erledigt waren, wurde nach einem aufernden Schlusswort die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Am 17. Mai fand hier im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung aller in der Terrazzonebranche beschäftigten Arbeiter statt, die von zirka 50 Kollegen besucht war. Es ist dieses eine Kategorie von Arbeitern im Baufach, die unter den miserabelsten Zuständen in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen vegetieren. So schwanken die Löhne zwischen 30 und 45 A pro Stunde. Die Arbeitszeit ist unbeschränkt und dauert oftmals 12 Stunden und darüber hinaus. Da die Mehrzahl dieser Arbeiter Italiener sind, waren sie für die Organisation schwer zugänglich. Die Einmündung der Versammlung zeigte aber davon, daß es auch bei ihnen dämmert und sie sich ihrer elenden Lage bewußt sind. Nachdem der Kollege Garwig kurz über Zweck und Nutzen der Organisation referiert hatte, erklärten sich alle Anwesenden bereit, dem Zentralverband der Maurer beizutreten. Dann berichtete der Vorsitzende, daß nach Befragung aller Zuständigen kein Widerspruch gegen die Terrazzonearbeiter als Sektion des Zweigvereins Hamburg aufzufassen; es wurde demgemäß beschlossen. Der Beitrag wurde mit 5 A Lokalaufschlag auf 60 A festgesetzt. Zum Schluß wurde dann die Wahl des Vorstandes vorgenommen.

Süßmilch. Sonnabend, den 24. Mai, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Die Versammlung war von drei Vorstandsmitgliedern, zwei Gründern und sieben Feiernburgern Kollegen besucht. Ein beherztes Bild boten die Versammelten während der Zeit der Lohnbewegung; die Kollegen haben sich sehr gewiß soweit ausgebildet, daß sie von jetzt an keine Versammlung zu besuchen brauchen. Geht es so weiter, wird der Vorstand auch bald seines Postens entbehren, doch hoffentlich werden diese Zeiten genügen, hierzu bald Abhilfe zu schaffen. Am Donnerstag trafen hier die schwarzen Listen von Feiernburg ein, worauf der Unternehmer Strauß die Veranlassung fühlte, seine Feiernburger Maurer zu entlassen. Auch bei anderen Firmen wurden diese nicht mehr eingestellt. Es war ja auch der Schriftführer der Innungsvereinigung der Maurermeister Feiernburgs, der Unternehmer Köppl, persönlich bei den Feiernburgern vorgegangen, wohl auch die Feiernburger aus der Arbeit zu verdrängen, was ihm ja auch gelungen ist. Hoffentlich werden die Feiernburger anderswo mehr Glück haben, als im unglücklichen Süßmilch.

Jena. Den Mitgliedern des Zweigvereins zur Nachricht, daß von jetzt an unsere Versammlungen im „Löwen“ stattfinden. Auch werden jeden Freitag Aus- und Abmeldungen entgegengenommen, sowie Karten und der „Grundstein“ abgegeben. Die Mitglieder sowie Quittungsfreier wollen dies beachten.

Regensburg. Eine öffentliche, aber schlecht besuchte Bauarbeiterversammlung tagte am 18. Mai im Kronenlohn, in der der italienische Kollege Sumali aus Bazel und Kollege Kronenlohn referierten. Beide Redner entzweiten sich in kurzen, aber treffenden Ausführungen ihres unter großem Beifall aufgenommenen Referats. Sieben Kollegen schloßen sich dem Verbande an. Nach einer Aufforderung zur Agitation für die am folgenden Tage im selben Lokale stattfindende Bauarbeiterversammlung folgte Schluß. Eine am Sonntag, den 19. Mai, abgehaltene Bauarbeiterversammlung war gut besucht. Kollege Sumali verhandelte mit den italienischen Kollegen in beinahe ausschließlicher Referat den Wert des Koalitionsrechts vor Augen zu führen. Er schilderte die vielen großen Kämpfe im Baugewerbe alter Staaten; auch auf der Ausprägungspolitik der Unternehmer kam der Redner zu sprechen und geteilte die Redner Bauarbeiterausprägung. Mit der Aufforderung zum Aufschluß an die Organisation schloß Redner unter freudigen Beifall sein Referat. Kollege Kronenlohn legte den deutschen Kollegen die Zwecke und Vorteile der Organisation klar. Er beleuchtete die Organisation von Anfang an, kam auf die großen Kämpfe im Baugewerbe zu sprechen und schätzte die vielen Kämpfe zu Gunsten der Gesamtarbeiterchaft hochgeschätzt wurden. Weiter geistelt Redner die Ausprägungspolitik der Unternehmer, zumal die in Berlin im Baugewerbe. Die fernstehenden Kollegen zum Beitritt in den Verband auffordernd, schloß Redner unter großem Beifall. In der Diskussion wurde von den Kollegen die freie Mitgliedschaft bei den Firmen Klug & Co., Hummel u. W., besonders in der Gerüst- und Abbrucharbeit sehr gewürdigt. Ferner wurde das brutale Vorgehen des Herrn Bauhofsches Hoyerlein bei der Firma Klug kritisiert. Dieser Herr glaubt, seine Größe darin zeigen zu müssen, daß er Arbeiter, die nicht gewillt sind, der effizienten Arbeitszeit zu huldigen, ohne weiteres entläßt. Mit einer Sammlung für die seit 24 Wochen im Streik lebenden 6000 italienischen Frauen der Landwirtschaft wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg i. Pr. Die Baugewerkschaft brachte kürzlich unter dem Titel „Sozialdemokratische Mobilität“ eine Lügenepistel aus Königsberg, wonach der angeblich christliche Maurer Maister von dem Kollegen Strie und noch anderen gewisshandelt und blutiggefäßt sein sollte. Auf eine Verichtigung des Kollegen Strie behauptete die „Baugewerkschaft“ nochmalis anhängig gemacht sei, wo sich jedenfalls ihre Behauptungen als Wahrheit erweisen würden. Die Gerichtsverhandlung, die am 23. d. M. stattfand; hat gezeigt, wies Gerichtes Kind dieser angeblich gemischthandelt und beleidigt Maister ist. Die Verhandlung zeigte, daß er als Christ sich mit der Wahrheit nicht besonders genau nimmt und auch sonst Eigenschaften besitzt, die ein guter Christ eigentlich nicht haben sollte. Angeklagt waren die Kollegen Strie und vier Kollegen unseres Verbandes, die Maister gefolgt und beleidigt zu haben. Trotzdem Maister jedes Zeugnis geladen hatte, fand er mit seiner Behauptung allein da, ja ein Zeuge erklärte sogar, das, was Kollege Strie behauptete, ist wahr, daß Maister zuerst gefolgt und gefolgt habe. Es erfolgte Freisprechung sämtlicher Angeklagten, und zwar sprach das Gericht selbst aus, daß Maister kein klaffender Zeuge sei und auch angenommen werden könne, daß er an dem betreffenden Tage unter dem Einfluß des Alkohols gestanden habe und überhaupt keine zuverlässige Person ist. Er hat wiederholt damit renommieren, daß er im gerichtlichen Verband Gelder unterschlagen habe, was er jedoch unter Eid in Abrede stellte. Dieser Termin hat also mit aller Deutlichkeit festgelegt, wie die Lügenberichte der „Baugewerkschaft“ zu stande gekommen sind und welcher Elemente sich dieses gelbe Blatt bedient. Auch bezüglich des Gefährdes über den Terrazzonearbeiter hat die Verhandlung gelehrt, daß dieses Gefährde ebenfalls Schwindel ist und daß die Christlichen ge-

meinsam mit den Unternehmern den größten Terrorismus üben. Unsere Refer werden sich erinnern, daß sich dieser Fall während einer Baupause abgepielt hat und das edle Christenbild behauptete, die Christen seien terrorisiert und von unseren Kollegen vom Bau getrieben worden. Festgestellt wurde durch die Aussage des Kollegen Fischer, daß Böll unter dem Druck von Feiernburg und dem Vorstand des christlichen Verbandes unsere Kollegen entlassen mußte. Also, werliche „Baugewerkschaft“, wer hat in diesem Falle geschwindelt?

Neuhäusen. Am 11. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erbat Kollege Brienau Bericht von der Gauskonferenz. Am Schluß seiner Ausführungen nahm er Bezug auf die Bewegung in Berlin; falls der Kampf dort von längerer Dauer sein werde, müsse der Vorstand einen Entzweiten auszusprechen. Kollege Gladow erbat Bericht von der Karlsruher. Unter „Verbandsangelegenheiten“ bezog Kollege Brienau das Schreiben des Maurermeisters Hagemeier in Neuenhofe. Dieser Mann macht die Zahlung der seit dem 1. Mai fälligen Lohnverhöhung davon abhängig, daß das Verbot von Maurerarbeiten seitens unserer Kollegen für andere Personen nach Feierabend und an Sonntagen auf eigene Rechnung verhindert würde. Kollege Brienau kritisierte dieses Verhalten einiger Kollegen, welche die Forderung schon gewerkschaftlich betrieben; das geschieht nicht nur in Neuenhofe, sondern auch in Neuhäusen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Schärferweise auf eigene Rechnung nach Feierabend und an Sonntagen die eine Verlängerung der Arbeitszeit wirkt, somit unseren Prinzipien auf Verfüzung der Arbeitszeit zuwiderläuft, andererseits auch eine Entzweiten zur Abschließung von Lohn- und Arbeitsverträgen mit den Arbeitgeberverbänden führt, was leicht zu ersten Differenzen führen kann, beschließt die heutige Versammlung: Maurerarbeiten seitens unserer Verbandsmittglieder in eigener Regie nach Feierabend und an Sonntagen für andere Personen — sei es aus Gefälligkeit, aus eigenem Nutzen, aus Verwandschaft oder aus anderen Verpflichtungen — haben zu unterbleiben. Wenn es demnach geschieht, sollen andere Maßnahmen getroffen werden.“ Die Versammlung nahm dann Kenntnis davon, daß unser 10. Stiftungsfest nicht am 16. Juni, sondern am 23. Juni stattfindet. Es wurde beschlossen, die unglücklichen Zweigvereine einzuladen und den Verbandsvorständen, Kollegen Wömling, zu erlauben, die Festrede zu halten. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Wormsheim. Mittwoch, den 22. Mai, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung. Zweck dieser Versammlung war, laut Beschluß der Bezirkskonferenz am 8. Mai, die alte Verbandsverträge der beiden Zweigvereine Wormsheim und Karlsruhe zu bringen. Der eigentlichen Tagesordnung ging ein belehrendes Referat des Kollegen Verhaar voran, das von den Kollegen mit großem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Sauter erstattete Bericht von der Konferenz in Wiesbaden, wonach die heutige Generalversammlung zu beschließen hat, ob Wormsheim mit Karlsruhe zu einem einzigen Zweigverein vereinigt werden soll. Alle Diskussionsredner sprachen sich gegen die Vereinigung aus. Da aber viele Kollegen aus dem Zweigverein Karlsruhe in unserem Gebiet arbeiten, so wären diese laut Statut verpflichtet, dem am Orte üblichen Wochenbeitrag zu zahlen. Um aber hier einmal gründlich Remedeur zu schaffen, wurde die Verbandsleitung beauftragt, die Sache dem Verbandsvorstand zu unterbreiten. Sie aus dem Karlsruhe Gebiet hier arbeitenden Kollegen weigerten sich bisher, den bei uns üblichen Beitrag zu zahlen, und mit der vorigen Verbandsleitung ist eine Einigung nicht zu erzielen, weshalb der oben genannte Weg beschritten wird. Eine diesbezügliche Resolution besagt, daß die außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Wormsheim in Übereinstimmung mit der Versammlung vom 10. Oktober 1906 der Vereinigung der beiden Zweigvereine Wormsheim und Karlsruhe keine Sympathie abgewinnen kann. Auch ist sie der Ansicht, daß dies nicht der einzig gangbare Weg zur Beitragsregelung ist. Zu diesem Zweck soll sich die Zweigvereinsleitung mit dem Verbandsvorstand ins Einvernehmen setzen. Diese Resolution wurde von der sehr gut besuchten Versammlung, in der auch viele Kollegen aus dem Zweigvereinsgebiet Karlsruhe anwesend waren, einstimmig angenommen. Mit einem Schlußwort des Kollegen Verhaar an die Kollegen, immer rege Agitation auf den Baupläzen zu betreiben, damit Wormsheim, trotz der fremden Kollegen, ebenfalls zu einer wirklichen Mutterorganisation emporblühe, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Emporblühen der deutschen Arbeiterbewegung geschlossen.

Birma. Sonnabend, den 4. Mai, tagte hier im „Volkshaus“ eine Maurerversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat der Vertrauensmann die Kollegen, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Endler Träumerei von den Plätzen zu erheben. Hierauf verlas Kollege Herr die Quartalsabrechnung. Es ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von M. 585,10 und für die Lokalkasse eine Einnahme von M. 2504,81 und eine Ausgabe von M. 518; Kassenschatz M. 1988,81. Kollege Bericht erstattete, die Kasse in Ordnung gefunden zu haben, und erbat die Kollegen, durch Erheben von den Plätzen dem Vertrauensmann den Dank zu erweisen. Dies geschied. Zur Gauskonferenz wurde die Kollegen, Herr Bericht und Scherger delegiert. In Bezug auf „Grundstein zur Einigkeit“ betont Kollege Herr die Vorteile gegenüber der hiesigen Diskussionskassen. Nachdem noch einige Kollegen im Sinne des Vorstandes gesprochen hatten, wurde beschlossen, eine Verwaltungsstelle dieser Kasse zu errichten. Infolge Wegzugs des zweiten Vertrauensmannes von hier wurde Kollege Hag Weber als solcher gewählt. In „Gewerkschaftliches“ empfahl Herr das Wort: „Die Geschichte der Dresdener Maurerbewegung“ zur Anschaffung. Da es einen ganzen Teil unserer Behauptung mit sich führt. Es kann beim Vertrauensmann bestellt werden und kostet 60 A. Zum Schluß sei hier erwähnt, daß die hiesigen Kollegen inwiefern des Vertrages in tiefes Schicksal versunken sind. Das beweisen an ihnen die letzten Verfassungen; waren sie doch geradezu ein Hohn für unsere ganze Bewegung. Groß Aufsteigen von Handzetteln für die letzte Versammlung waren von 490 Mitgliedern nur 37 erschienen. Es ist natürlich die höchste Zeit, daß sich die Kollegen etwas mehr um Versammlung und Organisation kümmern, da wir sonst wieder auf denselben Standpunkt zurückkommen, auf dem wir vorher standen.

Pr. Stargard. Am 20. Mai tagte hier eine gut besuchte Versammlung. Die Tagesordnung lautete: Die Differenzen mit der Firma P. Münchau. Zunächst stellte der Vorsitzende, Kollege

Fr. Malachow, mit, daß der Kollege Barmber verstorben ist, und forderte die Kollegen auf, durch Erheben von den Plätzen den Verstorbenen zu ehren. Barmber gehörte ein Jahr und einen Monat dem Verbande an. Sodann führte Kollege Grünhagen aus, daß die Firma P. Münchau den fremden Maurern sein Landgeld zahlt, obgleich sie über fünf Kilometer von Hause entfernt arbeiten. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Vereinshaus tagende Mitgliederversammlung erklärt, daß sie mit der Auslegung des Vertrages, wie es von der Firma Münchau geschieden ist, nicht einverstanden sein kann. In Einverständnisse mit allen anderen Unternehmern ist auch den Baugewerkschaften, die nicht in Pr. Stargard, aber fünf Kilometer und mehr von der Arbeitsstelle entfernt wohnen, ein Landgeld von 30 A und alle 14 Tage eine freie Reise zu gewähren. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in dieser Hinsicht bei dem Unternehmer vorstellig zu werden, und falls keine Einigung mit der Firma P. Münchau erfolgt, weitere Maßnahmen zu treffen.“

Roß a. Sand. Am 11. Mai fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt, in der Kollege Roth aus Eibar über den Kampf der Arbeiterklasse um Verbesserung ihrer sozialen Lage referierte. Der Referent be sprach auch die drohende Ausprägung in Berlin und sprach die Erwartung aus, daß die Kollegen in ganz Deutschland für die Berliner Maurerkasse eintreten würden. In der Diskussion ergänzte Kollege Köster die Ausführungen des Referenten und beantragte den mangelhaften Besuch der heutigen Versammlung. Mit der eindringlichen Mahnung, in Zukunft viel mehr für den Verband zu tun, wurde die Versammlung geschlossen.

Schadenleben. In diesem Frühjahr war die Baukonjunktur lebhafter als in vergangenen Jahren. Die hiesigen organisierten Maurer sind darum nicht müßig geblieben, sondern haben das durchgegriffen, was schon vor zwei Jahren gefordert wurde, nämlich einen Stundenlohn von 35 A. Es ist aber trotz der eifrigen Tätigkeit einzelner Kollegen noch nicht soweit gekommen, daß in unserem ganzen Lohngelände obige 35 A gezahlt werden. Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag nach dem ersten jeden Monats statt, und es wäre wohl wünschenswert, daß sie von den organisierten Maurern besser besucht würden. Von G. Sauterleben war nicht ein Kollege in der letzten Versammlung vertreten, Kottmerleben war durch ein Mitglied, K. Sauterleben durch zwei, Nord-Germersleben durch drei, Schadenleben ungenügend, Eidenhartleben sowie Othmersleben zahlreicher vertreten. Es genügt, wie es scheint, den immerfort abwesenden Kollegen, wenn andere ihnen den Lohn ausmachen, so daß sie weiter keine Verpflichtung haben, als diesen hinzunehmen und dafür ihre 35 A Wochenbeitrag zu zahlen; das andere geht sie nicht an. Es wurde auch aus den Versammlungen von anderen staatsfähigen Personen Dritten gegenüber ardebt; so etwas ist nicht brav und sollte nicht vorkommen. In der Versammlung vom 7. April wurde beschlossen, Arbeitswilligen gegenüber nicht mehr so gelinde wie bisher zu verfahren, sondern sie nach einer scharfen Rüge statutenmäßig zu bestrafen. In nächster Versammlung wird Bericht über den Gaus in Magdeburg erstattet.

Waldheim. Am 16. Mai tagte hier eine öffentliche Versammlung, die trotz allgemeiner Einladung nur mäßig besucht war. Kollege Rod-Beitzig referierte über: „Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter“. In vorortlicher Weise machte er den anwesenden Kollegen klar, daß ihre wirtschaftliche Lage nur durch einen Aufbruch zum Selbstbestehen verbessert werden könne. Auch wudmete er einen Teil seiner Ausführungen der Akfordarbeit, die nur die wirtschaftliche Lage und Gesundheit ruiniere. In der Diskussion wurden noch einige schwerwiegende Punkte betreffend der Akfordarbeit erörtert. Auch wurde eine sehr rege Beteiligung am Gewerkschaftsbesuche gewünscht. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden zum gewerkschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Zusammenhänge auf. Es ist aber die größte Pflicht der Kollegen, jede Versammlung zu besuchen, denn nur in voller Versammlung können Beschlüsse gefaßt und durchgeführt werden.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 19. bis 25. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Gulow M. 150, Groß-Wodern 100, Wiesbaden 100, Kallberge 100, Söphel-Neuenhof 100. Summa M. 550.

Zulüsse erzielten: Stuttgart M. 300, Dortmund 200, Neumünster 200, Karlsruhe i. W. 200, Wünnen i. Hann. 200, Erfeld 120, Handbuchsheim 100, Würzburg (Gessen) 100, Weststadt 70. Summa M. 1907.

Altona, den 25. Mai 1907.

Karl Reich, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Dum Bau.

Anfälle, Arbeitersue, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauplätzen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Nachmittag des Pfingstsonntags in der Lauenburgerstraße zu ereignet. Als die auf dem Neubau Baugewerkschaft 8 beschäftigten Arbeiter gegen 2 Uhr Nachmittag Feierabend machen wollten und sich auf dem Hof des Grundstücks hinabgaben, fanden sie denselben einem Mann auf dem Erdboden liegend, deren sie sofort einen Mann blutete und bewußtlos war. Der Verletzte wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt getragen, der die erste Hilfe leistete und dann den Patienten nach dem Krankenhaus zu bringen ließ. In dem Verunglückten wurde der auf dem Neubau beschäftigte Aufseher Valentin Waligura aus Charlottenburg rekonstruiert. Die Verwundung rührte allem Anschein nach daher, daß dem W. ein etwas genannter Zeit auf dem Hofe stand, ein etwa 2 Meter langes Stachelsort auf dem Kopf gefallen ist. Die Wunde des Kopfes ist als komplizierter Schädelbruch. Das Befinden des Aufsehers ist hoffnunglos.

Witow i. Pomm. Montag, den 18. Mai, brach am Gasseisen Neubau ein Gerüst, das zum Fugen ausgefüllt war, zusammen und stürzte die Kollegen Koroste, Rowalle und Limberg sowie der Lehrling Wund infolge dessen auf Stod tiefer herab und trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Rowalle kam mit leichten Hautabrischen davon, Limberg und Wund zogen sich Verstauchungen und Rippenverletzungen zu und Koroste erlitt einen Knöchelbruch des rechten Fußes und schwere Rückenverstauchung, so daß er von der Unfallstelle getragen werden mußte. Nach einem Bericht des hiesigen Notariats soll sich durch einen unglücklichen Zufall ein Negriegel gelöst haben, wodurch das Unglück geschehen ist. Wie sich die Sache in Wirklichkeit zugetragen hat, konnten wir leider noch nicht ermitteln, da bei dem Maurermeister M. Pommerene, der den Bau ausführt, mit Ausnahme einiger Junggelehrten kein Maurer organisiert ist. Die Hauptschuld dürfte in diesem Falle wohl die Arbeiter selber treffen, weil sie nicht bemerkt waren, ehe die Arbeit fertig zu machen, ihre eigene Gesundheit ihnen aber nur Nebenbedenke war.

Dreileben b. Magdeburg. Ein folgenschweres Baumunglück hat sich am 21. Mai hier abgespielt. Der Unternehmer Weber führt auf dem am Eingange des Dorfes liegenden Gutshof größere Bauarbeiten aus. Bei der Ziangriffnahme der Aufschüttungsmauer machte es sich nun notwendig, die Ausschachtung zur Fundamentierung derselben etwas tiefer vorzunehmen als das bei einer Grenzmauer des Nachbargrundstücks der Fall war. Kaum hatten nun die Maurer die notwendigen Vorarbeiten erledigt, um das Fundament auszuführen, als die etwa 8 m lange und 2 m hohe Mauer des Nachbargrundstücks in den Ausschachtungsräumen rutschte und die darin arbeitenden Maurer unter ihren Trümmern begrub. Schwer verletzt wurden Heinrich Schäfer und Hermann Wehber aus Dritzberge und Christian Finke aus Dreileben unter den Trümmern hervorgeholt. Schäfer verlor das rechte Bein, hat sofort Versteifung, die Grenzmauer nicht abgefallen ist. Wäre das geschehen, ein blühendes Menschenleben wäre vor so jäher Verdrübnung bewahrt geblieben. Wenn die Schuld trifft, wird ja gerichtlich festgestellt werden müssen.

Elangen. Einen schrecklichen Tod fand unser Kollege Johann Gärtner von Wittenbach. Er war mit mehreren Kollegen aus der Baum- und Holzwirtschaft beschäftigt. Am zehnten Pfingsttag (1) hatten sie einen Lustspaziergang mit Kanufahrt unternommen. Zur Erleichterung des dunklen Raumes waren ihnen gebrauchene Laternen geliehen worden. Es sieht nun dahin, ob das Kanufahrt, dessen Zusammensetzung wir nicht kennen, epidierte, wie unsere Kollegen anfänglich meinten, oder ob es durch unmittelbare Verührung mit dem Licht der besten Laterne Feuer fing, kurz und gut — es entstand Feuer und die Kleidung Gärtners stand bald in hellen Flammen. Er hatte dabei so schwere Brandwunden erlitten, daß er noch in der folgenden Nacht starb. Auf dem Werk vor gar keine Gelegenheit zur ersten Hilfe; ein Obermeister mußte erst aus seiner Wohnung Del holen, um wenigstens einen Versuch zu machen, die wunden Stellen mit Schmirgel zu lindern. Der Tod hat ihm dann bald erfüllt. Zur Zeit des Unglücks hielten unsere Kollegen eine Versammlung ab; Gärtners ging jedoch nicht dorthin, sondern zur Arbeit.

Großhain. Der Kollege Hermann Eichler war am 14. Mai in der Steinberglöh Fabrik mit dem Erzen eines Sandteufelgrubens beschäftigt. Infolge eines Fehltritts des Kollegen Eichler kam das Gewände ins Rollen und riß den Kollegen um. Es wurde ihm der Schulterblattknochen zerbrochen und die Muskeln gerissen. Der Wundheilungswert fand im Krankenhaus Aufnahme.

Kahla. Am 18. Mai, Vormittags 10 Uhr, ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall. Der Kollege Hugo Maier aus Jägerbühl wurde von einer Transmissionswelle, die aus dem stehengebliebenen Teile eines abgebrannten Förderbandes einen Meter weit herausragte, an der Wunde erlitt und mehrmals herumgeschleudert. Der rechte Arm wurde ihm vollständig herausgerissen und lag über die Mähnung aus dem zweiten Stock auf der Straße, Arme und alle Knochen waren gebrochen. Sein ihm zunächstliegender Kollege konnte ihm nicht helfen. Der Verunglückte war größtenteils verblüht, der eine Arm fehlte und das eine Auge war eingeschlagen. Wenn hier die Schuld treffen wird, da eine Schutzvorrichtung gänzlich fehlte, muß die Untersuchung ergeben. Auch hier wird es heißen, der Verunglückte hatte selber schuld. Eine halbe Stunde nach dem Unglück war die Welle mit einem Rollen versehen; aber erst mußte ein Menschenleben geopfert werden.

Nendeburg. Am 21. Mai fiel der Kollege Haer auf der chemischen Düngersabrik durch ein Oberlicht 2,80 m tief hinab und erlitt erhebliche Verletzungen am rechten Arm und an den Beinen.

Sonderburg. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am 17. Mai. Mittags, auf dem Bau der Marienstation. Als das Zeichen zur Mittagspause gegeben wurde, sprang der Maurer Otto Schulz von der ersten Stelagsche hinter und blieb sofort liegen. Er hatte durch den Anstoß auf den Erdboden den Fuß gebrochen. Der Verletzte wurde ins städtische Krankenhaus gebracht. Die Kollegen können nicht genug gewart werden, um solchen Unfällen aus dem Wege zu gehen. Wäre Schulz die Leiter hinaufgegangen, würde der Fall nicht passiert sein. — Schmittner noch ging es bei der Erarbeit zu. Eine 6 bis 7 Meter hohe Schicht Mergelboden wird sofort herunter gearbeitet. Die Schichten werden 4 bis 5 Stiel, als Kette hineingetrieben, um möglichst große Stöße abzugeben; ein Stütz der Boden nicht, so unterdrücken ihn die Arbeiter, bis er fällt. So wurden vor kurzem zwei Arbeiter von einem solchen Sturz überrollt, die nur als Leichen geborgen werden konnten. Hier ist wirklich zu bewundern, wie leichtsinnig Arbeiter ihr Leben aufs Spiel setzen. Wäre es aber nicht die Pflicht der Verwaltung, die nötige Anleitung zu geben und die Ausführung der Arbeiten zu überwachen?

Ein Baumfall. Weil er sich gegen die anerkannten Regeln der Baukunst vergangen hatte, wurde der Zimmermeister und Architekt Christian Schäfer aus Gamsen-Gishorn von der Strafkammer des Landgerichts zu Hildesheim zu 100 Geldstrafe verurteilt. Er hatte bei dem Bau des Wohnhauses des Oekonomierats Rothbart in Dagebück das Dach so mangelhaft konstruiert, daß nach sachverständigen Urteil ein Sturm das Gebäude abgedeckt haben würde; ferner hat er halttragende Mauern statt einen Stein nur einen halben Stein stark mauern lassen.

Diesen letzten Fehler hat er auch bei dem Bau des Wohnhauses des Bäckermeisters Grull in Gishorn gemacht, hierbei aber auch die eisernen Träger ungenügend unterfüllt und die Betondecken falsch hergestellt, sowie die Mauern im Hausinnern mit den Außenwänden nicht verbunden. In Gishorn und Umgegend ist die Bauweise bisher sehr lag gehandhabt worden; es soll die Abnahme der Neubauten z. B. teilweise von dem Gebirg und einem Spornstein-erleger vorgenommen worden sein. Der Verurteilte ist das erste Opfer der von der zuständigen Behörde jetzt angeordneten strengeren Maßregel, deren Notwendigkeit selbst von der Behörde anerkannt und mit Freuden begrüßt wurde. Eine Organisation der im Baubereich beschäftigten Arbeiter besteht in Gishorn und Umgegend nicht.

Baugenossenschaften, Hausgärtner und Wohnungsfürsorge. In diesem Thema, das wir im Zentralteil der Nr. 16 des „Grundstein“ behandelt, wird uns aus Lüdenscheid geschrieben: Mit Recht ist im „Grundstein“ hervorgehoben worden, daß der schmarozhende, ausbeutende, volksfeindliche Haus- und Grundbesitzer kein dauerndes Monopol auf die Ausbeutung der Bevölkerung eingeräumt werden dürfte. Mit Recht wird auch bezweifelt, was in der Begründung der Petitionen der Haus- und Grundbesitzervereine angeführt ist, wo gesagt wird, daß eine Wohnungsmisere für die Arbeiter überhaupt nicht bestehe, daß die Mietverhältnisse in Rheinland und Westfalen sehr günstig, die Wohnungen preiswert, geräumig und allen familiären und hygienischen Ansprüchen genügend seien. Grundlos ist die Behauptung der Haus- und Grundbesitzervereine, daß die Unternehmer in mehr als nötiger Weise für den Bau von Arbeiterwohnungen sorgen. Ein Beitrag zur Widerlegung dieser Behauptungen soll der Zweck dieser Zeilen sein.

In hiesiger Stadt wurde vor einigen Jahren ebenfalls eine Baugenossenschaft unter dem Namen „Haus- und Bauverein“ gegründet. Der Verein hatte sich zur Aufgabe gestellt, billige und gesunde Arbeiterwohnungen in sehr guter Lage an der Peripherie der Stadt herzustellen. Nur hatte man, gelinde gesagt, die Unvorsichtigkeit begangen, einen spekulativen Baunternehmer an die Spitze des Vereins zu berufen. Dieser verstand es denn auch, dem Verein die besten Bauplätze vorweg abzu-kaufen, wodurch dem Unternehmen sofort der Saft genommen war. Es ist denn auch leider bei dem Bau weniger Häuser geblieben. Fast alle im Verein als freies Haus erworbene, aber gar keine in dem Verein als Mitglieder. Unschwer wäre, wenn sich die organisierten Arbeiter, soweit sie dazu in der Lage sind, mehr um derartige Dinge kümmern, damit es den Baunternehmern und sonstigen Spekulanten nicht möglich ist, solche sozialen Einrichtungen zu hintertreiben. Die Hausgärtner können nur das eine Ziel, das sie unbestimmend in hohen Profite einzuverleiben, nämlich in dem Kampf, den die Bauämter und Baupolizeibehörden zu führen haben. Da sieht man die Eitelkeit der Baugewerkschaften, die sich nicht um die Interessen der Arbeiter kümmern, sondern nur um die Erhaltung der Baugewerkschaften herzustellen, ohne jeden kleinen Raum zu Wohnzwecken auszunutzen, ohne Rücksicht darauf, ob genügend Licht und Luft hineinzubringen ist; weiter das Behalten, jede Preisverhöhung, Lebensmittelerhöhung, schärfere Steuerheraushebung usw. von sich ab und auf die Mieter zu wälzen. Hierfür ein Beispiel. Einem Hausbesitzer wurde die Einkommensteuer pro 1907/08 um 8 M. erhöht. Sofort forderte er pro Zimmer 8 M. mehr Miete, mit der Begründung, daß er schärfer zur Einkommensteuer herangezogen worden sei. In seinem Hause befinden sich 21 Zimmer; er verdient also durch die Steuererhöhung 21 x 8 = 168 M. mehr. Das die Mieter hier schon verhältnismäßig hoch sind, unterliegt keinem Zweifel; es werden durchschnittlich pro Jahr und Zimmer 8 M. bezahlt. Ebenso volksfeindlich wie das Monopol der Haus- und Grundbesitzervereine ist aber die „Fürsorge“ der Unternehmer in puncto Haus- und Grundbesitzervereine in der Begründung, oft mehr als nötiger Weise“ für den Bau von Arbeiter- und Angestelltenwohnungen gesagt werde, so geschieht dies doch nur, um die Arbeiter abhängig von den Arbeitgebern zu machen, nicht aber um das Volkswohl zu fördern. Und für solche „Arbeiterfürsorge“ müssen sich die Arbeiter bestens bedanken. Sehr traurig sehen z. B. die Wohnungsverhältnisse in der Reichsstadt Altona aus. Im vorigen Jahre besaß sie einmal eine öffentliche Versammlung der organisierten Arbeiter mit diesem Thema. Hier wurde in einer Resolution von der Kommunalverwaltung gefordert, daß sie mehr wie bisher den Bau von gesunden Arbeiterwohnungen fördern solle. Auch hier beschäftigt die Fabrikpächter Selwe, genannt der „König von Altona“, jahraus jahrein ca. 50 Mauerer, die neben den Fabrikarbeiterwohnungen auch Arbeiterwohnungen herstellen. Nicht allein aber für in Altona verwirklichte Arbeiter, sondern auch sogenannte „Junggelehrten“, die tatsächlich faßernmäßig eingerichtet sind; sogar der „Spind“ fehlt nicht. Wie ungesund diese Wohnungen sind, kann man erkennen, wenn man bedenkt, daß die meisten aus Buchenbohlen ohne äußeren Verputz hergestellt werden. Der Zweck dieser „Arbeiterfürsorge“ ist ja auch nicht die Förderung der gesundheitslichen Arbeiterwohnungen, sondern die Festlegung der Arbeiter an die Fabrik. Die bei genannter „Wohnungsfürsorge“ arbeitenden Leute müssen einen Vertrag unterzeichnen, wonach sie bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auch sofort (1) die Wohnung zu räumen haben. Und wie hier, so liegt es überall, wo Industrie und Bau von Arbeiterwohnungen streiten. Also nicht die günstigen Miet- und Wohnungsbedingungen veranlassen die Haus- und Grundbesitzervereine zu ihrem rigorösen Vorgehen gegen das Baugenossenschaftswesen, sondern die Angst um die Schwächung des Profits; sie ist die Triebfeder ihres Zuns. Gerade deshalb sollte sich die Arbeiterchaft mehr wie bisher um die Förderung des Wohnungswesens kümmern, sei es durch Enquêtes über die Wohnungsbedingungen im allgemeinen, oder durch Einwirken auf die Kommunen zwecks Schaffung besserer Wohnungen, oder aber durch Förderung des Baugenossenschaftswesens. Was hier getan wird, geschieht zum Nutzen der Allgemeinheit und zum Troste der wuchertischen Haus- und Grundbesitzer.

Ans anderen Berufen.

Die Exekute streifen in allen Hafenstädten der Nord- und Ostsee. Sie fordern Erhöhung der Monatsgehüern, besonders deren Festlegung durch einen Vertrag mit dem Gewerkschaftsverband und Schaffung einer Beschwerdeinstanz sowie sonstige Maßnahmen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses. Auch in diesem Falle versuchen die Unternehmer wieder durch Agenten „Arbeitswillige“ in großer Zahl aus dem In- und Auslande heranzuholen. Die Arbeiterorganisation den Streik proklamiert habe, ohne ihnen Zeit zur Prüfung der Forderungen zu lassen. Die Arbeiterorganisation mußte aber so handeln, wie sie es getan hat, denn im vorigen Jahre haben die Arbeiter die Zeit zur Prüfung zum Granschaffen von großen Transporten „Arbeitswilliger“ ausgenützt. Darauf kann man natürlich nur einmal hineinfallen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Mainz ist zur Tatsache geworden. (Vergl. Nr. 20 des „Grundstein“.)

Generalversammlungen.

Der Deutsche Bergarbeiterverband hielt vor einigen Tagen in Dortmund seine 17. Generalversammlung ab. Die Verhandlungen begannen mit der Erstattung des Vorstandsbereichs. Ueber die Mitgliederzahl und die Finanzen haben wir bereits berichtet (siehe Nr. 9 des „Grundstein“). Der Vorsitzende Sachse besprach zunächst die Entwicklung des Verbandes. Der Zuwachs von 25 000 Mitgliedern in den letzten beiden Jahren ist nicht betrübend angesehen, der reichigen Entwicklung des Metallarbeiterverbandes und des Maurerverbandes. Andererseits aber habe der Verband noch immer mehr aufgenommen als die gegenüberliegenden Organisationen. Ein rascherer Fortschritt ließe sich nur durch die Verschmelzung der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen herbeiführen. Einzuweisen sei ein enges Zusammenhalten insbesondere mit dem christlichen Bergarbeiterverband geboten, wolle man nicht auf den Kampf gegen die Lebermacht der Werkbesitzer überhaupt verzichten. Das Referat fand in allen Teilen die fast einstimmige Zustimmung der Generalversammlung. Die Debatte zum Vorstandsbericht beschäftigte sich hauptsächlich mit der Mitarbeiterfrage und der Stellung zu den anderen Verbänden. Die Haltung des Vorstandes wurde nahezu einstimmig gutgeheißen. Die Mitarbeiter soll weiterhin, wenn möglich, durch Arbeitsruhe begangen werden, aber der Verband läßt sich nicht für die Unterstützung Gemeindegelder engagieren, da dadurch seine ganze Existenz gefährdet werden könnte. Mehrere Anträge auf Einrichtung von Bildungsstellen, wissenschaftlichen Vorträgen, Vergrößerung der Vorstandsbibliothek usw. wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiegen. Der gedruckt vorliegende Klausebereich, der vom Verbandsfürsorge erklärt wurde, legte Zeugnis ab von der guten finanziellen Grundlage des Verbandes. Es wurde beschlossen, bei künftigen, mit anderen Verbänden gemeinschaftlich zu führenden Kämpfen keine gemeinschaftliche Kasse mehr zu führen. Weiter wurde eine Resolution angenommen, in der die Generalversammlung durch die gemeinsame Ansetzung des Bergarbeiterverbandes gegen arbeitserfindliche Wähler entschieden protestierte. Die Delegierten wußten ganz genau, daß die eingetommenen Gelder nur zum Nutzen der Mitglieder und zur Stärkung der Organisation verwendet werden seien. Im Streikreglement wurden als Unterstützungssätze festgelegt: 10 pro Woche für Unterbeiratete, 11 für Beirahetete mit einem Zuschlag von 1 M. für jedes Kind unter 14 Jahren. An Unorganisierte wird in Zukunft bei einem allgemeinen Streik keine Unterstützung mehr gewährt, dagegen wird die Unterstützung bei allen Ausperrungen in allen Fällen schon vom ersten Tage an gewährt. Der Punkt „Presse“ nahm die Generalversammlung nur kurze Zeit in Anspruch; es wurden lediglich untergeordnete Beschlüsse vorgebracht, die sich in der Hauptsache auf das Annoncieren bezogen. Der Geschäftsführer warnte vor gänzlichlicher Abkündigung der Annoncen, da dies einen jährlichen Ausfall von 15 000 ausmachen würde. Ueber den „Stand der Gesetzgebung, welche die Bergarbeiter direkt berührt“, hielt Auerbach ein längeres Referat, während Que über die mangelhafte Rubensinspektion sprach. Die Debatte über die Ausführungen beider Redner war sehr lebhaft und gestaltete sich, ebenso wie die Referate selbst, zu einer schweren Anlage gegen die gesetzgebenden Faktoren. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der von der Reichsgesetzgebung die Anerkennung der bekannten Forderungen des Bergarbeiterverbandes gefordert wird, die das Mindeste sind, was die Bergarbeiter von der Gesetzgebung zu fordern berechtigt sind und was ohne Schädigung der Industrie bewilligt werden kann. Ueber die internationale Arbeiterbewegung referierte Schröder. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die Generalversammlung erkennt an, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Interessen der Bergarbeiter nur dann wirksam vertreten werden können, wenn sie sich international verständigen. Sie erkennt daher, weiter die Notwendigkeit an, daß die internationalen Beziehungen der andern Bergbau treibenden Länder auch fernerhin gepflegt werden und empfiehlt, daß in diesem Jahre in Salzburg stattfindenden internationalen Bergarbeiterkongress zu beschließen. Der Vorstand wird ermächtigt, zur Pflege dieser internationalen Beziehungen die finanziellen Mittel des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Der nächste Gewerkschaftskongress, der in Hamburg stattfinden soll, durch zwölf Delegierte besucht werden. Die Wahl der Verbandsleitung ergab die Wiederwahl sämtlicher Verbandsfunktionäre. Die nächste Generalversammlung soll in Gelsenack stattfinden.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Umtausch und Ersatz von Quittungskarten. Mit Rücksicht auf verschiedene Manipulationen der Unternehmer wollen wir auf eine Bestimmung des Invalidenversicherungsgesetzes aufmerksam machen, die zwar allgemein bekannt sein dürfte, an die aber gerade in der gegenwärtigen Situation wieder erinnert sein mag. Im § 186 wird bestimmt,

daß verloren, unbrauchbar geworden oder zerstörte Quittungskarten durch neue zu ersetzen sind. Im § 181 heißt es im letzten Absatz: „Der Versichert ist berechtigt, auf seine Kosten zu jeder Zeit die Ausstellung einer neuen Quittungstarte gegen Rückgabe der älteren zu beantragen.“ Unbrauchbar kann z. B. jezt auch eine Quittungstarte sein die von der Versicherungsanstalt Berlin oder Brandenburg ausgestellt ist. Besonders für unsere Berliner Kollegen, die jezt draußen im Reich Arbeit suchen, werden sie oft recht unbrauchbar sein. Diese seien darum auf diese Bestimmungen hingewiesen.

Polizei und Gerichte.

* Das Münchener Verbot des Streikbrotlebens ist in einem weiteren Urteil des obersten Landesgerichts für Bayern für rechtmäßig erklärt worden. Diesmal handelt es sich um den Maurer Handwerker. Die Begründung des Urteils enthält dieselben leitenden Gedanken wie die des Urteils vom 14. Februar d. J. (siehe Nr. 9 des „Grundstein“). Der Kollege war vom Sachfengerricht zu zwei Tagen Haft verurteilt worden, das Landgericht als Berufungsinflanz ermäßigte die Strafe auf 1. M. und das oberste Landesgericht zu München sprach ihn gänzlich frei.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 34 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Antimilitarismus. Von Karl Emil. — Eine neue Erscheinung unter der italienischen Bauernschaft. Von L. Lomonjans. (St. Petersburg.) — Parteipresse und Gewerkschaftskampf. Von August Winnig. — Das Ende des Reiches. Von Paul Lench (Leipzig). — Bebauungspläne und Bodenpolitik. Von Franz Valentin. Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 A.

Die **Neue Gesellschaft**, (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W 15, Pfalzburgerstr. 12. Preis für das Einzelheft 10 A. Probeheft kostenlos.) Heft 9. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Von den bayerischen Landtagswahlen. — Karl Reuther: Wahlsitz der bayerischen Sozialdemokratie. — Roman Streizow: Zum Parteitag der russischen Sozialdemokratie. — August Erdmann: Noch eine Wahlbetrachtung.

„**Wintern entflohen**“. Von Leo Deutsch, Verfasser von „**Sechzehn Jahre in Sibirien**“. Verlag von J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart. Preis brosch. M. 1,50, gebunden M. 2, —.

Leo Deutsch hat in dem ersten Teil seines neuen Buches „**Wintern entflohen**“ eine sehr interessante Ergänzung zu „**Sechzehn Jahre in Sibirien**“ gegeben. In dem umfangreicheren zweiten Teil schildert er seine Ergebnisse in direktem Anschluß an sein früheres Werk: seine Flucht aus Sibirien, seinen Aufenthalt im Ausland und in der Hauptstadt seine Rückkehr nach Rußland im Jahre 1905.

Wir erleben an der Hand seiner Darstellung mit ihm die Revolution selbst und gewinnen dabei einen tiefen Einblick in die treibenden Kräfte der Revolutionäre sowohl wie der Reaktion. Im hohen Grade spannend sind die Schilderungen seiner Verhaftung und seiner Entfremdung in verschiedenen Gefängnissen St. Petersburgs, der Leiden während seines Aufenthalts in der Peter-Pauls-Festung, der administrativen Verbannung und des Transports nach dem sibirischen Zuchthaus in Sibirien und seiner abermaligen glücklichen Flucht. Und stets ist der lebenswichtige Erzähler, der bereits an der Schwelle des Greisenalters steht, voll guten Mutes und starken Vertrauens auf den kommenden Sieg seiner Sache, der Sache des in jahrhundertelanger Knechtschaft gehaltenen arbeitenden Volkes.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 11 des 24. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „**König Edward**“ und „**Aus Rußland**“. Der textliche Teil der Nummer bringt u. a. die satirischen Feuilletons „**Warum er wieder abgesetzt wurde**“, „**Politischer Kinderdreh**“ und „**Die freisinnige Wählerkandidatur Böhlemeier**“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

„**Süddeutscher Postillon**“ Nr. 11. Die arme Germania mit der schweren Kugel Preußen leidet das ganze Gedröck des starrten Militarismus. — Gleich farbenkräftig ist das lehrreiche Mittelbild „**Rumanisches Glück**“. — Illustrationen und anderes bietet diese Nummer reichhaltig und hält doch einen Preis von 10 A pro Nummer ein.

Briefkasten.

Ahndt. Auch wenn die Versammlungen regelmäßig an jedem dritten Sonntag stattfinden, muß die Anzeige für jede Versammlung eingeleitet werden.

Waldbheim, O. S. Wie kommen Sie zu solcher wichtigen Frage?

Günnersdorf und Neubäum. Versammlungsanzeigen gingen zu spät ein.

Gesentrieden, R. S. Besten Dank! Wird in der nächsten Nummer gebracht.

Meintzen. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Anonym sind auch Schreiben, die bloß die Unterschrift „Der Vorstand“ tragen. Das kann jeder Vorantier machen. Der Stempel ist dazu da, daß er gebraucht wird.

Altendorf b. Schandau, S. D. 1. Nur wegen Schindten gestrichene Mitglieder haben außer dem erhöhten Eintrittsgeld Nachzahlung zu leisten. 2. Die Arbeitslosigkeit in Hamburg ist gegenwärtig nicht besonders gut, ebenso dürfte es in anderen großen Städten Norddeutschlands sein. Infolge der Auszehrung in Berlin und der Strafen in Erfurt, Halle, Chemnitz und anderen Orten ist das Angebot von Arbeitskräften gegenwärtig besonders sehr stark.

Rendsburg, F. C. Nein, das ist nicht nötig; die einfache Anmeldung genügt.

Hannover, F. W. Dein umfangreicher Bericht kam zu spät, um noch in dieser Nummer berücksichtigt zu werden.

* **Anzeigen.** *

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 16 A.)

Bayreuth. Am 16. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Konr. Koch** im Alter von 19 Jahren an Gehirnschlag.

Coburg. Am 19. Mai starb unser Verbandskollege **Otto Günzel** im Alter von 35 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Erlangen. Am 21. Mai starb unser Kollege **Joh. Gärtner** im Alter von 37 Jahren infolge eines Brandunglücks.

Karlsruhe, Föhlingen. Am 18. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Hugo Ehnis** im Alter von 38 Jahren an Lungentzündung. — **Ettingenweiler.** Am 22. Mai starb unser Verbandsmitglied **Rudolf Algeier** im Alter von 47 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Kronach. Am 14. Mai starb unser Verbandskollege **Konrad Kolb** aus Vogtendorf im jugendlichen Alter von 20 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Richtshain i. S. Am 24. Mai starb unser Verbandskollege **Adolf Dittlich** im Alter von 43 Jahren an Magenleiden.

Magdeburg. Am 18. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Karl Jungmann** im Alter von 48 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 21. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Carl Breitemier** im Alter von 51 Jahren an Gerelähmung. — **Drugsberge.** Am 21. Mai starb unser Verbandskollege **Heinrich Schäfer** im Alter von 49 Jahren infolge eines Unfallsfalles.

Weihen. Am 12. Mai starb das Mitglied **Hermann Gustav Reichelt** in Orben im Alter von 48 Jahren.

Oppenheim. Am 25. Mai starb unser Kollege **Wilhelm Mathes I.**

Ostfriesl-Scharhölz. Am 22. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Heinrich Shander** im Alter von 39 Jahren an Lungen- und Darmtuberkulose.

Reichenachsen. Am 22. Mai starb unser Kollege **Martin Hösse** im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose.

Salzungen. Am 21. Mai starb nach langem Leiden unser Kollege **Friedrich Hauck** im Alter von 21 Jahren an Lungentuberkulose.

Werden. Am 25. Mai starb unser treues Mitglied **Ernst Wendler** im Alter von 37 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Trebnitz.

Die Wohnung des Kassierers **August Obst** befindet sich jezt **Trebnitz, Turndorferstr. 600, 3. Et.** [M. 1,20]

Würzburg.

Die Adresse des Kassierers **August Müller** ist jezt **Blütnergasse Nr. 3.** [M. 1,20]

Aufforderung.

Der **Maurer Ferdinand Preis**, Verb.-Nr. 76 689, geb. am 18. Februar 1878 zu Gerold, wird ersucht, wegen Vermögensverlustung seine Adresse an **W. Bam** und **Heinrich Preis** in Gessenkirchen-Schale, Dorfhampt. 113, gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Gesuchten bekannt ist, mögen dies dem Unterzeichneten mitteilen.

K. Hunold, Gessenkirchen, Schallerstr. 3.

Aufforderung.

Der **Maurer Friedrich Kessler** aus **Walsrode**, zuletzt in **Wert i. Westf.**, wird ersucht, unverzüglich seiner Familie Nachricht zukommen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Gesuchten bekannt ist, mögen dies an **Wilhelm Meyer**, Kassierer des Zweigvereins **Walsrode**, mitteilen. [M. 2,10]

Aufforderung.

Der **Maurer August Liebenow** aus **Waren** wird ersucht, seiner Familie Nachricht zukommen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Gesuchten bekannt ist, mögen dies an **Carl Müller**, Kassierer des Zweigvereins **Waren**, Grünstr. 21, mitteilen. [M. 2,10]

Wittstock a. d. D.

Sonntabend, den 8. Juni, Morgens 8 Uhr:

Achtes Stiftungsfest.

Bei **K. Müller**, Herberge,

von **10 bis 12 Uhr: Versammlung.**

Um 1 Uhr:

Abmarsch nach dem Festlokal bei **Herrn Eder, Rosenplan.**

Nachdem: **Festessen.**

Später: Konzert, Verlosung für Damen und Preisscheine.

Abends 8 Uhr: **Ball.** [M. 5,40]

Sämtliche Mitglieder unseres Zweigvereins mit ihren Familien ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Hagen i. W.

Sonntag, den 16. Juni, Nachm. 4 Uhr:

Grosses Sommerversnügen

im **Volkshaufe, Wehringhauserstr. 89,** bestehend in

Festzug, Konzert, Festrede, Verlosung und Ball.

Programm für Herren 45 A. — Damen frei.

Die Kollegen der **Zahlstellen** und der umliegenden Zweigvereine nebst deren Familien sowie Parteigenossen und -Freunde, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.

[M. 4,50] Das Festkomitee.

Lüdenscheid.

Sonntag, den 9. Juni, Nachm. 4 Uhr:

Siebtes Stiftungsfest

im **Lokale Martens**, auf der hohen Eieinert, bestehend in **Konzert, Theater und Ball,** unter glühiger Mitwirkung der „**Freien Volkshäute**“.

Hierzu laden wir die Kollegen unserer Zahlstellen und der Nachbarzweigvereine herzlichst ein.

[M. 3,60] Das Komitee. J. A.: F. Schmidt.

Neuengamme.

Sonntag, den 16. Juni, Abends 6½ Uhr:

BALL

im **Lokale des Herrn E. Pahl.**

Die Kollegen der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 2,70] Der Vorstand.

Offenbach a. M.

Am 15., 16. und 17. Juni feiert die **Zahlstelle** ihr

Behtes Stiftungsfest

verbunden mit **Fahnenweihe.**

Als Festplatz haben wir den in der Nähe der Stadt belegenen Spielplatz des Fußballklubs „**Kickers**“ erwählt. Die Festrede wird von dem Verbandsvorsitzenden **H. W. Meierburg** gehalten werden. Um zahlreiche Beteiligung bitten

Der Festausschuss.

Im Lokal „**Zum Storch**“, Schloßplatz, können die Zahlstellen, die junger Fest besuchen, mit dem Festkassierer am 16. Juni, Vormittags, abrechnen.

[M. 4,50]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 2. Juni.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der „**Zentralhalle**“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Frankenhausen (Kyffh.) Nachm. 3½ Uhr im „**Barbarosogarten**“.

Gransée. Nachm. 3 Uhr im „**Schöngarten**“. Bücher sind mitzubringen.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr im **Thomashaus Lokale**.

Lauf. Nachm. 3 Uhr bei **Münzberg.** Referent anwesend.

Nebr. Nachm. 3 Uhr im **Restaurant „Zur Burg“**. Verbandsbücher sind mitzubringen.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei **Schumann**. Z. D. 1. Vesperpredigt der **Maler**. 2. Verbandsangelegenheiten. Kollege **Silberschmidt** ist anwesend.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr im **Gewerkschaftshaus**. Bücher mitbringen.

Wusterhausen. Vorm. 11 Uhr in **Freitag's Lokale**.

Zerbst. Nachm. 2½ Uhr im **Speisefischen Lokale**.

Dienstag, den 4. Juni.

Heide. Abends 8 Uhr bei **Castroff** W. Off. in **Heide**.

Torgau. Abends 8½ Uhr.

Mittwoch, den 5. Juni.

Guben. Abends 7 Uhr bei **Stein**. Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Willenberg. Abends 6½ Uhr bei **Stro**.

Donnerstag, den 6. Juni.

Danzig. Abends 7 Uhr bei **Herrn Steppahr** in **Schiffstr. Z. D. 1**. Warum laden wir 200 und beifügen **Maurer** den **Verband** angeschlossen? Referent: **Wolke** **Fritz** **Wolke**. 2. **Verbindendes**.

Glogau. Abends 6½ Uhr im „**Maler**“. Bücher mitbringen!

Königsbütte L. O.-Schl. Abends 6 Uhr im **Gewerkschaftslokal**. Ringstr. 8.

Spandau. Abends 8½ Uhr bei **Samte**, **Schönwalderstr. 80**. Mitgliedsbuch legitimieren.

Sonntabend, den 8. Juni.

Lucka i. S. Abends 8 Uhr bei **D. Käthe**. Bücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 9. Juni.

Muskau a. d. E. Nachm. 3 Uhr bei **Spil** **Wolke**. Sehr wichtige Tagesordnung. Referent ist anwesend.

Dienstag, den 11. Juni.

Schmölln. Abends 8 Uhr im „**Reinhold**“.

Oeffentliche Maurerverammlung.

Sonntag, den 9. Juni.

Tilsit. Vorm. 11 Uhr, **Stromgasse Nr. 7**.

Druck: **Hamburger Buchdruckerei** und **Verlagsanstalt Auer & Co.** in **Hamburg.**